Dienstag, 4. Oktober 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 231 - 40.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

„Protestpartei": Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dregger hat der SPD vorgeworfen, sich mit ihrer Ablehnung einer eventuell notwendigen NATO-Nachrüstung zu einer „linken Protestpartei" zu entwickeln, die sich nicht mehr von den Grünen unterscheide. Die SPD steige aus der nationalen Verantwortung aus. (WELT-Interview S.1 und 10)

Labour Party: Neuer Vorsitzender der britischen Labour Party ist der 41jährige Neil Kinnock, der dem gemäßigtlinken Flügel der Partei zugerechnet wird. (S.8)

Soares gemäßigt: Der portugiesische Sozialistenchef setzt sich mit seiner Linie der Abkehr von der marxistischen Doktrin durch. Er wurde mit 86,4 Prozent der Stimmen wiedergewählt. (S.8)

Girgensohn geht: Der nordrhein-westfälische Kultusminister will noch im Oktober zurücktreten. Er ist neben seinem bayerischen Kollegen Maier der dienstälteste Kultusminister (seit 1970). Mit Ablauf der Legislaturperiode will Girgensohn ganz aus der aktiven Politik ausscheiden.

Keine Koalition? SPD-Fraktionschef Winterstein schließt eine Koalition mit den Grünen im hessischen Landtag aus.

Terroranschlag: Ein Sprengstoffanschlag auf das Haus des Chefredakteurs der „Berliner Morgenpost", Johannes Otto, hat erheblichen Sachschaden angerichtet. Otto und seine Ehefrau blieben unverletzt. (S.10)

Carstens in USA: Als politisches Signal für die enge Verbundenheit der Bundesrepublik Deutschland mit den USA wertet die Bundesregierung den zweiwöchigen Staatsbesuch von Bundespräsident Carstens in den Vereinigten Staaten. Carstens wird mit Reagan sprechen und eine Ansprache vor dem Kongreß halten.

SPD-Spitze für Offenhalten: Auch nach dem „Nein" der Mehrzahl der SPD-Landesverbände zur NATO-Nachrüstung will die SPD-Parteiführung die Entscheidung bis zum Parteitag Ende November offenhalten, erklärt Parteichef Brandt. (S.1)

Flucht: Ein 20jähriger Schlosser ist am Wochenende unverletzt über die Demarkationslinie der „DDR" nach Niedersachsen geflüchtet; an verschiedenen Abschnitten ging gestern der Abbau von Todesautomaten weiter.

Israel: Die Regierungsbildung gestaltet sich schwieriger als erwartet: Sechs Abgeordnete der bisherigen Koalition wollen den designierten Ministerpräsidenten Shamir nicht unterstützen.

Heute: Bundespräsident Carstens setzt Washington-Besuch fort. – In Bonn wird die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald die Stiftung „Wald in Not – Gemeinschaftswerk zur Rettung des Waldes" gründen. – DGB-Konferenz „Für eine Welt des Friedens" in Köln. – „Normalisierungsgespräche" China–Sowjetunion in Peking.

ZITAT DES TAGES



„Ich will nicht das Japan-Syndrom an die Wand malen. Aber wenn die Bundesrepublik Deutschland die Jahrtausendwende noch als konkurrenzfähiges Land erleben will, müssen wir die technologische Herausforderung annehmen."

Otto Wolff von Amerongen, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Lohnfortzahlung: Rund 37 Milliarden DM an Lohn- und Gehaltsfortzahlungen leisteten die Betriebe in der Bundesrepublik 1982 für kranke Mitarbeiter, errechnete das Institut der deutschen Wirtschaft (IW).

Hoechst: Die Gewinne von Hoechst für 1983 sind gestiegen; die Chancen für eine Wiederanhebung der Dividende, die für 1982 von sieben auf 5,50 DM gekürzt werden mußte, haben sich damit verbessert. (S.13)

Investitionen: Die ausländischen Töchter von US-Unternehmen wollen 1984 ihre Investitionen nominal um sieben Prozent auf 45,7 Milliarden Dollar aufstocken. In der Bundesrepublik Deutschland steigen die Investitionen um 26 Prozent auf vier Milliarden Dollar. (S.11)

Krankenversicherung: Eine positive Entwicklung ihres Mitgliederbestands erwarten die 41 privaten Krankenversicherer auch für 1983. Bis zur Jahresmitte gewannen sie 217 000 Mitglieder hinzu. (S.11)

Börse: An den Aktienbörsen führte eine freundliche Stimmung zu überwiegend steigenden Kursen. Der Rentenmarkt war leicht belebt. WELT-Aktienindex 139,1 (139,0). Dollarmittelkurs 2,6215 (2,6391). Goldpreis pro Feinunze 389,00 (405,00) Dollar.

KULTUR

Opera Paris: Zum Auftakt der neuen Intendanten-Ära Bogianckino wurde Rossinis Oper „Moses" zu einem triumphalen Erfolg. (S.21)

„Berlin um 1900": Die Berliner Festwochen im September nächsten Jahres werden „hausgemacht" sein. Sie sind ganz dem Thema „Berlin um 1900" gewidmet. Die diesjährigen Festwochen brachten mit 132 000 Besuchern einen neuen Rekord.

SPORT

Fußball: Der Münchner Klaus Augenthaler wird beim Europameisterschafts-Qualifikationsspiel gegen Österreich am Mittwoch in Gelsenkirchen sein Länderspiel-Debüt geben. (S.9)

Motorsport: Der frühere argentinische Vize-Weltmeister in der Formel 1, Carlos Reutemann (40), wird 1984 für die italienische Marke Alfa Romeo wieder am Grand-Prix-Sport teilnehmen.

AUS ALLER WELT

Heilung mit Laser: Eine seit 43 Jahren blinde Frau aus Nordengland kann nach Augenoperation mit Laserstrahlen wieder sehen. Sie war 1940 an Masern erkrankt und erblindet.

Drogenkuriere: Immer mehr Europäer und Amerikaner lassen sich vom vermeintlich leicht verdienten Geld locken und versuchen sich als Drogenkuriere südostasiatischer Rauschgifthändler. Meist endet die Kurierfahrt allerdings hinter Gittern. (S.22)

Wetter: Im Norden wolkig, im Süden heiter, stellenweise örtlich bis 21 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Dregger: Die SPD steigt aus ihrer nationalen Verantwortung aus

Interview der WELT / „Sowjets zielen auf die Unwissenheit der meisten Europäer"

MANFRED SCHELL, Bonn

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat der SPD in der Sicherheitspolitik einen „Ausstieg aus der nationalen Verantwortung" vorgeworfen. In einem WELT-Interview sagte Dregger gestern, mit ihrem Nein zu einer eventuell notwendigen NATO-Nachrüstung entwickele sich die SPD zu einer „linken Protestpartei, die von den Grünen nicht mehr zu unterscheiden ist".

Dregger: „Ich bin entsetzt. Die vom Westen in Genf erstrebte Abrüstung im Mittelstreckenbereich hängt davon ab, daß die Sowjetunion aus der Alternative, entweder westliche Nachrüstung oder sowjetische Abrüstung bei der SS 20, nicht entlassen wird. Daß die SPD in der letzten Phase der Genfer Verhandlungen den Sowjets signalisiert: Was auch immer ihr macht, wir machen nichts, ist daher schlimm. Die SPD desavouiert damit nicht nur ihren letzten Bundeskanzler, dessen politische Linie in der Sicherheitspolitik wir fortsetzen. Die SPD steigt damit auch aus ihrer nationalen Verantwortung aus und wird zu einer linken Protestpartei, die von den Grünen nicht mehr zu unterscheiden ist."

All dies, so sagte Dregger, „erhöht die Verantwortung" von CDU/CSU und FDP. „Ohne unsere Festigkeit ist eine tödliche Schwächung der NATO, die schrittweise Abkoppelung des freien Europa von den USA, damit die Übermacht der Sowjetunion in Europa und das heißt die Gefährdung unserer freiheitlichen Existenz kaum noch abwendbar."

Zu den Erfolgschancen in Genf bemerkte Dregger: „Ich bin skeptisch, obwohl die USA in ihrer neuen Verhandlungslinie außerordentliche Konzessionen angeboten haben. Ich will nur eine nennen: Theoretisch wird zwar bei den Mittelstreckenraketen an weltweit gleichen Obergrenzen für die beiden Weltmächte festgehalten. Praktisch wird der Sowjetunion aber bis auf weiteres eine Überlegenheit in Eurasien eingeräumt, indem anders als bisher die in Asien stationierten SS 20 der Sowjetunion beim europäischen Kräftevergleich unberücksichtigt bleiben sollen, obwohl diese SS-20-Raketen je nach festzulegender Grenzziehung zwischen dem europäischen und asiatischen Bereich schon jetzt bis nach Europa reichen, im übrigen aber kurzfristig nach Westen verlagert und damit gegen Europa gerichtet werden können. Es ist mehr als zweifelhaft, ob die USA jemals im Fernen Osten ein Gegengewicht gegen die im asiatischen Teil der Sowjetunion stationierten Raketen aufbauen können. Diese Konzessionen zeigen, wie sehr die USA, aber auch wir an einer Verhandlungslösung interessiert sind."

SEITE 10:
Dregger: Zerrüttete Finanzen

Der Sowjetunion warf Dregger vor, sie ziele mit dem jüngsten Abrüstungsangebot von Parteichef Andropow auf die „Unwissenheit der meisten Europäer". Dregger: „Die Sowjetunion hält an der absurden Forderung fest, ihr europäisches Monopol an modernen Mittelstreckenraketen anerkannt zu erhalten. Die USA sollen keine einzige Gegenwaffe in Europa aufstellen dürfen. Das darin liegende Ungleichgewicht soll propagandistisch zugedeckt werden mit dem Vorschlag, die landgestützten zielgenauen SS 20 Moskaus gegen die seegestützten nicht zielgenauen französischen und britischen Raketen aufzurechnen. Aber diese Raketen sind bereits bei SALT I stillschweigend dem Westen zugerechnet worden.

Schmidt: Meinung nicht geändert

Der frühere Kanzler bekennt sich zur Politik des NATO-Doppelbeschlusses / Kritik an Moskau

RÜDIGER MONIAC, Hamburg

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt hat sich gestern in einer Rede in Hamburg prinzipiell zur Politik des NATO-Doppelbeschlusses bekannt, die von ihm Ende der siebziger Jahre wesentlich beeinflußt worden war. Auf dem Felde der „eurostrategischen Waffen" habe sich die Sowjetunion unter Mißachtung feierlich abgegebener öffentlicher Erklärungen eine „deutliche Überlegenheit" geschaffen, „die wieder ins Gleichgewicht gebracht werden muß".

Schmidt sprach anläßlich des zehnjährigen Bestehens der Bundeswehrhochschule. Den Festvortrag mit dem Thema „Überlegung zu einer neuen Strategie der NATO" nutzte der vor einem Jahr als Kanzler abgewählte SPD-Politiker zu einer scharfen Attacke gegen Moskau. Im Zusammenhang mit ihrer Rüstung im atomaren Mittelstreckenbereich warf er der Sowjetunion vor, sie habe sowohl die amerikanisch-sowjetische Prinzipienerklärung von 1972 als auch die deutsch-sowjetische von Bonn im Jahre 1978 „beträchtlich verletzt". In beiden hatte Moskau ein weiteres Rüsten im Mittelstreckenbereich als für die eigene Sicherheit nicht nötig anerkannt. Trotzdem, so Schmidts Kritik, habe Moskau von 1976 an jede Woche einen neuen SS-20-Werfer in Stellung gebracht. Schmidt sagte, er habe zu dem INF-Thema seine Meinung nicht geändert. Wenn die beiden Supermächte in den SALT- und später START-Verhandlungen die Gefahren begrenzten, die ihrem eigenen „Sanktuarium" drohen, „dann müssen sie auch die Gefahrendrohung begrenzen, die uns Deutsche betrifft". Schmidt fügte hinzu, nach seiner Meinung wäre die sogenannte Waldspaziergangs-Formel vom Sommer 1982 eine „für beide Seiten akzeptable Kompromißmöglichkeit" in den Genfer Verhandlungen gewesen.

Generell äußerte der frühere Kanzler zur Rolle von Atomwaffen den Standpunkt: „Die Welt wird gekennzeichnet bleiben von der Tatsache der Existenz nuklearer Waffen." Mit Blick auf die Verteidigung Europas aber fügte er hinzu, er wage die Prophezeiung, daß die Vorstellung vom Ersteinsatz von Atomwaffen durch die NATO als Antwort auf einen konventionellen Angriff aus dem Osten in den achtziger Jahren „mehr und mehr als unakzeptabel und schließlich als unangemessen angesehen wird". Deshalb müsse es die westliche Aufgabe sein, nach Mitteln zu suchen, damit die eventuelle Entscheidung über den Ersteinsatz der Gegner zu treffen habe.

Nach Schmidts Worten bedeutet das die Notwendigkeit der Herstellung des konventionellen Gleichgewichtes in Europa, das schließlich – wie das interkontinentale – durch Verträge mit der Sowjetunion gesichert werden müsse. Als den entscheidenden Mangel in der NATO-Verteidigung beschrieb der SPD-Politiker das Fehlen von mobilmachungsfähigen Personalreserven für die Streitkräfte. Es sei ein Irrweg zu glauben, man könne fehlende Soldaten durch höhere Verteidigungsbudgets ersetzen. Dies sei der Grund, warum die Deutschen die Wehrpflicht aufrechterhalten, während die USA sie 1976 abgeschafft hätten.

● Fortsetzung Seite 10

Wirtschaft gab 28 Milliarden für Forschung aus

DW. Essen

Die deutsche Wirtschaft – Unternehmen und Institutionen für Gemeinschaftsforschung – hat 1981 für Forschung und Entwicklung 27,8 Milliarden Mark aufgewendet. Das waren 16,9 Prozent mehr als 1979. Das hat gestern der Stifterverband für die deutsche Wirtschaft bekanntgegeben. Die Erhebung über den Forschungsaufwand wird alle zwei Jahre vorgenommen. Von den Gesamtaufwendungen in Höhe von 27,8 Milliarden Mark entfallen 27,3 Milliarden Mark auf Forschungsinvestitionen von Unternehmen. 25,4 Milliarden davon wurden in eigene Forschungseinrichtungen gesteckt, die restlichen 1,9 Milliarden gingen als Aufträge an andere Unternehmen sowie an private oder öffentliche Institutionen im Inland und Ausland. Die Zahl der in Forschung und Entwicklung der Wirtschaft Beschäftigten hat zwischen 1979 und 1981 um 1,9 Prozent auf 242 544 zugenommen.

„DDR" setzt den Abbau der Todesautomaten fort

Windelen: Beseitigung bringt nicht mehr Freizügigkeit

DW. Bonn

Die „DDR" hat den Abbau von Selbstschußanlagen an der innerdeutschen Grenze fortgesetzt. Bis gestern waren nach Angaben eines Sprechers des Bundesinnenministeriums in Bonn Todesautomaten auf einer Strecke von 20 Kilometern demontiert worden. Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hatte in der vergangenen Woche in einem WELT-Gespräch berichtet, daß die Selbstschußanlagen vom Typ SM 70 auf einer Länge von 25 Kilometern beseitigt werden sollen.

Bundesminister Heinrich Windelen (innerdeutsche Beziehungen) sagte gestern abend in einem Interview der Deutschen Welle, der Abbau solcher Anlagen liege sicherlich im Interesse Ost-Berlins, dessen internationales Ansehen bislang durch solche „brutalen Maßnahmen" geschädigt worden sei. Dennoch, fügte Windelen hinzu, „gehen wir davon aus, daß die DDR auf der anderen Seite sicherstellen wird, daß ohne ihre Zustimmung Menschen nicht frei reisen können".

In dem Interview vertrat der Bundesminister ferner die Auffassung, daß die Rücknahme des Mindestumstauschsatzes für Kinder und die neue „DDR"-Verordnung für Fragen der Familienzusammenführung nur einen „ersten Einstieg" in Erleichterungen für die Menschen in Deutschland bedeute. Windelen nannte die Familienzusammenführung ein weiterhin schwieriges Kapitel.

Keiner der beiden deutschen Staaten gehe davon aus, daß er den anderen aus seinen vertraglichen Pflichten lösen könne. Unterhalb dieser Schwelle „sollte das, was vernünftigerweise geschehen sollte, auch weiter gesschehen". Die Lage sei weiterhin ernst, aber nicht ohne Anzeichen von Möglichkeiten einer Verbesserung, sagte Windelen.

Hodscha attackiert die Blockfreien

Vor seinem 75. Geburtstag wirft der Parteichef Belgrad vor, den Kapitalismus aufzubauen

DW. Tirana

Neue heftige Angriffe hat der albanische Parteichef Enver Hodscha gegen die beiden Supermächte USA und Sowjetunion sowie gegen die nichtpaktgebundenen Staaten, besonders Jugoslawien, gerichtet. Wie die albanische Nachrichtenagentur ATA meldete, hielt Hodscha, der am längsten amtierende Chef einer kommunistischen Partei, die Rede bei einem Empfang für Arbeiter, die ihm erste Glückwünsche zu seinem bevorstehenden Geburtstag aussprechen wollten. Hodscha wird am 16. Oktober 75 Jahre alt.

Der Parteichef kritisierte den Begriff „blockfreie Staaten", der „vom US-Imperialismus und vom Titoismus" geprägt worden sei. Die meisten Blockfreien hätten jedoch politische, militärische, ideologische und wirtschaftliche Bindungen an die Supermächte und andere entwickelte kapitalistische Staaten.

Besonders heftige Kritik richtete Hodscha gegen Jugoslawien, das keinen Sozialismus errichte, sondern „mit ausländischer Hilfe den Kapitalismus aufbaut". Das titoistische Jugoslawien sei zu einem Schachbrett geworden, auf dem die beiden Rivalen USA und UdSSR spielten. Der Gewinn bestehe in nichts anderem als einem Schachmatt für Jugoslawien, aber auch in einer Gefahr für Frieden und Sicherheit auf dem Balkan, in Europa und der Welt. Er warf Jugoslawien außerdem vor, die Teilung Albaniens zu betreiben.

Hodscha unterstrich die strikte Unabhängigkeit und Selbstisolierung seines Landes: Albanien sei „das einzige Land, das einen echten Sozialismus aufgebaut" habe. Dies sei „nicht mit Hilfe sogenannter sozialistischer Staaten" geschehen, die unter dem Vorwand von Hilfe Albanien mehr genommen als gegeben hätten. Man habe Albanien einst als „Satellit Jugoslawiens, Moskaus und Chinas" bezeichnet, doch sei dies niemals der Fall gewesen. Albanien habe sich dem Zugriff der Supermächte entzogen und werde heute deshalb bezichtigt, von aller Welt isoliert zu sein. Dies trage Albanien mit Fassung.

Enver Hodscha ist seit dem Zweiten Weltkrieg der führende Politiker seines Landes. Albanien, südlich von Jugoslawien an der Adriaküste gelegen, ist das einzige europäische Land, das eine Teilnahme an der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) abgelehnt hat.

DER KOMMENTAR

Milliarden

PETER GILLIES

Geld für die Forschung bedeutet in die Zukunft investieren. Aus dieser Sicht sind die Zahlen des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft beachtlich zu nennen: Die deutsche Wirtschaft und die Institutionen der Gemeinschaftsforschung haben zwischen 1979 und 1981 rund 17 Prozent mehr für Forschung und Entwicklung aufgewendet.

Aus den Trends für 1982 läßt sich ablesen, daß die Aufwendungen trotz der Konjunkturflaute weiter von 27,8 auf rund 30 Milliarden Mark steigen dürften. Eine so stark exportorientierte Volkswirtschaft wie die deutsche hat die Zukunft offenbar angepackt.

Interessant ist, daß die Wirtschaft ihre Forschungsaktivitäten steigerte, während sich staatliche Instanzen wegen der bekannten Haushaltsschwierigkeiten eher bedeckt hielten. Das Ergebnis kann sich auch international sehen lassen, denn gemessen am Umsatz liegen die deutschen Aufwendungen dicht bei denen amerikanischer Unternehmen.

In der langen Kette zwischen der Idee und dem marktfähigen Produkt ist die Forschung jedoch nur ein Glied. Schnittige Prototypen sagen über Markterfolge wenig aus. Die Innovation, die Produktion, der Absatz müssen folgen. Daß beispielsweise soviel japanische Produkte unsere Märkte überfluten, läßt Rückschlüsse darüber zu, daß bei uns manches Glied in dieser Kette rostig geworden sein mag.

Sicher ist die deutsche Wirtschaft forschungsfreudig. Die Ausgaben dafür sind Teil des unternehmerischen Risikos. Wenn das Projekt am Ende und nach Steuern einen Gewinn verspricht, erhält die Forschung ihren Sinn.

Das Umfeld der beginnenden achtziger Jahre hat den Zwang zum Risiko vielleicht noch nicht voll begriffen. Viele Diskussionen zeigen, daß wir noch in den Visionen einer Vollkaskogesellschaft denken, in liebgewonnenen Kategorien von Sicherheit und von Besitzständen. Die Sicherheit, der wir nachjagten, entfernt sich um so weiter, je mehr wir sie begehren und beschwören. Forschung jedoch ist die dynamische Antwort für jene, die sich stellen. Die Zahlen über die Forschungsaufwendungen zeigen, daß die Herausforderung begriffen wurde – vielleicht sogar forscher als bisher.

Hongkong-Frage: China kritisiert Thatcher

AFP/AP, Peking

China hat die britische Premierministerin Margaret Thatcher und den für Hongkong zuständigen Staatsminister im Londoner Außenministerium, Richard Luce, wegen ihrer jüngsten Erklärungen im Zusammenhang mit den chinesisch-britischen Verhandlungen über die Zukunft Hongkongs kritisiert. Die Äußerungen der britischen Regierungschefin und des Ministers bezeichnete ein Sprecher des Außenministeriums als „unpassend".

Zugleich warfen auch die chinesische Nachrichtenagentur „Xinhua" und die Pekinger „Volkszeitung" der britischen Regierung vor, die Gespräche zu erschweren. Frau Thatcher hatte erklärt, daß Hongkong schon lange unabhängig sein könnte, wenn durch den 1997 auslaufenden Pachtvertrag nicht eine „besondere Situation" geschaffen worden wäre.

Die Volkszeitung warf Hongkong-Minister Luce nun vor, China bedroht zu haben, als er bei einer Pressekonferenz die Möglichkeit von Unruhen im Fall des Scheiterns der Verhandlungen erwähnte.

China lehnt jegliche Beteiligung Großbritanniens an der weiteren Verwaltung Hongkongs nach Ablauf des Pachtvertrages strikt ab. Nachdem die jüngste Verhandlungsrunde in Peking ergebnislos beendet worden war, beurteilen Beobachter unter dem Eindruck der jüngsten Polemiken die Aussichten der nächsten Runde am 19. und 20. Oktober wenig optimistisch.

Seite 2: Schlachtet Peking die Gans?

Popularität Reagans in USA auf Höchststand

rtr, New York

US-Präsident Ronald Reagan genießt zur Zeit in den Augen der amerikanischen Wähler seit zwei Jahren das höchste Ansehen, besagt das Ergebnis einer gestern vom „Time Magazin" veröffentlichten Umfrage. Erstmals in den vergangenen 18 Monaten äußerte die Mehrheit der befragten Wähler auch die Hoffnung auf eine Wiederwahl Reagans für eine zweite Amtsperiode.

In der Umfrage, auf die zwischen dem 20. und 22. September tausend registrierte Wähler antworteten, erhielt Reagan von 59 Prozent der Befragten eine günstige Note, 41 Prozent äußerten ihre Ablehnung. Bei einer im Juni von dem Magazin organisierten Meinungsumfrage hatten sich 54 Prozent der Befragten für Reagan und 45 Prozent gegen ihn ausgesprochen. Die neue Umfrage zeigte, daß jetzt 48 Prozent der Befragten hoffen, daß Reagan sich um die Nominierung durch die Republikanische Partei für eine zweite Amtsperiode bewerbe. Im Juni waren es noch 46 Prozent.

Auf die Frage nach dem bevorzugten möglichen Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei sprachen sich im September 29 Prozent der Befragten für den ehemaligen Vizepräsidenten Walter Monadale und 26 Prozent für den früheren Astronauten John Glenn aus.

In der ersten Hälfte des Wahljahres wird die Delegiertenauswahl für die Wahlparteitage der beiden großen Parteien vorgenommen, auf denen dann im Sommer die Präsidentschaftskandidaten benannt werden.

Neue sowjetisch-chinesische Gesprächsrunde in Peking

Auch SS 20 in Asien stehen zur Debatte

Jo. Bonn

Ein Jahr nach dem Beginn der ersten sowjetisch-chinesischen Konsultationen über eine Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen wird in dieser Woche die dritte Runde der Gespräche in Peking eröffnet. Der von dem sowjetischen Staats- und Parteichef Jurij Andropow bereits Ende August bekanntgegebene Tagungstermin folgt eine Woche auf den Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers Caspar Weinberger in Peking, der eine Verbesserung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen angezeigt hat. Der amerikanische Präsident Ronald Reagan wird im April nächsten Jahres die Volksrepublik China besuchen.

Im vergangenen Monat hatte Peking nach dem Besuch des sowjetischen Vizeaußenministers Michail Kapiza zu den bekannten drei Hindernissen für eine Normalisierung der seit den sechziger Jahren angespannten chinesisch-sowjetischen Beziehungen auch die Frage der im asiatischen Raum der Sowjetunion stationierten SS-20-Raketen hinzugefügt. Beobachter rechnen damit, daß sich Moskau zumindest bei der sowjetischen Trupppenkonzentrationen an der gemeinsamen Grenze konzessionsbereit zeigen wird. Peking verlangt darüber hinaus den Rückzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan und die Aufgabe der Unterstützung der vietnamesischen Intervention in Kambodscha. Bei einem Empfang in der chinesischen Botschaft in Moskau am Wochenende betonte Kapiza wenig optimistisch, daß beide Delegationen „einen sehr, sehr langen Tunnel" durchqueren müssen.

Bei dem neu hinzugekommenen Verhandlungspunkt der SS-20-Raketen will sich Peking nicht mit der von Andropow angebotenen Nichtverlegung aus Europa nach Asien begnügen. Peking fordert den Abbau der bereits im Fernen Osten stationierten 108 Mittelstreckenwaffen. Die Außenminister Japans und Chinas haben dazu erstmals anläßlich der UNO-Vollversammlung in New York die ablehnende Haltung ihrer beiden Länder koordiniert.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kein Stahl ohne Staat

Von Joachim Gehlhoff

Auch die deutschen Stahlunternehmer haben in der jetzt neunjährigen und neuerdings auch hierzulande mit neuen Hiobsbotschaften ablaufenden europäischen Stahlkrise manches falsch gemacht. Der Chef-Manager ihres Verbandes, Ruprecht Vondran, räumte es auf dem Stahlhandelstag in Hamburg freimütig ein. Sein Vortrag trug den bezeichnenden Titel „Staat und Stahl".

Eine Pikanterie war das nur auf den ersten Blick. Was der im Sold seiner Mitglieder stehende Verbandsmann an branchen-interner Selbstkritik übte, bestreitet auch keines seiner Mitglieder: „Wir haben nicht genug Vorstellungskraft entwickelt, in welchem Ausmaß öffentliches Geld gegen uns mißbraucht werden könnte." Das konnte sich in der Tat zu Krisenbeginn niemand vorstellen.

Die aberwitzige Summe von 100 Milliarden DM lassen sich mittlerweile die Nachbarn in der Europäischen Gemeinschaft den Versuch kosten, den – bei weltweit noch wachsendem Stahlverbrauch – unaufhaltsamen Rückzug eines Teiles der Stahlerzeugung aus den alten Industrieländern zugunsten junger Produzentenländer für die jeweils eigene Region aufzuhalten. Ein Versuch, der mittlerweile bis zu 300 DM Subvention je Stahltonne ausmacht – reichlich ein Drittel des Verkaufserlöses.

Das ist – zumal aus deutscher Sicht – der wahre Kern der nicht endenwollenden Stahlkrise. Ohne Staatshilfe kann nun auch hierzulande keiner mehr Stahl machen. Staatshilfe aber wird billiger, nämlich auch in der Subventionszeit begrenzbar, wenn man das an sich voll wettbewerbsfähige deutsche Stahlpotential energisch gegen die Subventionsländer verteidigt und zugleich die eigene Hilfe an den Aufbruch der Unternehmer zu einer noch kostengünstigeren *Struktur ihrer Branche* bindet.

Beim zweiten Teil dieser politischen Aufgabe ist auch Kohls Regierung erfolglos geblieben. Man wolle keinesfalls eine „Stahloberbehörde" werden und die ohnehin auf wenige Milliarden beschränkte Stahlhilfe strikt an eine Neustrukturierung der Branche mit Unternehmensfusionen binden, tönt es unverdrossen aus Bonn. Kein *Wunder, daß bei solcher Gieß*kannen-Strategie knapper öffentlicher Hilfe jeder auf das frühere Ende seines Konkurrenten wartet und daß die Unruhe unter den Stahl-Belegschaften immer größer wird.

Mondales Zwischenspurt

Von Thomas Kielinger

Der amerikanische Vorwahlkampf hat in diesen Tagen seinen ersten Höhepunkt erreicht: Aus dem Feld der sieben Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei ist Walter Mondale ausgebrochen, klar nach vorn geprescht. Er ist der Mann, den die Mitbewerber jetzt für lange Zeit nur von hinten sehen, oder, wie es der Wahlkampfjargon sagt: He is the man to beat – der Mann, den es zu schlagen gilt.

Der Spitzenkandidat der Demokraten wird erst auf dem Parteikonvent 1984 gekürt. Aber Jimmy Carters Vizepräsident heimste am Wochenende Voten für seine Präsidentschaftskandidatur ein, die fast ebenso gewichtig sind wie ein Parteitagsentscheid. Er erhielt das offizielle Ja des amerikanischen Gewerkschaftsdachverbands AFL/CIO und dazu, als Appetitanreger, die Stimme der nach 1,4 Millionen Mitglieder zählenden, sehr einflußreichen Lehrergewerkschaft.

Ganz nebenbei gewann Mondale auch noch einen Präferenzwettbewerb – eine sogenannte „straw poll" – in Maine, dem nördlichsten US-Bundesstaat.

Doch Vorsicht, hier liegt Sprengstoff am Wegrand. Einmal für die Gewerkschafter, die entgegen ihrer Tradition diesmal schon vor dem Parteikonvent – und das so lange davor – ihr Los warfen. Was, wenn doch noch John Glenn den führenden Mondale überholt und die Mehrzahl der Vorwahlen für sich entscheiden sollte, weil die Stimmung im Lande mehr diesem Konservativ-Liberalen als Mondale, dem klassischen New-Deal-Liberalen, zuneigt? Das käme einem grandiosen Gesichtsverlust der Gewerkschafter gleich, vor allem für Lane Kirkland, den Präsidenten des AFL/CIO.

Auch Mondale selber muß aufpassen. Wer lange in Führung liegt, wirkt im amerikanischen Wahlkampfmilieu leicht als Langweiler. Ohnehin gehen von „Fritz" Mondales Persönlichkeit nicht gerade Blitze aus. Im Weißen Haus ist man auf jeden Gegenkandidaten gefaßt. Ein Wahlkampf Mondale – Reagan wäre die ideologisch am stärksten polarisierte Paarung, die Amerika seit langem erlebt hat.

Weiche Flanke

Von Rafael Seligmann

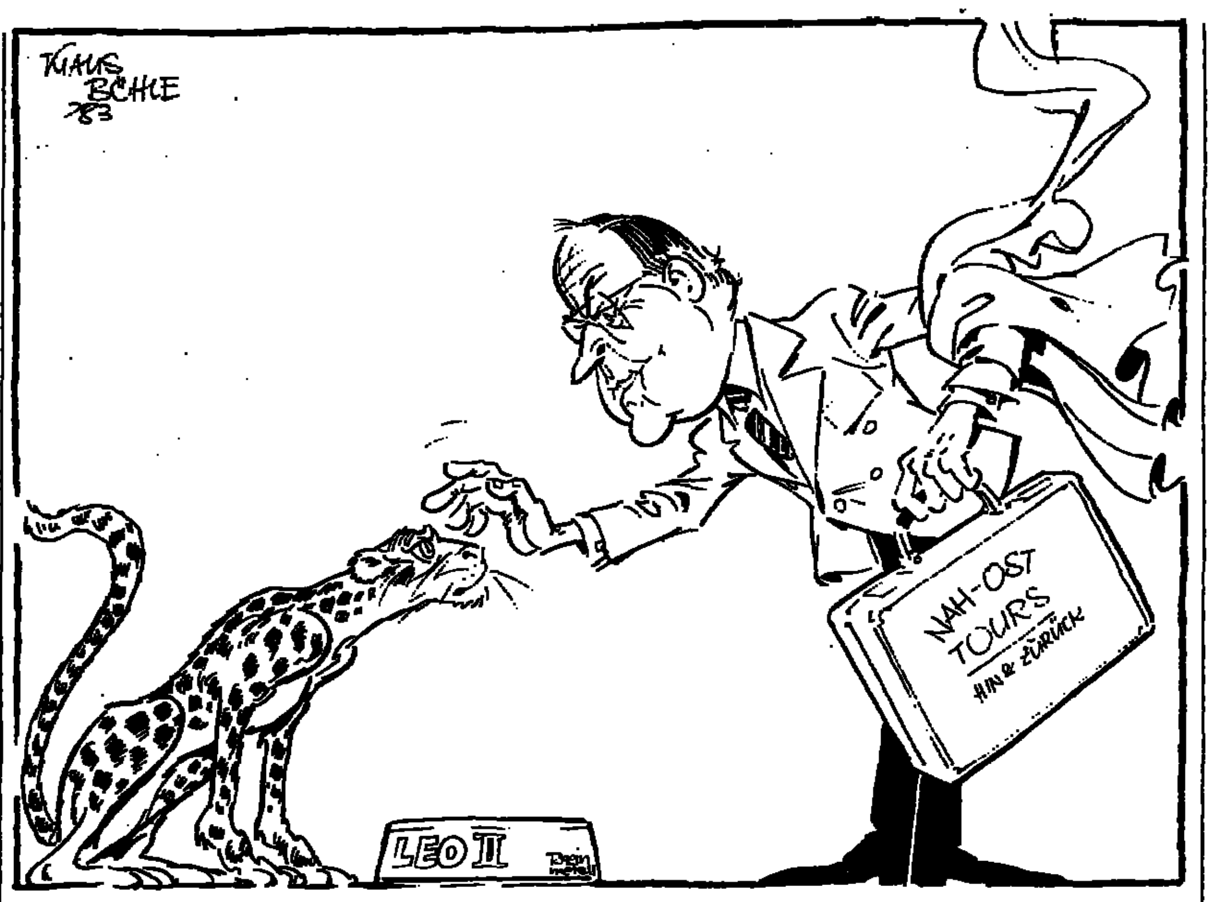
Die Anwesenheit der multinationalen Friedenstruppe in Libanon soll dem Land Frieden bringen. Dies braucht seine Zeit, deshalb konzentriert sich vor allem das amerikanische Kontingent darauf, die Regierung Gemayel vor dem Kollaps zu bewahren, indem es moslemische, drusische und PLO-Verbände am Zugriff auf Beirut hindert. Damit unterbinden die US-Marines eine Dominierung Libanons durch Syrien und verhindern – mittelbar –, daß sich Moskau am östlichen Mittelmeer festsetzt.

Man sollte meinen, daß Athen und Ankara, an der labilen Südostflanke der NATO, ein Interesse an diesem Vorgehen der USA haben, weil auch ihre eigene Sicherheit davon berührt wird. Aber nein. Den USA sei es nicht gestattet, über ihre Stützpunkte in Griechenland Kriegsgerät für die Marines in Libanon oder für Gemayels Truppen zu transportieren, verkündete das Außenministerium in Athen.

Nun, an die außenpolitischen Alleingänge der Regierung Papandreou hat man sich gewöhnt. Doch auch das türkische Militärregime, gewiß linker Regungen unverdächtig, verbietet *den Amerikanern die Benutzung ihrer Stützpunkte im Lande*. Begründung: Rücksicht auf die guten Beziehungen zur arabischen Welt.

Es ist eine alte Geschichte. Vor zehn Jahren schon, im Yom-Kippur-Krieg, haben die Verbündeten der USA gepaßt. Lediglich die vielgeschmähte portugiesische Regierung von Ministerpräsident Caetano gestattete damals amerikanischen Maschinen, die Nachschub ins schwerbedrängte Israel flogen, die Zwischenlandung auf den Azoren – und bewies damit westliche Solidarität.

Das Regime Caetanos ist lange verschwunden. Aber auch heute zeigt sich kaum jemand mehr bereit, die USA bei der Verteidigung vitaler westlicher Positionen im Nahen Osten zu unterstützen. Am allerwenigsten Ankara und Athen, die doch am meisten von der Entwicklung in Libanon bedroht sind. Sollten sie wirklich glauben, daß man – Wirtschafts- oder Militärhilfe – einfach nur kassieren kann, ohne wenigstens Solidarität dafür zu geben?



„Du weißt doch, das ist ein zu heißes Pflaster für dich!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Aufbruch zu alten Ufern

Von Fritz Wirth

Niemand hat das Ausmaß und die Bedeutung der Wahlkatastrophe Labours vom 9. Juni realistischer und deutlicher beschrieben als jener Mann, von dem die Partei bei der Kür des neuen Parteichefs nichts wissen wollte. „Wir haben am neunten Juni nicht eine Wahl, wir haben die achtziger Jahre verloren", sagt er. Dieser Realist und Warner heißt Peter Shore.

Er ist der Mann, der die Zukunft der Labour Party in einem reinigenden ideologischen Heilbad à la Godesberg sieht. Shore wurde mit einem demütigenden Stimmenanteil von 3,1 Prozent zu den Personalakten gelegt. Mit diesem Verdikt wurde zugleich alle Hoffnung begraben, daß sich die Labour Party des ideologischen Ballastes entledigt, der sie vor vier Monaten so tief in den Strudel ihrer bisher schmerzhaftesten Niederlage der letzten fünfzig Jahre riß.

Statt dessen entschied sich die Partei mit 71,3 Prozent der Stimmen für einen Mann, der in beschwörender, betörender und zugänglicher Alliteration aus ei*nem Wunschtraum Fakten* machte: „We will win" (Wir werden siegen). Das ist zunächst mal kein politisches Programm, sondern eher Selbsthypnose nach der Methode Coué. Die Partei ließ sich mit diesen Worten in Brighton nur allzu bereitwillig in Trance setzen und feierte den neuen Parteichef Neil Kinnock wie einen neuen politischen Messias. Zusammen mit dem neugewählten Parteivize Roy Hattersley bildet er das ersehnte „Traumpaar", eine Wortschöpfung Labours, die nicht unbedingt Kunde gibt von jenem neuen Realismus, dessen Labour so dringend bedarf.

Es herrscht begreiflicherweise nach dem Führungswechsel Aufbruchstimmung in der Labour Party. James Callaghan, der sonst „so weise und bedächtige Mann, sprach euphorisch von „zwei jungen Löwen im Angriff auf Frau Thatcher". Hier ist über Nacht einer trauernden und von Selbstzweifeln geplagten Partei neues Leben eingehaucht worden.

Sollte dieser Führungswechsel, der zugleich ein Generationssprung ist, also das Signal zur Wende für Labour sein? Die Wahl Kinnocks ist ohne Zweifel der wichtigste parteiinterne Einschnitt seit Jahrzehnten. Sie entschied *sich für einen Mann ohne* Erfahrung mit allen Vorteilen und Risiken, die eine solche Wahl mit sich bringt, und sie schenkte ihm als Bonus durch ein so klares und eindeutiges Votum jene Autorität, die ihm zur Stunde noch fehlt. Kinnock hatte recht, als er die Partei zu ihrem Mut beglückwünschte, ihm das Vertrauen geschenkt zu haben. Labour hat mit dieser Wahl mehr Phantasie bewiesen, als man ihr allgemein noch zutraute.

Dennoch: Zur Wende reicht das alles nicht aus. Denn das Grundproblem dieser Partei ist nicht ihre Führung – obwohl ihr bisheriger Chef Michael Foot hier viele Wünsche offenließ –, das größte Problem Labours war und ist stets die Partei selbst gewesen, ihr breites Spektrum von Marxisten bis zu liberalen Sozialdemokraten, ihr Geburtsfehler, der sie so eng an die Gewerkschaften fesselt, ihr Mangel an politischer Disziplin und ihr schwärmerisches Festhalten an den Ideologien von gestern. Solange die Partei diese Fehler nicht erkennt und zur Abhilfe und inneren Grundsatzreform bereit ist, hilft ihr nicht der beste Mann an der Spitze. Die Erneuerung dieser Partei muß an der Basis stattfinden. Dort hat der interne Bürgerkrieg, angezettelt von Tony Benn, begonnen, dort ist das Feuer zu löschen, das Haus und Hof Labours zu zerstören droht.



Autosuggestion durch Siegesparolen: Neuer Labour-Chef Neil Kinnock mit Frau FOTO: AP

Es gibt deutliche Anzeichen dafür, daß der politische Wille zu einem derartigen radikalen Neuanfang nicht vorhanden ist. Sie wurden bereits trotz aller Aufbruchsstimmung sichtbar, als die alte Kluft in der Frage der künftigen Rolle Großbritanniens als unabhängiger Nuklearmacht wieder aufriß und es Neil Kinnock trotz allen „Goodwills" als neugewählten Parteichef nicht gelang, diese Risse, die im letzten Wahlkampf so katastrophale Folgen hatten für die Partei, zu kitten.

Mit anderen Worten: Entscheidend für die Zukunft dieser Partei ist nicht so sehr der Führungswechsel, sondern die Frage, in welchem Maße es ihr gelingt, Tony Benn zu neutralisieren, der trotz seiner Wahlniederlage vom 9. Juni immer noch eine sehr bedeutende politische Kraft vor allem an der Basis ist. Er, und nicht Neil Kinnock, ist die Schlüsselfigur Labours auf ihrem Weg in eine neue Zukunft.

Wenn Labour den ideologischen Ballast, den Benn dieser Partei aufgebürdet hat, nicht abwirft, wird sie nicht nur die achtziger Jahre verloren, sie wird endgültig ihre Zukunft verspielt haben als glaubwürdige und wählbare Alternative zu den britischen Konservativen und jenes Terrain preisgeben, auf dem sich jene Kräfte bereits breitmachen, die sie einst selbst in die Flucht geschlagen hat: die Sozialdemokraten.

IM GESPRÄCH Israela Margalit

Aus dem Hohenlied Salomos

Von Giselher Schmidt

Ein mit hoher Intelligenz und stupendem Talent begabtes Temperamentsbündel am Klavier, pendelt diese Frau ständig zwischen New York und der Bundesrepublik. Hier hat sie im September fünf Filme hinter sich gebracht, die von „Transtel" mit Hilfe der Deutschen Welle für die Dritte Welt und die USA gedreht wurden. Viermal spricht Israela Margalit darin selbstverfaßte Texte zu Konzerten von J. S. Bach. Und sie spielt dessen D-Dur-Partita für ein Millionenpublikum. Einen Live-Auftritt hatte die Pianistin zuvor auf der Berliner Funkausstellung, wo sie auch Kindern musikalische Formen nahebrachte. Um ihre eigenen Kinder, die aus der – mittlerweile getrennten – Ehe mit dem Dirigenten Lorin Maazel stammen, kümmert sie sich – in den Intervallen zwischen den Tourneen – im New Yorker Stadtteil Manhattan.

Am 10. Oktober beginnt wieder eine zwölftägige Konzertreise durch die Bundesrepublik. Und Mitte bis Ende November tritt sie nacheinander in Kiel, im Rheinisch-Bergischen Kreis und schließlich viermal in Basel auf. Im Januar 1984 startet sie eine USA-Tournee mit dem New Yorker Kammerorchester. So geht es weiter in ihrem Terminkalender, der gewiß noch enger beschrieben wäre, wenn sie nicht versuchte, „gute Arbeit mit *guter Mutterschaft zu verbinden*".

Schon als Kind durfte Israela Margalit, eine Nachfahrin ukrainischer und russischer Juden, mit dem städtischen Orchester von Haifa konzertieren und im Rundfunk auftreten. Das israelische Erziehungsministerium erlaubte ihr, das Abitur zu machen, noch ehe sie *16* war. In der Musikakademie von Tel Aviv sprang sie gleich in die dritte Klasse, und sie absolvierte die Hochschule mit 18. Es schloß sich ein Postgraduate-Studium bei Friedrich Wührer in München an. Hier begann auch 1967 ihre internationale Karriere, die sie mit mehreren Orchestern zusammenführte – so auch mit dem Radio-Symphonie-Orchester Berlin unter Lorin Maazel, der sie ohne vorausgegangene Unterredung engagierte.



Intelligenz und Talent: Pianistin Israela Margalit FOTO: URSULA RÖHNERT

Als Maazel 1972 Chef des Cleveland-Orchestra wurde, da beschloß seine seit September 1969 angetraute Ehefrau, vorläufig nur „des Helden Gefährtin" zu sein. Daneben belegte sie an der Hochschule Philosophie und Politikwissenschaft.

Vor drei Jahren begann Israela Margalit ein glanzvolles Comeback als Konzertpianistin. Sie spielte in der New Yorker Carnegie Hall wie im Washingtoner Kennedy Center bei der Amtseinführung von Präsident Reagan, in London ebenso wie in Buenos Aires, in der Berliner Philharmonie wie in der Alten Oper von Frankfurt am Main. Außerdem verfaßte sie mehrere TV-Features, wie etwa eine Sendung über das Leben Beethovens. Häufig wurde auch ihr Spiel vom Fernsehen aufgezeichnet – so etwa ihre Interpretation des von ihr besonders geliebten Brahmsschen d-moll-Konzertes durch das ZDF. Bei ihren Auftritten kommt ihr zweifelsohne zugute, daß sie nicht nur eine glänzende Pianistin ist, sondern überdies noch mit äußeren Vorzügen gesegnet – wie eine Fürstentochter aus dem Hohenlied Salomos.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

GUARDIAN

Die Londoner Zeitung nennt den neugewählten Labour-Chef einen „Führer der realistischen Linken":

Mr. Kinnock ist der erste Führer der Labour Party, der nach einem neuen Auswahlsystem von allen Gliederungen der Partei gewählt worden ist. Wenn es in der Partei so etwas wie Beständigkeit gibt, dann dürfte ihm mit dem Hintergrund seines stimmenmäßig deutlichen Erfolgs künftig weit mehr Aufmerksamkeit zuteil werden als dem jetzt glücklos abgetretenen Mr. Foot ... und er dürfte über weit mehr Autorität verfügen, als Foot jemals haben konnte ...

THE SUN

Die größte Boulevardzeitung Großbritanniens schätzt die Lage bei Labour ganz anders ein:

In Wirklichkeit hat sich bei Labour außer der nominellen Führerschaft durch Kinnock nichts geändert. Die Linke hat sich auf allen Ebenen durchgesetzt. Sie beherrscht die Basis der Partei ... Noch könnte Labour sich besinnen, wenn ein neuer Führer dazu bereit wäre, sich zu stellen und zu kämpfen. Doch Neil Kin*nock zeigt weder den Willen noch die* Statur dazu.

Süddeutsche Zeitung

Die Münchner Zeitung appelliert an die Verantwortung der SPD in der Nachrüstungsfrage:

Jedermann wird es verstehen, *wenn die SPD* aus Gründen der inneren Balance eine weitere atomare Aufrüstung ablehnt, zumal da es auf *ihr Votum* in Genf wirklich nicht mehr ankommt. Aber unverständlich wäre es, wenn sich die Partei damit zugleich von ihrer Verantwortung in der Vergangenheit lossagen wollte und wenn sie die Zugehörigkeit zum Bündnis und das Bekenntnis zur Landesverteidigung in Frage stellen würde.

DIE RHEINPFALZ

Mit Rheinland-Pfalz haben der siebte SPD-Landesverband und drei weitere Bezirke ihr „Nein" zur Nachrüstung gesprochen.

In dieser Lage nun kündigt die SPD den NATO-Doppelbeschluß auf. Sie erklärt die Verhandlungen in Genf für offensichtlich aussichtslos und zieht daraus den Schluß, damit sei auch die Nachrüstung *hinfällig*. Die Logik dieser Mehrheitsmeinung bei den Sozialdemokraten ist ebenso kraus wie die Forderung ihres Abrüstungsvordenkers Egon Bahr, jetzt zur Nachrüstung nein zu sagen, um später, wenn es sich als notwendig erweisen sollte, doch noch ja sagen zu können. **(Ludwigshafen)**

WIESBADENER KURIER

Zum Angebot der Grünen an die hessische SPD heißt es hier:

Die Grünen haben als erste Partei im neuen Landtag zu erkennen gegeben, *daß sie zu einer dauerhaften* Zusammenarbeit mit einer anderen – der SPD – bereit sind. Zwar stellen sie Vorbedingungen, doch sind diese nicht von der Art, die die Sozialdemokraten nicht akzeptieren könnten. Verkehrte Verhältnisse im Landtag: Die Parteien, die vor der Wahl soviel vom *demokratischen* Konsens redeten und nach der Wahl meinten „mit uns aber nicht", hören nun von einer Gruppe, der eben diese Parteien jedes *Demokratieverständnis* absprachen, ein nahezu bedingungsloses „Mit uns, bitte ja".

Schlachtet Peking die Gans, die goldene Eier legt?

Wenn die Vernunft siegt, bleibt Hongkong auch unter chinesischem Regiment ein florierender Platz / Von Manfred Neuber

Sir Edward Youde, der britische Gouverneur in Hongkong, bereitet in dieser Woche in London die nächste Verhandlungsrunde zwischen Großbritannien und der Volksrepublik China über die Zukunft der Kronkolonie nach Ablauf des auf 99 Jahre befristeten Pachtabkommens im Jahre 1997 vor.

London und Peking haben übereinstimmend die Absicht bekundet, ein politisch stabiles und wirtschaftlich blühendes Hongkong zu gewährleisten. Umstritten ist die Rolle, die Großbritannien nach dem Schicksalstag für Hongkong als Garant eines „besonderen Status" der kapitalistischen Enklave in dem kommunistischen System übernehmen will.

Nach der vierten Gesprächsrunde Mitte September in Peking bemächtigte sich Panik des Wirtschaftslebens der Kronkolonie. Die *Börsenkurse gingen in den Keller*, und der Hongkong-Dollar verlor gegenüber dem US-Dollar ein Zehntel seines Wertes. Unterdessen hält die Kapitalflucht an.

Schuld an dieser Entwicklung ist eine polemische Informationspolitik der Chinesen. Während sich die Briten mit steifer Oberlippe an die vereinbarte Vertraulichkeit der Verhandlungen halten, facht die Nachrichtenagentur „Neues China" mit scharfen Erklärungen die Sorgen der sechs Millionen Einwohner Hongkongs – Europäer wie Chinesen – an.

Aber die Schlagzeilen in der Londoner Presse, die Vergleiche mit den „letzten Stunden an Bord der Titanic" anstellt, und angelsächsische Korrespondentenberichte, nach denen die Situation schon der Lage kurz vor dem Fall von Schanghai im Jahre 1949 entsprechen soll, schießen über die tatsächliche Stimmung in Hongkong weit hinaus.

Mit dieser Hysterie, immerhin 14 Jahre vor drohenden drastischen *Veränderungen, wird nur die eige*ne Position geschwächt und Peking ein zusätzlicher Trumpf im Hongkong-Poker zugespielt. Sie wird freilich verständlich, wenn man die Befürchtungen ernst nimmt, die britische Regierung könnte zu einem „Ausverkauf" entschlossen sein, weil ihr gegenüber China machtpolitisch nichts anderes übrigbleibt.

Äußerungen des ehemaligen Premierministers Edward Heath bei einem Zwischenaufenthalt in der Kronkolonie nach seinem Besuch in Peking und vor allem die Einsilbigkeit des Gouverneurs, der nicht zur Verhandlungsdelegation gehört, sondern nur als Berater hinzugezogen wird, ließen düstere Vorahnungen aufkommen, die zu den Kurseinbrüchen am Finanz*platz Hongkong führten*.

Weitaus weniger dramatisch wird von diplomatischen Beobachtern und deutschen Geschäftsleuten, die keinem emotionalen Streß wie die Engländer ausgesetzt sind und die über die momentane künstliche Krise hinaus nüchtern in die Zukunft blicken, die Überlebenschance Hongkongs eingeschätzt. Die simple Frage lautet doch: Wird Peking die Gans schlachten, die goldene Eier legt?

Unter dem Vorbehalt, daß die derzeitige Pekinger Führung die Bedingungen für die „Übergabe" aushandelt und diese Abmachungen von künftigen Machthabern der Volksrepublik respektiert werden, kann man sich eigentlich nicht vorstellen, daß Hongkong ein wirtschaftlicher Zusammenbruch und ein *Exodus drohen*, wenn der Union Jack eingeholt und die rote Fahne gehißt wird.

Die Probleme (auch bei den Verhandlungen) liegen auf anderen Gebieten. Obschon Kolonie ohne eine aus demokratischen Wahlen hervorgegangene Regierung, bietet Hongkong heute seinen Bewohnern ebenso große Freiheiten wie den Untertanen Königin Elizabeths II. zu Hause. Wie können ihnen die Grundrechte der freien Meinungsäußerung etc. gesichert werden, die wohl in der Verfassung der Volksrepublik stehen, in Wirklichkeit aber mißachtet werden?

London steht vor allem in der moralischen Verantwortung für jene Millionen Chinesen, die vor dem kommunistischen Regime nach Hongkong geflüchtet sind und nicht unter einem Zwangssystem leben wollen. Die Einwanderung ins Vereinigte Königreich ist ihnen verwehrt. Wird ihnen von der freien Welt eine andere Heimstatt eingeräumt werden, falls Peking keine ausreichenden Auflagen abgerungen werden können oder das Vertrauen in die Einhaltung solcher Zusagen schwindet?

Das sonst so fröhliche Fest der Mondgöttin Sheung Ngo stand in diesem Jahr – es wurde am vergangenen Donnerstag gefeiert – unter einem ungünstigen Stern. Die Chinesen in Hongkong hatten schon den Taifun Ellen als böses Omen gewertet. Nun hofft man auf bessere Auspizien für die neue Verhandlungsrunde im Oktober. Die heimliche Hoffnung vieler lautet: Wenn Peking die Chinesen auf Taiwan von friedlichen Absichten bei einer Wiedervereinigung überzeugen will, muß es in Hongkong ein ermutigendes Beispiel geben.

هكذا من الأهل

Der Seiltanz des Theo Waigel

Das Verhältnis zwischen der CSU-Landesgruppe in Bonn und der Parteizentrale in München ist nicht ungetrübt. Dem CSU-Statthalter in Bonn, Theo Waigel, der treu zu beiden Koalitionspartnern steht, fällt es nicht immer leicht, zu vermitteln.

Von MANFRED SCHELL

Jedesmal, wenn Theo Waigel dem Abt Vitalis von den Benediktinern in Ottobeuren begegnet, tröstet ihn der Mönch: „Ich weiß, wie schwer Sie es haben. Ich bete jeden Tag für Sie." Theo Waigel, mit 44 Jahren Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, antwortet dem Abt dann dankend: „Ich spür's auch." Jedenfalls empfindet Waigel, daß es der Gottesmann aufrichtig mit ihm meint. Von so manchem Parteifreund in der CSU, der ihm – vor allem seit dem letzten Wahlparteitag – auf die Schulter klopft und behauptet, er habe ihm und der Landesgruppe in Bonn schon immer besondere Sympathien entgegengebracht, glaubt Waigel dies nicht.

Erst in den letzten Tagen sind Spannungen zwischen München und Bonn bekanntgeworden. In Anwesenheit des Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß meldete sich Waigel im CSU-Landesvorstand zweimal zu Wort: Er bat darum, das „politische Wirken der CSU-Landesgruppe durch Kritik in dieser Form nicht unnötig zu erschweren". Gerold Tandler, der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, hatte den abwägenden und verbindlichen Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe mit der öffentlichen Erklärung herausgefordert, die angekündigte „Wende" sei bislang in Bonn ausgeblieben. Die Stimmungslage im CSU-Landesvorstand sprach für sich. Tandler sollte offenkundig einen Versuchsballon starten. Aber er wurde nur von dem Vorstandsmitglied Rosenbauer unterstützt, von dem man sagt, er wolle, wenn Edmund Stoiber Minister werde, Staatssekretär in der Staatskanzlei werden. Strauß selbst hielt sich zurück.

Waigel lobte die gute Zusammenarbeit im Kabinett mit Bundeskanzler Helmut Kohl und mit der FDP, auch wenn es mit dem Koalitionspartner in der Sachpolitik Differenzen gebe. Und unüberhörbar war seine Bemerkung, Kritik dürfe „keine Einbahnstraße von München nach Bonn sein".

Tandler machte schließlich einen Rückzieher. Er habe nur Stimmungen in der Landtagsfraktion zum Ausdruck gebracht, verteidigte er sich. „Zum Schluß", so sagt Waigel, wenn man ihn auf diese Vorgänge anspricht, „sind keine Meinungsunterschiede zurückgeblieben." Aber der Vorstoß von Tandler offenbart, daß zumindest der Münchner Teil der CSU die neue Rolle der Partei als Säule der Bundesregierung in Bonn noch nicht begriffen hat. Früher, als die Union in der Opposition und hier die CSU deren Speerspitze war, fiel vieles leichter. „Bonn ist schlecht, München ist gut." So war das Strickmuster, auch in den bayerischen Wahlkämpfen. Jetzt muß das Bild „neu gezeichnet werden", wie Waigel formulierte. Für ihn und die – nach dem Austritt von Franz Handlos – noch 52 CSU-Bundestagsabgeordneten ist die bayerische CSU nicht nur „die zweitstärkste Koalitionspartei, sondern auch ein Teil der Bundesregierung". Gerade auch hinsichtlich der Verwirklichung bayerischer Belange sieht er es so: „Wenn in Bonn was läuft, dann über uns." Er habe nicht den Eindruck, daß Bayern und die CSU in dieser Regierung „untergebuttert" werden, sagt Waigel. Aber natürlich gebe es „Zielkonflikte".

Waigel, seit Oktober 1982 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe, hat sich das, was an Belehrung einerseits und berechtigtem Anspruch aus München andererseits nach Bonn transportiert worden ist, lange angeschaut, ehe er sich jetzt dazu äußerte. Er liebt nicht den Holzschnitt, und deshalb formuliert er es so: „Auch in München muß man um die Notwendigkeit um den Freiraum und die Souveränität der Entscheidungsgremien der CSU-Landesgruppe wissen." Ein „Monopol" für Sachverstand und kluge Politik gebe es nicht.

Die Landesgruppe hat ihr Selbstwertgefühl zurückgewonnen, nicht zuletzt deshalb, weil aus ihren Reihen die fünf Minister Zimmermann, Schneider, Dollinger, Kiechle und Warnke kommen. Sie stellt außerdem eine Reihe von parlamentarischen Staatssekretären. Und die Landesgruppe steht zu ihren Ministern, von denen Werner Dollinger besonders der Gefahr ausgesetzt ist, von München aus aufs Korn genommen zu werden. Aber Dollinger war es schließlich, der sich – gegen den Widerstand der FDP – für den Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals eingesetzt hat, einem Herzensanliegen der CSU und der bayerischen Staatsregierung. Und nicht umstritten ist in den Reihen der CSU-Landesgruppe einschließlich Dollinger, daß notwendig werdende Streckenstillegungen bei der in dramatische Verluste geratenen Bundesbahn im Gegenzug einen Ausbau des Fernstraßennetzes erfordert.

Was heißt hier fehlende geistige Wende? Waigel: Fritz Zimmermann hat sie in seinem Bereich herbeigeführt. „Ich habe mich sehr dafür eingesetzt, daß die politische Stellung von Zimmermann in der Partei und in Bonn gestärkt wird." Oscar Schneider, der Wohnungsbauminister, betreibe eine „mutige und nicht an der Demoskopie orientierte Wohnungsbaupolitik". Jürgen Warnke, der Entwicklungshilfeminister, habe ebenfalls „deutliche Akzente" gesetzt. Gleiches müsse über Ignaz Kiechle, den Landwirtschaftsminister, gerechterweise gesagt werden, der, wie Waigel findet, seine „Sache ganz hervorragend macht". Staatssekretär Probst aus dem Forschungsministerium sorge dafür, daß die Forschung gegen das Waldsterben vorangetrieben werde.

Natürlich habe es Dollinger „am schwersten", weil sich in seinem Ressort der „Zielkonflikt zwischen sparsamer Finanzpolitik und Investitionspolitik" am schärfsten stelle. Aber die CSU brauche ihre Leistungen in der Koalition und für Bayern nicht zu verstecken; dazu gehörten: der Rhein-Main-Donau-Kanal, die Aufstockung der Finanzmittel für den Hochschulbau und damit auch für das Klinikum Regensburg sowie die Sicherung der Maxhütte. „Nur, wir können nicht alles in einem Jahr erreichen, was 13 Jahre lang zurückgeblieben ist." Es scheint, daß diese Erinnerung Waigels nicht in erster Linie für die Bevölkerung, sondern für die eigenen ungeduldigen Pateifreunde in München gilt.

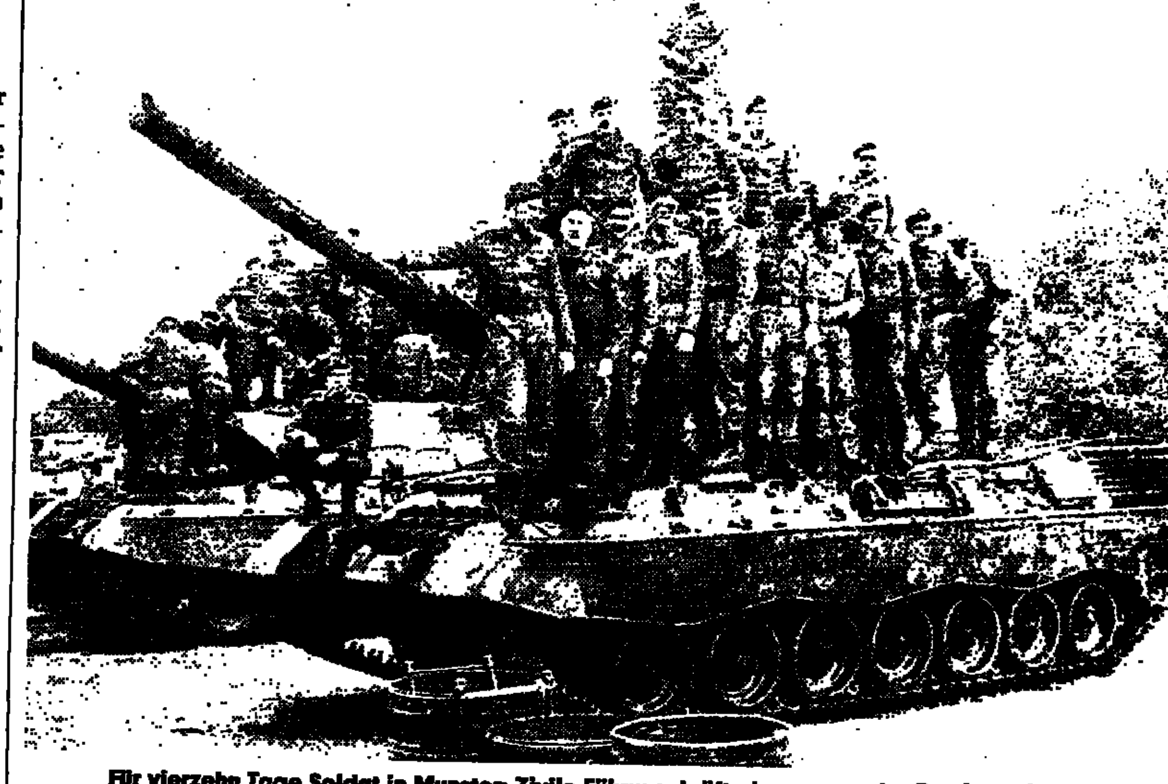
Strauß nimmt Waigel davon ausdrücklich aus. „Zu ihm habe ich ein gutes Vertrauensverhältnis. Ich habe den Eindruck, daß Franz Josef Strauß weiß, daß er sich auf die Landesgruppe und auf mich verlassen kann." Waigel schätzt die Offenheit der Auseinandersetzung. Intrigen liegen ihm nicht. In der Zeit der bundespolitischen Neuorientierung in Bonn sind in München so manche Legenden geschmiedet worden. Über Wochen hinweg hat man zum Beispiel Friedrich Zimmermann angehängt, er habe Strauß bei den Koalitionsverhandlungen in eine Falle tappen lassen. Strauß hatte zunächst geraten, Helmut Schmidt im eigenen politischen Sumpf untergehen zu lassen und dann, mit voller Kraft, eine absolute Mehrheit der Unionsparteien zu erringen. Zimmermann hatte hier nicht mitgezogen. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte sich längst mit Hans-Dietrich Genscher abgesprochen. Franz Josef Strauß gab schließlich widerwillig sein Einverständnis.

Waigel versteht die Unruhe, die es in der Sommerpause vor allem in der CSU über die politische Absicherung des Milliarden-Kredits für die „DDR" gegeben hat. Unsicherheiten sind vor allem deshalb entstanden, weil die eigenen Parteioberen Stillschweigen geübt hatten und das Parteivolk die Ereignisse aus den Zeitungen erfahren mußte. Es sei damals der Wunsch des Bundeskanzlers gewesen, nichts nach außen dringen zu lassen. „Ich verstehe den Ärger", sagt Waigel. „So etwas wird sich auch nicht mehr wiederholen können."

Den Umgang in der Koalition, auch mit der FDP, nennt Waigel „fair und konstruktiv". Dies gilt auch ausdrücklich für Helmut Kohl. Der Kanzler verfolgt sehr aufmerksam auch die Vorgänge in der CSU. Er hat die Attacken Tandlers registriert und jeder, der Kohl kennt, weiß, daß er es sich merken wird. Seine Aussage vor der Presse in Bonn, er wolle diese Erklärungen nicht kommentieren, kommt einer Erklärung Tandlers zur vorläufigen Un-Person gleich. Sein Verhältnis zum Bundeskanzler nennt Waigel „unkompliziert". Für ihn gelte der Grundsatz, auch um Mißverständnisse und Fehlinterpretationen vorzubeugen: „Ich muß Helmut Kohl ohne Einschränkungen sagen können, was ich mit Franz Josef Strauß besprochen habe, und ich muß meinem Parteivorsitzenden sagen können, was ich mit dem Kanzler bespreche." Nur Klarheit sei hier gefordert. „Wenn uns was nicht paßt, dann sagen wir von der CSU-Landesgruppe das offen und direkt."

Für mich, so beschreibt Waigel seinen politischen Führungsstil, „geht nichts über die Hintertür". Mauscheleien will er nicht und er lehnt auch schon die Mitwisserschaft daran ab. Und nur wer das Selbstbewußtsein in der CSU richtig einzuschätzen vermag, kann die Aussage von Waigel, die er nach dem letzten Wahlparteitag in München gemacht hat, richtig gewichten: „Die Vertrauensstellung für die CSU-Landesgruppe und der Minister in Bonn ist heute in der CSU in gleicher Weise gegeben wie für die Staatsminister in Bayern."

Theo Waigel (links) genießt Vertrauen beim Kanzler in Bonn und seinem Parteivorsitzenden in München
FOTO: DPA



Für vierzehn Tage Soldat in Munster: Zivile Führungskräfte begegnen der Bundeswehr
FOTO: DIE WELT

Eine Armee wirbt um Vertrauen

Seit 15 Jahren lädt die Bundeswehr Persönlichkeiten aus dem Zivilleben zu Informationsübungen ein. Sie dienen vor allem dem Bemühen der Streitkräfte, in der Öffentlichkeit mehr Verständnis für ihren Auftrag zu gewinnen. Ein Bericht aus der Panzergruppenschule Munster.

Von A. GRAF KAGENECK

Herr Direktor St., Vorstandsmitglied bei den Hoesch-Hüttenwerken in Dortmund, kam mit dem Gewehr nicht recht zurecht. Zwar weiß er seit langem eine Jagdbüchse zu handhaben, wie sich das für einen Herrn in gehobener Stellung gehört; hier aber hatte er ein G 3 vor sich, das Sturmgewehr der deutschen Bundeswehr. Das militärische Utensil lag vor ihm auf zwei Sandsäcken, und es galt, Kimme und Korn auf ein schwarzes Fadenkreuz zu bringen, das in 30 Meter Entfernung auf eine weiße Scheibe gemalt war. Immer wieder korrigierte der ausbildende Gefreite den weißhaarigen Herrn, bis dieser begriffen hatte, daß er durch das falsche Loch hindurch visiert hatte.

Am Tage zuvor war der Industrielle, für 14 Tage in die Uniform eines Oberleutnants der Panzergrenadiere gezwängt, zusammen mit acht anderen „zivilen Führungskräften der Bundesrepublik" zwei Stunden lang querfeldein durch die Heide marschiert, um nach Karte und Kompaß ein 12 Kilometer entferntes Lagerfeuer zu finden. Mal hatte der Gewerkschaftssekretär, mal der Bankdirektor, mal der Oberstudienrat, mal der Oberstaatsanwalt und mal der bischöfliche Finanzdirektor einer süddeutschen Diözese das 20 Kilo schwere Tornister-Funkgerät geschleppt.

Da sie ihre italienischen Juchtenleder-Halbschuhe mit den Einheitsknobelbechern der Soldaten vertauscht hatten, kamen sie hinkend am Ziel an, nichtsdestoweniger aber die Hacken zusammenreißend, als dem leitenden Brigadegeneral Hans-Detlef Ahrens gemeldet wurde. Sie hatten wie Generationen vor ihnen „ihren inneren Schweinehund" niedergekämpft und die Zähne zusammengebissen; ein Erfolgserlebnis, das sich dann an strahlenden Gesichtern ablesen ließ.

Dies allein indes war nicht Zweck dieser „Informationsübung der Bundeswehr für zivile Führungskräfte", die in diesem Jahr zum 15. Mal abrollte und einmal jährlich ziviles und militärisches Establishment der Republik in der Panzergruppenschule in Munster zusammenführt. Abgesehen von allerlei Panzervorführungen, mit denen sich eine moderne, gut gerüstete, sofort einsatzbereite und motivierte Armee vorstellte, warb die Bundeswehr, die trotz 27jährigen Bestehens immer noch nicht überall eine ethische Grundlage in einem Volk gefunden hat, das sich in rückwärtsgewandte Vergangenheitsbewältiger und vorwärtstastende Pazifisten zu teilen scheint, vor allem um Verständnis für ihre Aufgabe.

Die überwiegende Zahl der 78 Teilnehmer hatte noch nie gedient, bestand aus den sogenannten weißen Jahrgängen, die für die Wehrmacht zu jung und für die Bundeswehr zu alt waren, also etwa zwischen 1930 und 1940 das Licht der Welt erblickten. Für viele von ihnen, bei denen jeder Gedanke an Verteidigung beim Haushalt anfängt und bei den Raketen aufhört, war das Heer, das Fußvolk, war der konventionelle Sektor der Selbstbehauptung ein Nullfaktor gewesen.

Und nun wurden sie mit der Handhabung von Panzern und Panzerabwehrwaffen, der Ausbildung und Führung von Soldaten, der schwierigen Heranführung einer äußerst skeptischen Jugend an den Verteidigungsgedanken und ihre Motivierung, der Führung großer Verbände, kurz: mit der Handhabung eines Instruments bekannt gemacht, das manchen von ihnen nicht nur fremd, sondern auch unheimlich, ja schon beinahe kriegslüstern, machtlustig, auf jeden Fall unnütz kostspielig erschien.

Bei manchen zeigte sich, wie sehr noch an alten Vorstellungen vom Mißbrauch einer Armee festgehalten wird. Was Bundeswehroffiziere längst innerlich vollzogen haben und jeden Tag vorexerzieren, nämlich die radikale Umstellung von einer Armee als Werkzeug eines Angriffskrieges auf eine Armee zur Friedensbewahrung, ist noch nicht annähernd ins öffentliche Bewußtsein gerückt.

Immer wieder wurde gefragt, ob die NATO nicht doch Angriffsziele jenseits der Demarkationslinie eingeplant habe, warum es Waffensysteme gebe, die in die Tiefe des Feindes wirken können. Schauer liefen sichtlich über einige Rücken, als auf Karten und Fernsehschirmen das Ausmaß eines Gefechts zwischen zwei Panzerbrigaden sichtbar wurde, als, der Lage nach, Winsen an der Luhe, Lüneburg und Soltau in Schutt und Asche sanken, ohne daß eine einzige Atomrakete abgefeuert worden wäre. Was denn mit der Zivilbevölkerung geschehe, wollten einige wissen. Ob man noch die Zeit habe, sie rechtzeitig zu evakuieren, und wohin? Ob nicht „der Russe" an einem schönen Samstag morgen vor den leeren Kasernen eines Bundeswehrstandorts stehen könne und nur noch „strastwuitje" zu sagen brauche?

Das alles wurde ohne Emotionen und schließlich überzeugend beantwortet. „Krieg, dieses undenkbare Ding, ist nicht etwas, was nicht sein kann, weil es nicht sein darf", sagte nachdenklich ein christdemokratischer Landrat aus dem Holsteinischen in der Diskussion. „Natürlich wird es immer noch Kriege geben, aber sie sind gegenüber früher erheblich unführbarer geworden, und die Bundeswehr scheint mir in ihrer Existenz einer der Faktoren zu sein, die dies bewirken." Daß die neue deutsche Armee dies in aller Bescheidenheit, in aller Stille, ohne schimmernde Wehr und ohne Zopf tut – sehr im Gegensatz zu manchen alliierten Armeen –, wurde auch von Teilnehmern anerkannt, die dem Wehrgedanken instinktiv ablehnend gegenüberstehen.

Albrecht unterstützt Budapest

CH. GRAF SCHWERIN, Budapest

Bei seinen Gesprächen mit dem ungarischen Ministerpräsidenten György Lazar und dessen Stellvertreter Jozsef Marjai hat der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht durchblicken lassen, daß er den Wunsch Ungarns nach einem freieren und dauerhaften Zugang zum deutschen und europäischen Markt unterstützen will. Albrecht zur WELT: „Ich bin in der Tat der Meinung, daß wir diesem Wunsch entgegenkommen und den Ungarn mehr Chancen auf dem deutschen und Gemeinsamen Markt geben sollten." Die Ungarn wären dann auch bereit, so meinte Albrecht, sich in den „empfindlichen Sektoren" Selbstbeschränkung aufzuerlegen; zum Beispiel beim Textil- und Lederexport.

Bei dem „*Informations*besuch" Albrechts erläuterten die Ungarn auch ihre marktwirtschaftlichen Bemühungen und ihre Erfahrungen mit Leistungsanreizen für private Unternehmungen. Der Zurückerlangung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts komme Priorität zu. Marjai versicherte, die Bundesrepublik Deutschland sei und bleibe wohl auch Ungarns wichtigster Handelspartner. Zwischen beiden Ländern gebe es historische Beziehungen. Die unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen zwischen beiden Ländern seien kein Hindernis, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Ungarn „ein gutes Beispiel geben".

Der niedersächsische Ministerpräsident war auf Einladung der ungarischen Regierung in Begleitung seines Landwirtschaftsministers Gerhard Glup zu einem „Informationsbesuch" nach Budapest gereist und nicht – wie er betonte – um die wirtschaftlichen Interessen Niedersachsens zu vertreten. Dies habe Wirtschaftsministerin Breuel im Mai 1981 an gleicher Stelle getan. Die ungarische Seite maß dem Besuch des prominenten CDU-Politikers große Bedeutung zu.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Hessens SPD glaubt nicht so recht an die Wende der Grünen

Zweifel an der Verbindlichkeit der Petersberger Beschlüsse vom Wochenende

J. NEANDER, Wiesbaden

Das überraschende Angebot der Grünen an die SPD vom Wochenende hat die politische Szene in Hessen wieder in Bewegung gebracht, zumindest auf der Bühne der Medien. Die SPD reagiert in ersten Stellungnahmen mit großer Skepsis: Man müsse abwarten, wie verbindlich der spektakuläre Beschluß der Grünen sei.

Ministerpräsident Holger Börner schweigt. Schon gleich nach der Landtagswahl am 25. September hatte er jedes Interview vor der ersten Sitzung des neuen Landtags am 13. Oktober abgelehnt. Morgen will er in Wiesbaden ein Gespräch mit Vertretern der Grünen (erwartet wird die Abgeordnete Iris Blaul) über den Haushalt 1983 führen. Aber dieses Gespräch hat eher Routinecharakter und war schon lange anberaumt. Ähnliche Zusammenkünfte mit CDU und FDP hatten schon in der vergangenen Woche stattgefunden. Atmosphärisch nicht ganz unwichtig für das Gespräch mit den Grünen wird sein, daß der Regierungschef am Vormittag desselben Tages die Begrüßungsrede auf seinem Empfang im Biebricher Schloß zum Thema „Deutsch-amerikanische Freundschaft" halten will.

„Der Teufel steckt doch im Detail"

„Nichts überstürzen" und „Die Ruhe bewahren" – dies rät der SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Winterstein seinen Parteifreunden. Beim Haushaltsgespräch mit den Grünen werde sich zeigen müssen, zu welchen konkreten Kompromissen die Grünen bereit seien: „Der Teufel steckt doch im Detail. Ich denke, daß man am Ende der Gespräche sagen kann, wie ernst es den Grünen ist."

Zum Beschluß der Landesversammlung der Grünen in Petersberg bei Fulda sagte Winterstein außerdem: „Nach den basisdemokratischen Grundsätzen kann da bekanntlich jeder teilnehmen. Für mich ist die Frage, ob sehr viele Frankfurter Fundamentalisten die weite Strecke angereist waren. Wie aber stellt sich eine Landesversammlung, wenn sie in einem halben Jahr etwa in Sprendlingen oder in Frankfurt selbst stattfindet? Und wie ist es mit dem Rotationsprinzip, wenn – wie die Grünen ja beschlossen haben – in zwei Jahren sieben andere Abgeordnete in den Landtag einziehen."

Die Frage, ob das grüne Angebot nicht innerparteilichen Druck auf die SPD-Spitze auslösen werde, hält Winterstein nicht für entscheidend: „Es gab nach der Wahl 1982 in der SPD eine Gruppe, die für eine Zusammenarbeit mit den Grünen eintrat. Aber im Laufe des letzten Jahres ist diese Gruppe nach meinem Eindruck eher kleiner geworden."

Wintersteins Zweifel an der Verbindlichkeit des Petersberger Beschlusses werden inzwischen auch durch Stimmen aus dem grünen Lager selbst genährt. Der Frankfurter Manfred Zieran, Exponent der sogenannten Fundamentalisten, sagte am Montag: „Hier wurde die Glaubwürdigkeit unserer Politik taktischen Erwägungen geopfert. Die Grünen etablieren sich als vierte staatstragende Partei. Aber ich sehe das nicht als endgültig an." Auch Zieran führt relativierend die „besondere soziale Struktur dieser Landesversammlung" ins Feld. Er werde diesen Beschluß, obwohl er mit einer Mehrheit von 90 Prozent der Anwesenden gefaßt wurde, „nicht verwirklichen helfen". Eine Spaltung der Grünen befürchtet er allerdings nicht.

Das bevorstehende Mittwoch-Gespräch zwischen Börner und Vertretern der Grünen in der Staatskanzlei dürfte keine wesentlich neuen Erkenntnisse bringen. Der Haushaltsentwurf für 1983, über den die Grünen lediglich informiert werden sollen, ist bereits im Druck. Finanzminister Heribert Reitz wird ihn ohne jede Modifikation Ende Oktober vom geschäftsführenden Kabinett absegnen lassen und voraussichtlich in der ersten regulären Arbeitssitzung des neuen Landtags am 23. November im Parlament einbringen. Da es sich im wesentlichen nur um eine Fortschreibung des Haushalts 1982 handelt und keinerlei freier Finanzspielraum vorhanden ist, könnte der Entwurf bereits am 23. und 24. November beraten und beschlossen (oder abgelehnt) werden. Politisch bedeutsam dürften erst die Gespräche über den Haushalt 1984 werden.

Unterschiedlich reagieren auf die neue Lage die beiden bürgerlichen Parteien. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Gottfried Milde forderte die Sozialdemokraten zu „einer klaren Entscheidung" auf. Die Grünen hätten am Wochenende deutlich gemacht, daß sie in Hessen eine rotgrüne Koalition wollen. Sie seien längst keine Umweltschutzpartei mehr, sondern strebten eine „Veränderung der Wirtschafts-, Sozial- und Rechtsordnung in der Bundesrepublik" an. Der Rechtsbruch sei für sie ein Hebel zu dieser Veränderung. Die SPD habe nun zu wählen, ob sie diese Koalition wolle oder eine Zusammenarbeit mit CDU und FDP. Eine Politik der wechselnden Mehrheiten, wie sie Ministerpräsident Börner offenbar im Auge habe, werde es nicht geben.

Gries gegen Koalition in der Opposition

Die hessische FDP nahm gestern nicht Stellung. Ein Sprecher sagte lediglich, solange Ministerpräsident Börner auf das Angebot der Grünen nicht reagiert habe, sei die FDP nicht am Zuge. Eine breite Diskussion der neuen Situation wird es jedoch schon am Freitagabend geben. Überraschend hat die FDP zu ihrer Landesvorstandssitzung im Bad Nauheimer Ärztezentrum neben den Mitgliedern der neuen Landtagsfraktion auch sämtliche Bezirks- und Kreisvorsitzenden der Partei dazugeladen.

Dieses Gremium, das noch größer ist als der Landeshauptausschuß, soll die künftige Politik der hessischen FDP auf einer möglichst breiten Basis absegnen, damit „Erosionen" vermieden werden, wie sie etwa der frühere Landesvorsitzende Ekkehard Gries in Äußerungen in der neuesten Ausgabe des „Spiegel" andeutet. Gries wird mit Sätzen zitiert wie „Schluß mit der sturen Genscher-Doktrin" oder „die Koalitionsaussage zugunsten der CDU darf keine Fessel für die Zukunft sein". Gries präzisierte gegenüber der WELT: „Natürlich können wir keine Koalition mit der SPD machen. Aber wir sollten auch keine Koalition in der Opposition schließen."

Brandt: SPD-Votum zur Nachrüstung weiter offen

Er wirft der Bundesregierung „Defätismus" vor

PETER PHILIPPS, Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat der Bundesregierung gestern vorgeworfen, „in vielen Äußerungen hinter vorgehaltener Hand" den Eindruck zu verbreiten, daß die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen ohnehin komme, daß bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen „nichts mehr drin" sei. Aber: „Warum stiehlt man sich dann dort noch die Zeit?" Nach einer zweitägigen Klausur des sozialdemokratischen Bundesvorstands in der Nähe von Bonn faßte er die Ablehnung von Bundeskanzler Kohls Zeitplanung, am 21. November im Bundestag über die mögliche Nachrüstung zu debattieren, mit dem Hinweis zusammen, daß darin „völliger Defätismus" zum Ausdruck komme.

Nach Brandts Worten stellt sich die Bundesregierung „fast fatalistisch auf Konfrontation und mehr Unsicherheit durch ein neues Wettrüsten mit Kurzstreckenraketen" ein, anstatt „Entspannung zu vertreten und Stabilität und Rüstungskontrolle – wie im NATO-Doppelbeschluß – weiter zu verfolgen". Statt eine breite Unterstützung des westlichen Bündnisses in der Bevölkerung zu erreichen, riskiere die Bundesregierung über das „zeitplangerechte Verpassen einer historischen Chance einen Vertrauensverlust in das Bündnis". Dies sei ähnlich auch von seinen Gesprächspartnern während seines Besuchs in den USA in der vergangenen Woche empfunden worden. Die Deutschen würden dort „als solider Bündnispartner eingeschätzt", deshalb sei es auch weitgehend auf Unverständnis gestoßen, warum Bonn nicht versuche, die Sowjetunion auf ihre Abrüstungsvorschläge „festzunageln".

Nach der jetzt von Kohl angekündigten Bundestagsdebatte steht es auch fest, daß die SPD am 18. und 19. November in Bonn ihren außerordentlichen Parteitag veranstalten wird. Dabei wird sich der erste Tag ausschließlich mit der Europa-Wahl beschäftigen, während am 19. November dann über die Haltung der SPD zum NATO-Doppelbeschluß und zu einer möglichen Nachrüstung abgestimmt wird. Obwohl auch an diesem Wochenende wieder mehrere Bezirks- und Landesparteitage den NATO-Doppelbeschluß ohne Wenn und Aber abgelehnt haben, blieb Brandt dabei, daß sich der Parteivorstand erst unmittelbar vor der Veranstaltung am 19. November in Form eines Leitantrages in die Parteidebatte einschalten wird.

Der SPD-Chef deutete gestern an, daß der „erste Mann in der Sowjetunion" wisse, daß sich nach seiner, Brandts, Meinung „die Lage nur durch wichtige einseitige Maßnahmen" Moskaus in Genf ändern könne. Aber es gebe keinerlei Hinweise, daß die Sowjets eine entsprechende Initiative planten, dazu seien die Verhandlungen insgesamt wohl „zu sehr zerfranst".

Der SPD-Parteivorstand hatte sich den gesamten Sonntagnachmittag und -abend mit der Frage des NATO-Doppelbeschlusses befaßt. Dabei hatte eine wesentliche Rolle auch Brandts Bericht von seiner USA-Reise und dem Hearing in Washington gespielt, zu dem der Parteivorsitzende eingeladen worden war. Zu seinen Einschätzungen gehörte es dabei auch, daß es nach einer Nachrüstung im Westen automatisch „zur Stationierung von SS 20 kommen wird, die auch nicht weniger treffsicher seien als die amerikanischen Pershing-2-Raketen. Die dadurch bedingten immer kürzeren Flugzeiten müßten zur „Automatisierung" führen und damit auch zur erhöhten Gefahr von Fehlhandlungen.

p. p. Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat nach der Klausurtagung des Bundesparteivorstands deutlich gemacht, daß er in der Frage der Arbeitszeitverkürzung im „nächsten Frühjahr eine Machtprobe zwischen Kapital und Arbeit" erwarte. Die Arbeitszeitverkürzung wäre ein „wichtiges Mittel", um das Problem der Arbeitslosigkeit zu vermindern. Es werde viel davon abhängen für die politische Lage in der Bundesrepublik Deutschland, wie diese „Machtprobe" ausgehe.

Neben der Arbeitsmarkt- und internationalen Währungspolitik sowie der Haltung der SPD zum NATO-Doppelbeschluß spielte auf der Klausurtagung auch das Ergebnis der Landtagswahlen in Bremen und Hessen eine vorrangige Rolle.

Späth wendet sich gegen Mahnminuten

xhk, Stuttgart

Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) hat an Bevölkerung und Gewerkschaften appelliert, „auf der Grundlage von Verfassung und Gesetz den inneren Frieden in unserem Lande zu wahren". In einem Schreiben an den DGB und die ÖTV in Baden-Württemberg lehnte Späth die Forderung der Gewerkschaften an die Landesregierung ab, die für den 5. Oktober geplante fünfminütige Arbeitsniederlegung der Arbeitnehmerorganisationen zu unterstützen.

Es könne niemandem daran gelegen sein, so Späth, durch „Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen des öffentlichen Dienstes" die Diskussion über die Friedensproblematik in den Staatsdienst, Schulen und andere Behörden zu tragen.

Regierungssprecher Matthias Kleinert ergänzte das Schreiben durch den Hinweis, daß der Aufruf des DGB zu diesem Streik mit der Verfassung und dem Beamtenrecht unvereinbar sei. Allen Angehörigen des öffentlichen Dienstes stehe es frei, „sich außerhalb der Dienstzeit" an politischen Aktionen und Demonstrationen zu beteiligen.

Bayern: GEW contra Maier

lz. München

Zu einer juristischen Auseinandersetzung zwischen Bayerns Kultusminister Hans Maier und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) führte der Vorwurf des Ministers, Lehrer, die morgen dem Appell des DGB folgen und in ihrer Klasse fünf „Mahnminuten für den Frieden" einlegen, begingen eine Arbeitsverweigerung. Über ihren Rechtsanwalt forderte die Gewerkschaft den Minister auf, bis heute 13.00 Uhr schriftlich zu bestätigen, daß er diesen Vorwurf künftig unterlassen werde. Andernfalls kündigte der GEW-Landesvorsitzende Peter Kurz zivilrechtliche Schritte gegen Maier an. Sollten Lehrer wegen sogenannter Friedensaktionen im Unterricht zur Rechenschaft gezogen werden, sei die Gewerkschaft entschlossen, notfalls bis zum Bundesverfassungsgericht zu gehen.

Koschnick möchte einen unbequemen Mann zum Wirtschaftssenator küren

Von W. WESSENDORF

Überraschungen stecken in der Wunschliste von Bürgermeister Hans Koschnick (SPD) für seine neue Senatorenriege; zahlenmäßig soll sie bei einem Dutzend bleiben. Damit wird also wieder eine der größten Ministerrunden das kleinste Bundesland regieren. Die Vorschlagsliste, von den Genossen nach heftigem Kampf gebilligt, muß am kommenden Samstag auf dem SPD-Landesparteitag noch gutgeheißen werden.

„Den Werner Lenz hat der Hans aus dem Hut gezaubert", meinte einer der Teilnehmer der SPD-Runde am Wochenende, als Koschnick den Vorschlag machte, Bremerhavens Oberbürgermeister zum Wirtschaftssenator zu berufen. Lenz hat sich nach eigenem Bekunden nicht um diesen Posten beworben. „Ich war erstaunt, als Koschnick mich nach Mitternacht am Samstag anrief", sagte der Bremerhavener Oberbürgermeister zur WELT. Der 56jährige Politiker, seit fünf Jahren Oberbürgermeister der Seestadt, gilt als unbequemer Mann. Viele Genossen bezeichnen ihn als „Schlitzohr". Schon vor Jahren hat er beispielsweise auf die prekäre Werftenlage in Bremerhaven hingewiesen, für eine Fusion mit gleichzeitiger Modernisierung der dortigen Schiffbaubetriebe plädiert. Freilich kalkulierte er auch Entlassungen dabei ein. Das brachte Lenz viele Gegner auch in der eigenen Partei.

Lenz will aber nur auf den Senatorensessel, wenn er am nächsten Samstag eine „ausreichende Stimmenmehrheit" bekommt. „Wird es knapp", kündigte der OB gegenüber der WELT an, „komme ich ins Nachdenken". Lenz will auf einem festen Fundament stehen, wenn er das schwierige Amt im von wirtschaftlichen Krisen geschüttelten Zwei-Städte-Staat übernimmt.

Einen Riesenwirbel entfachte durch ein Mißverständnis auch die Nominierung der einzigen Frau im neuen Senat. Seit fünf Jahren wird der Weserstaat nur von Männern regiert, die Frauen in der SPD klopfen seitdem an die Rathaustür. Um den Senatorenposten für Umweltschutz hatte sich Hede Lütjen (45) beworben. Als die gelernte Buchhalterin in



der vergangenen Woche ins Krankenhaus mußte, rief ihr Mann nach Rücksprache mit dem behandelnden Arzt beim SPD-Vorstand an: „Meine Frau kandidiert nicht mehr." Frau Lütjen las am Sonntag im Krankenhaus in der Zeitung, daß ihre Parteifreundin Eva-Maria Lemke Senatorin werden sollte. Hede Lütjen telefonierte sofort mit dem Parteivorstand: „Ich habe meine Kandidatur nicht zurückgezogen, ich will Senatorin werden." Daraufhin verzichtete Eva-Maria Lemke auf das angebotene Amt.

Neu in den Senat für das Ressort Arbeit kommt nach Koschnicks Vorstellungen Claus Grobecker, damit werden die Bereiche Wirtschaft und Arbeit wieder getrennt. Der 48jährige Bundestagsabgeordnete pendelt seit 14 Jahren zwischen Bremen und Bonn. Der gelernte Drucker soll auch die Senatskommission für das Personalwesen leiten. 40 000 Menschen stehen in Bremens Staatsdiensten. Grobecker gilt als Haushaltsexperte, verdiente sich im Bonner Haushaltsausschuß Meriten. Laut und polternd gilt er als Führer der sogenannten „Wesergang" in Bonn. Grobecker war vor dem Bonner Regierungswechsel mehrere Monate Parlamentarischer Staatssekretär im Familienressort.

In das linke Spektrum der SPD stecken politische Beobachter Volker Kröning (38), der das Innenressort übernehmen soll. Der Jurist war maßgeblich an der Ausarbeitung des 1981 in Kraft getretenen Bremer Verfassungsschutzgesetzes beteiligt. Kröning hat außerdem an dem Bremer Polizeigesetz mitgearbeitet, das vor einem halben Jahr für einigen Wirbel in der Bundesrepublik gesorgt hat.

Erstaunen löste unter Wirtschaftsfachleuten aus, daß Günther Czichon, der bislang die „Bremer Botschaft" in Bonn leitete, nicht in den Senat zurückberufen wurde. Czichon gilt als Wirtschaftsexperte, der sich neben seinem Bonner Posten stets auch um die Wirtschaftsprobleme der Hansestadt kümmerte. Czichon setzte sich für eine solide Wirtschaftspolitik ein. Lange bevor die Werftenkrise in Bremen offen ausbrach, sprach sich Czichon dagegen aus, immer wieder Steuergelder in ein Faß ohne Boden zu stecken.

Finanzsenator bleibt Moritz Thape (63). Koschnick hat seinen wichtigsten Mann noch einmal überredet, im Amt zu bleiben. Das Land Bremen hat die meisten Schulden. Thape, gelernter Maschinenschlosser und Journalist, fährt sogar gegen die Bremer SPD einen harten Finanzkurs und will den Haushalt wieder in Ordnung bringen.

„Kommunale Selbstverwaltung stärken"

Gespräch mit Staatssekretär Waffenschmidt über Probleme der Städte und Gemeinden

MANFRED SCHELL, Bonn

Die gesamtstaatliche Mitverantwortung des Bundes und der Länder für die in Finanznot geratenen Städte und Gemeinden enthält nach Auffassung des parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt (CDU), die Verpflichtung, „die kommunalen Haushalte vor einer steigenden Überbelastung zu bewahren". In einem WELT-Gespräch sagte Waffenschmidt, für die Kommunen würden in nächster Zukunft durch „schnell wachsende Aufgaben für Pflegekosten und Heimunterbringung in der Sozialhilfe" verstärkte Belastungen entstehen. Vorschläge dazu, wie dieser Kostendruck gemildert werden könne, würden in Kürze von einer Arbeitsgruppe unter Leitung von Bundesminister Heiner Geißler unterbreitet.

Eine angemessene Beteiligung der Gemeinden an dem Steueraufkommen der Länder sei unabdingbar, forderte Waffenschmidt. Auch müßten die Gemeinden von den zusätzlichen Finanzmitteln erhalten, die der Bund zur Verfügung stelle. Neue Vorschläge zur Finanzausstattung der Gemeinden sollten geprüft werden.

Die Koalition in Bonn sei klar darauf festgelegt, „daß es keinen finanzpolitischen Verschiebebahnhof zu Lasten der kommunalen Körperschaften geben soll". Vielmehr sei es ihr Ziel, die Selbstverwaltung der Kommunen zu stärken. Im Rahmen dieser Grundsätze seien bereits bedeutsame Entscheidungen erfolgt. Im Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern seien den Ländern zugleich auch für die Gemeinden ab 1. Januar 1983 durch die Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer und durch den Verzicht des Bundes auf die Kindergeld-Milliarde zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt worden. Ab 1. Januar 1984 sollen die Länder erneut einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer halten können. Für die Steuererleichterungen zugunsten der Betriebe im Gewerbesteuerbereich sei für die Gemeinden unmittelbar ein Ausgleich durch die Senkung der Gewerbesteuerumlage geschaffen worden, sagte Waffenschmidt. Bundeskanzler Helmut Kohl habe überdies zugesagt, daß die „Gewerbesteuer den Gemeinden als zentrale Steuerquelle bewahrt werden solle".

Aufklärungsaktion der ÖTV führt zu Autobahn-Staus

rtr, Bonn

Eine Aufklärungsaktion der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr über die Tarifverhandlungen für die Lkw-Fernfahrer hat auch gestern wieder zu Rückstaus an zahlreichen Autobahn-Raststätten und Grenzübergängen geführt. Dies teilten übereinstimmend die Gewerkschaft und der Verband des Güterkraftverkehrs mit. An Raststätten und Übergängen in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland verteilten mehr als 200 ÖTV-Mitarbeiter Flugblätter an wartende Fernfahrer und verwickelten sie in Diskussionen.

Ostblocktreffen in Sofia im Oktober

dpa, Warschau

Die Außenminister der Staaten des Warschauer Paktes wollen Mitte Oktober in Sofia zu ihrer nächsten Sitzung zusammentreffen. Das meldete die polnische Nachrichtenagentur PAP. Der genaue Termin des Treffens sowie die Beratungsthemen wurden nicht genannt.

Anklage wegen RAF-Unterstützung

rtr, Karlsruhe

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat beim Frankfurter Oberlandesgericht Anklage gegen die 29jährige Monika Krobs wegen des Verdachts der fortgesetzten Unterstützung einer terroristischen Vereinigung erhoben. Die Bürogehilfin wird beschuldigt, der „Rote Armee Fraktion" (RAF) Unterlagen über Kraftfahrzeuge und deren Halter sowie Blankoformulare von Kfz-Versicherungsscheinen zugespielt zu haben, die sie während einer Aushilfstätigkeit bei einer Versicherungsgesellschaft an sich gebracht haben soll. Die Unterlagen wurden bei der Entdeckung zweier Erddepots der RAF sichergestellt.

Sie dienen zur Fertigung sogenannter Doublettenfahrzeuge, wie sie von der RAF für ihre Aktionen benutzt wurden. Monika Krobs ist seit ihrer Festnahme am 12. April in Untersuchungshaft.

Ärzte attackieren die Pharma-Industrie

Werden die „Umsatz-Renner" zu teuer verkauft?

PETER JENTSCH, Bonn

Massive Vorwürfe haben die Kassenärzte gegen die Preispolitik der pharmazeutischen Industrie erhoben. Bei einer durchschnittlichen Preissteigerung in Höhe von rund sechs Prozent im ersten Halbjahr 1983 seien vornehmlich die Preise für die umsatzstärksten Arzneimittelspezialitäten überdurchschnittlich angehoben worden.

Wie der Hauptgeschäftsführer der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Eckard Fiedler, vor der Presse in Berlin betonte, werden in der Bundesrepublik jährlich 1,3 Milliarden Arzneimittelpackungen verkauft. In der Zeit von 1970 bis 1980 habe sich daran nicht viel geändert. Demgegenüber lag aber das Preisniveau 1980 um 49 Prozent über dem von 1970. Daraus ließe sich schließen, so Fiedler, daß der Ausgabenzuwachs in der gesetzlichen Krankenversicherung fast ausschließlich durch das Preisverhalten der Pharmaindustrie beeinflußt worden sei und nicht durch das Verbraucherverhalten der Patienten oder die Verordnungstätigkeit der Kassenärzte.

Fiedler machte zugleich deutlich, daß sich die Kassenärzte bei ihrer Verordnungstätigkeit zunehmend an jene rund 2000 Präparate hielten, die bereits das Zulassungsverfahren beim Bundesgesundheitsamt durchlaufen hätten. Dieses Verfahren ist im neuen Arzneimittelgesetz vorgeschrieben. Es soll die Risiken einer Arzneimitteltherapie mindern; dabei haben die Pharmahersteller die Wirksamkeit ihrer Mittel etwa in Form des umstrittenen klinischen Versuchs nachzuweisen. Die neuen Präparate sind aber in der Regel wesentlich teurer als vergleichbare „Alt-Medikamente", die noch bis 1990 ohne weitere besondere Prüfverfahren angeboten werden dürfen. „Unwillen" äußerte die Kassenärztliche Bundesvereinigung auch über den Versuch der pharmazeutischen Industrie, über die sogenannten Pharmareferenten einen immer stärkeren Einfluß auf die Verschreibungsgewohnheiten der niedergelassenen Ärzte auszuüben. Nach vorsichtigen Schätzungen seien etwa 15 300 Ärztebesucher im Auftrag der Industrie tätig. Dabei konzentriere sich die zum Teil aufdringliche Besuchertätigkeit auf die etwa 27 000 Allgemein- und praktischen Ärzte sowie auf die gut 12 000 Internisten. Denn diese Arztgruppen verschrieben die meisten Arzneimittel (Allgemeinärzte: 62 Prozent der Verordnungen, Internisten: 19 Prozent der Verordnungen zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung). Fiedler: „Die häufigen Besuche können sich oft störend auf den Praxisablauf auswirken." Die Kassenärztliche Bundesvereinigung plädiert daher für ein System wie in der Schweiz, wo eine Terminvereinbarung mit dem Pharmareferenten nur nach vorheriger schriftlicher Anmeldung zustande kommt. „Durchgreifenden" Erfolg gezeigt hat nach Auffassung der KBV die Einführung der sogenannten Negativliste seit April dieses Jahres. Sie schreibt vor, daß Arzneimittel zur Behandlung bei geringen Befindlichkeitsstörungen in der Regel nicht mehr zu Lasten der Krankenversicherung verordnet werden dürfen. Seit Inkrafttreten der Liste haben die gesetzlichen Krankenkassen bis Ende Juni 1983 rund 87 Millionen Mark weniger für Arzneimittel ausgegeben als in der Vergleichszeit des Vorjahres. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung erwartet nach diesen Berechnungen nun jährliche Einsparungen von etwa 200 bis 300 Millionen Mark jährlich. Eine genauere Schätzung sei noch nicht möglich, weil im Vorfeld der Wirksamkeit der Liste viele „Vorratsverordnungen" zu Lasten der Krankenversicherung getätigt worden seien.

In den durch die Negativliste betroffenen Arzneimittelgruppen gingen die Umsatzanteile am stärksten bei den Laxantien (Abführmitteln) und den Grippemitteln zurück, und zwar um jeweils 75 Prozent. Freilich seien Grippemittel schon zuvor in geringerem Umfang verordnet worden, weil die Ärzte statt der Kombinationspräparate mit mehreren Wirksubstanzen Monopräparate mit nur einer Substanz verordnet hätten. Mund- und Rachentherapeutika verloren 55 Prozent Umsatzanteil, Hustenpräparate 28 Prozent und Mittel gegen Reisekrankheiten 25 Prozent. Insgesamt lag das Ausgabenvolumen der Krankenkassen für Arzneimittel im zweiten Quartal 1983 bei 3,6 Milliarden Mark.

Richtlinien für Deutschlandfunk Intendant dämpft die Erregung

Becker zur WELT: „Damit kann ich leben" / Urteil von Münster als Grundlage

GERNOT FACIUS, Bonn

Steht dem Deutschlandfunk eine neue Konfrontation, diesmal zwischen Rundfunkrat und Intendant, ins Haus? Bedeuten gar die jetzt mit 13:3 Stimmen verabschiedeten Programmrichtlinien eine Knebelung der Meinungsäußerung von Redakteuren, wie im sozialdemokratischen Spektrum des DLF geargwöhnt wird? Richard Becker (SPD), Intendant des Senders „nach Bundesrecht", wischt solche Bedenken vom Tisch. „Damit kann ich leben", sagt Becker zur WELT. Die Rundfunkräte hätten „nur von ihrem Recht Gebrauch gemacht", die Leitung des Hauses zu beraten. Und der DLF-Chef distanziert sich von seinem Referenten Dieter Stammler, der öffentlich geäußert hatte, die Richtlinien könnten zur Durchsetzung „einer bestimmten politischen Strategie" gegenüber dem Sender dienen, ja sie seien „gegen den Intendanten gerichtet". Nein, versichert Becker, „das deckt sich mit meiner Meinung überhaupt nicht".

Die Richtlinien sollen nach den Intentionen ihrer Autoren, Oskar Klemmert (CSU) und Erich Schaible (FDP), das Image des DLF – dem Sender wird seit längerem „Linkslastigkeit" vorgeworden – verbessern helfen. Unter ausdrücklicher Berufung auf den als vorrangig bezeichneten Programmauftrag, für Deutschland und das europäische Ausland ein umfassendes Bild Deutschlands zu vermitteln, wird als erforderlich bezeichnet, daß „inhaltliche Ausgewogenheit, Sachlichkeit und gegenseitige Achtung" gewährleistet werden. Die Informationssendungen müßten „in ihrer Gesamtheit der ‚Vielfalt der bestehenden Meinungen in möglichster Breite und Vollständigkeit' Ausdruck geben und dürfen die persönliche Entscheidung nicht durch Weglassen wichtiger Tatsachen, durch Verfälschung oder durch Suggestivmethoden zu bestimmen versuchen".

Der besondere Auftrag des DLF, heißt es in den Richtlinien weiter, „erfordert vor allem, den Informationsbedürfnissen der Rundfunkteilnehmer, darunter besonders derer in der DDR, durch eine sachliche, zutreffende und umfassende Darstellung Deutschlands gerecht zu werden". Und Punkt 3 bestimmt: „Das Programm ist dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet. Die Wertordnung des Grundgesetzes muß daher maßgeblich für das gesamte Programm sein." Der Intendant wird deshalb verpflichtet, darüber zu wachen, daß alle Mitarbeiter die verfassungsrechtliche Bindung des Rundfunks in allen Sendungen beachten.

Gestützt auf ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster aus dem Jahre 1981 heißt es: „Der einzelne Rundfunkjournalist hat ein Recht auf eigenständige Kommentierung zulässigerweise nur zur funktionsbedingten Wahrnehmung eines öffentlichen Programmauftrages ... und nicht zur Entfaltung seiner Persönlichkeit."

Gerade dieser Punkt läßt im Hause DLF Befürchtungen aufkommen, die Meinungsäußerung solle beschnitten werden. Der Intendant scheint diese Zweifel nicht zu teilen. Aber, so sagt er vorsichtig, „vielleicht denke ich in einem halben Jahr anders".

In den Kulissen wird bereits auf einen vorzeitigen Abgang Beckers spekuliert. Es werden auch bereits Namen eventueller Nachfolger genannt. Dazu gehört auch der von Ottfried Hennig, parlamentarischer Staatssekretär im innerdeutschen Ministerium.

Tschad: Paris sucht Verständigung

Tauziehen hinter den Kulissen auf dem französisch-afrikanischen Gipfel in Vittel

A. GRAF KAGENECK, Paris

In der Erwartung, daß sich aus ihrem Zusammensein eine Beilegung des Bürgerkrieges in der Republik Tschad so wie eine Befriedung der westlichen Sahara ergeben möge, sind 37 afrikanische Staats- und Regierungschefs unter Vorsitz des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand im Vogesen-Heilbad Vittel zusammengekommen. Star dieses 10. französisch-afrikanischen Gipfels, dessen Einführung auf Präsident Pompidou zurückgeht und der alljährlich wechselseitig in Frankreich und Afrika stattfindet, ist der Tschad-Präsident Hissen Habré, dessen Teilnahme lange offengeblieben war. Ein anderer prominenter Teilnehmer, König Hassan II. von Marokko, sagte in letzter Minute ab.

Der von Präsident Mitterrand und dem zairischen Präsidenten Mobuto eröffneten Konferenz waren intensive Kontakte zwischen den einzelnen Delegationen und Vertretern der französischen Regierung in Paris am Wochenende vorausgegangen. Hissen Habré hatte zweimal den französischen Außenminister Cheysson so wie die Präsidenten der Elfenbeinküste, Zaires, Gabuns und Togos getroffen, die sämtlich seine Partei im Bürgerkrieg unterstützen. Als diplomatischer Erfolg Frankreichs wird gewertet, daß auch Vertreter der sogenannten fortschrittlichen Staaten wie der Kongo, Obervolta oder Mali an dem Treffen teilnehmen.

Denis Sassou Nguesso, der Präsident Kongos, hatte auf dem Weg nach Paris ein Gespräch mit dem libyschen Staatspräsidenten Khadhafi in Tripolis geführt, der die Schlüsselfigur im Tschad-Konflikt ist. Präsident Moussa Traore von Mali seinerseits war in Algier mit dem algerischen Präsidenten Chadli zusammengetroffen, der sich auch seit Monaten um einen Ausgleich zwischen Paris und Tripolis bemüht.

Ziel der französischen Diplomatie ist es offenbar, Bewegung in die erstarrten Fronten Tschads zu bringen und eine Verständigung zwischen den beiden Konkurrenten Hissan Habré und Goukouni Weddei herbeizuführen. Eine Fortdauer der augenblicklichen Teilung Tschads in Nord und Süd aufgrund einer von Frankreich mit 3000 Soldaten erzwungenen Stabilisierung der Fronten würde weder von den beiden Bürgerkriegsparteien noch von der Mehrheit der afrikanischen Verbündeten Frankreichs hingenommen werden.

Polens Behörden geben der Kirche nicht nach

AP, Warschau

Die Kommunistische Partei Polens hat gestern in einem Artikel ihres Organs „Trybuna Ludu" deutlich gemacht, daß die Behörden in der Frage der Entfernung von Kruzifixen aus den Schulen gegenüber der katholischen Kirche nicht nachgeben werden. Das Aufhängen der Kruzifixe stelle einen aus „Intoleranz" begangenen Verstoß gegen das Gesetz dar. Intoleranz behindere die Bildungsarbeit und führe zu schädlichen Meinungsverschiedenheiten.

In den meisten entwickelten Staaten sei die Bildungspolitik von weltlichen Grundsätzen geprägt, heißt es in dem Blatt. In den vergangenen Jahren habe es jedoch, ausgehend von Eltern und Kirche, Versuche gegeben, gegen diese Grundsätze zu verstoßen, indem in den Schulen religiöse Symbole aufgehängt worden seien.

In der Blütezeit der Gewerkschaft „Solidarität" waren in den Schulen vermehrt Kruzifixe aufgetaucht. Am 22. September hatte die katholische Bischofskonferenz darüber Klage geführt, daß sie von den Behörden – ungeachtet gegebener Zusagen – wieder entfernt würden.

SPD: Nachrüstung in den Rechtsausschuß

dpa, Bonn

Die SPD-Fraktion hat im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages eine Anhörung zu juristischen Fragen der NATO-Nachrüstung beantragt. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alfred Emmerlich erklärte gestern in Bonn, es solle geklärt werden, ob die geltenden völkerrechtlichen Verträge die Stationierung von neuen Atomraketen in der Bundesrepublik Deutschland abdecken, oder ob dafür nach der Verfassung ein neues Gesetz notwendig sei. Unabhängig von der politischen Haltung zur Nachrüstung müsse sichergestellt werden, daß die staatlichen Stellen den vom Grundgesetz gezogenen Rahmen genau beachten.

Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) hatte bereits seine Auffassung geäußert, ein neues Gesetz sei für die Stationierung nicht erforderlich, da die Truppen-Stationierungsverträge als Rechtsgrundlage ausreichten.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Deutschlehrer, werde hart!

„Retten Sie bitte den Deutsch-Unterricht"; GEISTIGE WELT vom 17. September

Sehr geehrter Herr Schmelzer,

mein Leben lang habe ich Grenzen überschreiten müssen, können, dürfen und wollen: Das hat auch dazu geführt, in vielen Kultur- und Sprachkreisen bewußt mitzuleben. In Frankreich habe ich entscheidende Jahre meiner Weiterbildung erfahren dürfen. Italienisch war ein Jahrzehnt lang meine Umgangssprache unter Ingenieuren – mit herzerweiternden Kenntnissen einer unserer „großen" Zivilisationen – nicht zuletzt ihrer Literatur.

Diese und andere Tatsachen bestärken mich in der Meinung, etwas schärfer als Otto Normalverbraucher Entwicklungen im eigenen Sprachkreis bewerten zu müssen, können (siehe oben!).

Ich danke Ihnen daher fast grimmig – aber auch aufatmend – für Ihren Offenen Brief an Kultusminister Girgensohn, den ich in der WELT gelesen habe.

Umweltfragen, die mich nicht nur im Rahmen meiner Aufgabe für die deutschen Lions bewegen, haben mich auch jahrelang mit den gefühlsbeladenen Schrecken überhäuft, die germanistische Klimmzüge eines Teils unserer jungen Mitstreiter in Umweltdiskussionen vorführen. Sie sind in jener scheinbaren Gedankenschwere verrenkt, die in Schwulst oft den Anlaß ihrer Anliegen so zudeckt, wie die Wurfnetze einen Gladiator lähmen konnten. Sie haben recht, wenn Sie von Kulturministerialen jene Klarheit in der Sprache fordern, die zum Handwerk eines „gebildeten" Bürgers gehört.

Deutschlehrer, bleibe hart!

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Egon Keller,
Meerbusch 2

Mehr Freiheit

Warum müssen das Rentenalter und die „Lebensarbeitszeit" gesetzlich geregelt werden? Jeder Arbeitnehmer verdient sich in seiner „Lebensarbeitszeit" seinen Rentenanspruch selbst. Warum kann dann nicht jemand, der mit 50 Jahren seinen Anspruch als hoch genug erachtet und gern mit der Arbeit aufhören würde, um das zu tun, was er immer schon wollte, nicht tatsächlich mit 50 Jahren „in Rente gehen"? Und warum muß jemand, der mit 65 Jahren gesund genug ist, nicht weit über diese magische Grenze von 65 Jahren hinaus im Beruf bleiben? Diese älteren Arbeitnehmer brächten den Versicherungsträgern relativ hohe Beiträge ein und würden wegen der kürzeren Rentenzeit relativ wenig kosten. Wäre hier nicht mit mehr persönlicher Freiheit und weniger Gesetz etwas „von ganz allein" zu lösen, wenigstens zu einem Teil?

Ursula Trappe,
Mülheim

Neue Richtung

„Neue Strecken"; WELT vom 29. September

Die WELT gehört glücklicherweise nicht zu den Organen, die uns weismachen wollen, „wer gegen die Neubaustrecken ist, ist für die Bahn".

Das Gegenteil ist der Fall – nur der Bau kommt viel zu spät.

Die Bundesbahn (DB) muß heute noch auf einem Streckennetz fahren, das im wesentlichen vor 80 Jahren geplant und gebaut wurde und zwar mit der Hauptausrichtung auf einen Ost-West-Verkehr. Nach der Teilung Deutschlands wurde aus dem Ost-West-Verkehr ein Nord-Süd-Verkehr. Fast ohne öffentliche Hilfe hat die DB versucht, ihr Streckennetz umzustellen und zu modernisieren. Neu gebaut wurden weniger als 100 km Fernstrecken!

Schneller und damit konkurrenzfähiger kann die Bahn nur werden, wenn die Neubaustrecken gebaut werden. Auch die innerbetrieblichen Einsparungen allein an Bremsen und Achsen durch die einheitliche Geschwindigkeit der neuen Strecken ist beachtlich.

Wer wirklich die freie Wahl zwischen den Verkehrsmitteln will, muß nach dem Bau einiger tausend Kilometer Fernstraßen nun auch die Neubau- und Ausbaustrecken bauen.

Mit freundlichen Grüßen
Karl-P. Naumann,
Hamburg 62

Wort des Tages

„Ich habe mir viele Gedanken gemacht, und ich bin zu der Überzeugung gelangt, daß die Liebe, deren die menschliche Seele fähig ist und die stärker ist als alles andere im Menschen und in der Welt, beweist, daß diese Seele göttlichen Ursprungs sein muß. Göttlichen Ursprungs bedeutet auch unsterblich."

Julius Leber, dt. Politiker (1891–1945)

Personalien

GEBURTSTAG

„Unsere Prognose ist einfach: Wir kriegen etwas Schwierigkeiten." So beurteilt Bonns Polizeipräsident Dr. **Hans Wilhelm Fritsch** die angekündigten Demonstrationen für den Herbst. Am Montag lud er zum Umtrunk ins Präsidium. Dr. Fritsch feierte im Kreise zahlreicher Präsidentenkollegen aus dem Rheinland seinen 60. Geburtstag. Als Gratulanten kamen Bonns Oberbürgermeister Dr. Hans Wilhelm Daniels, Kölns Polizeipräsident Dr. Jürgen Hosse, der Wuppertaler Kollege Polizeipräsident Klaus Koehler. Dr. Fritsch, gebürtiger Magdeburger, war von 1964 bis 1966 zunächst Ständiger Vertreter des Polizeipräsidenten in Köln und Bonn und wurde dann Leiter der Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamtes. In seine Zuständigkeit fiel der persönliche Schutz der Bonner Politprominenz und der Staatsgäste und die Aufklärung von Spionage und staatsgefährdender Kriminalität. 1974 wurde er Polizeipräsident in Wuppertal, 1975 ging er als Präsident der Polizei nach Bonn. Dieser Posten in der Bundesrepublik ist mit einer Fülle von Verantwortlichkeiten verbunden: Neben dem Schutz der Regierung schützt die Polizei heute auch mehr als 100 ausländische Botschaften.

Dr. **Richard Brandt**, früherer Vorsitzender und heute Ehrenvorsitzender des Kreisverbandes Düsseldorfer Reit- und Fahrvereine, wurde am 30. September 80 Jahre alt. Der frühere Generalbevollmächtigte der Düsseldorfer Firma Henkel hatte nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblichen Anteil an der Rückgewinnung des beschlagnahmten Vermögens der Henkel Gruppe.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

[illegible]

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

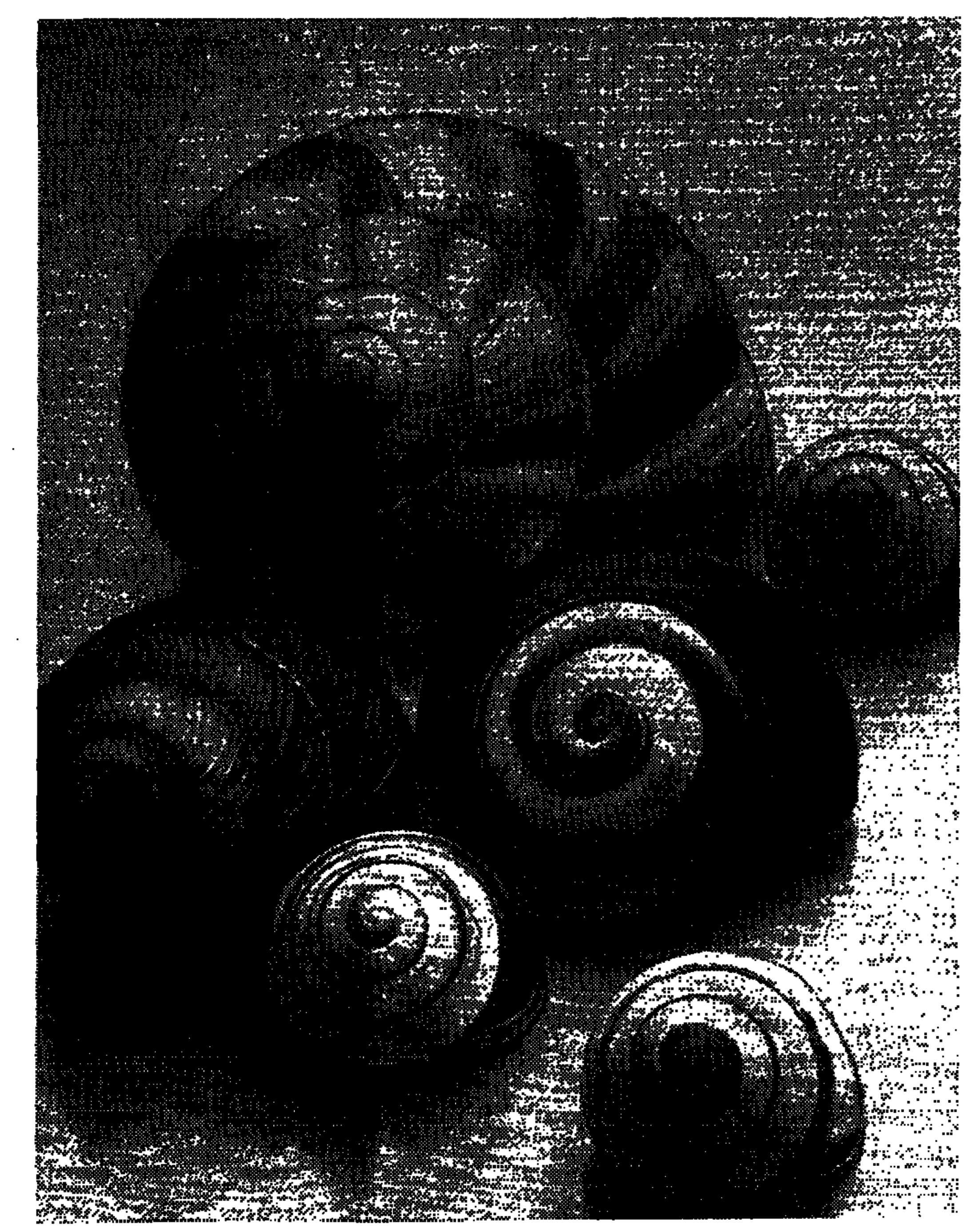
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 25 91 1, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

[illegible]

Thema „Bauen"

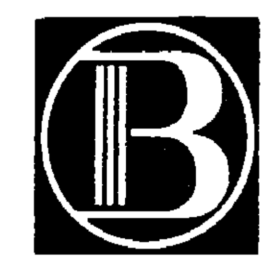
Banken: Für den Bauherrn hat die Wende schon begonnen



Das beste Konjunkturprogramm läuft derzeit auf Initiative ungezählter privater Bauherren. Sie haben die Lage am Bau zum Besseren gewendet.

Alle Fakten zeugen vom wiederbelebten Optimismus in der Bauwirtschaft. Im ersten Halbjahr stiegen die Baugenehmigungen um 24 Prozent; im zweiten Quartal sogar um 36 Prozent. Und auch gute Gründe sprechen für den Mut zum Bauen. Die Zinsen sind vergleichsweise günstig, der Staat hilft durch Steuererleichterungen kräftig mit, noch sind die Bau-Kapazitäten nicht voll ausgelastet, und die wirtschaftlichen Aussichten haben sich verbessert.

Wir Banken meinen: Wer Baupläne hat, sollte jetzt mit seiner Bank reden. Sie wird ihm sagen, worauf er bauen kann.



Bundesverband deutscher Banken

Die Privatunternehmen der Kreditwirtschaft: Großbanken, Regionalbanken, Privatbankiers, Hypothekenbanken.

Mit neuer Führung und Elan geht Labour an die alten Probleme

Kinnock: Einigkeit für die Partei und „Commonsense-Sozialismus" für England

FRITZ WIRTH, Brighton

Mit hochgereckten Armen und in der Manier von Preisboxern kassierten Neil Kinnock und Roy Hattersley am Sonntagabend den Jubel der 2000 Delegierten in Brighton. Die Partei hatte ihr „Traumpaar", wie sie es sich schon seit drei Monaten gewünscht hat. „Zwei junge Löwen" wie sie James Gallaghan, der ehemalige Parteichef, charakterisierte, die Frau Thatcher das Fürchten lehren sollen.

Die Wahl endete damit wie erwartet. Außergewöhnlich war nur noch die Dimension ihres Sieges. Der 41jährige Neil Kinnock wurde mit 71,2 Prozent der Stimmen zum neuen Parteichef gewählt. Hattersley, der als Gegner Kinnocks um das höchste Parteiamt nur 19,2 Prozent der Stimmen erhalten hatte, wurde schließlich mit 67,3 Prozent zum stellvertretenden Parteichef gewählt.

Der ideologische und programmatische Standort der neuen Führungsspitze ist nahezu identisch mit dem ihrer Vorgänger. Neil Kinnock betrachtet den bisherigen Parteichef Michael Foot als seinen politischen Mentor und steht, wie er, links von der Mitte, während Roy Hattersley wie der bisherige Parteivize Denis Healey dem gemäßigten Flügel der Partei angehört.

Es ist eine politische Vernunftehe. Eine Reihe mächtiger Gewerkschaften, die politisch dem radikalen Benn-Schützling Michael Meacher nahe stehen, entschieden sich entgegen ihrem politischen Instinkt für Hattersley, weil ein Führungsduo Kinnock-Meacher als ein Signal verstanden worden wäre, daß die Labour Party endgültig zur extremen Linken hin abdriftet und weitere Parteimitglieder in die Arme der sozialliberalen Allianz getrieben hätte.

Kinnock quittierte seine Wahl mit einer überaus wirksamen Dankrede voller politischer Emotionen und stichwortartiger Programmpunkte, die er als „Commonsense-Sozialismus" verstanden wissen wollte. Er demonstrierte in diesem ersten Auftritt eindrucksvoll seine rhetorische Brillanz und seine „showmanship", als er nach dem Sieg seine Frau auf die Bühne holte.

„Einigkeit" war das Stichwort des Abends. „Ich habe deshalb diese Wahl gewonnen", sagte Kinnock, „weil die Partei mehr als alles andere Einigkeit will." Es bleibt jedoch in Erinnerung, daß Michael Foot vor drei Jahren unter dem gleichen Stichwort zum Parteichef gewählt worden war, mit dem ausdrücklichen Wunsch, als der große Schlichter die ideologischen Klüfte in der Partei zu überbrücken. Drei Jahre später indes ging die Partei zerstrittener als jemals zuvor in die Unterhauswahl und verlor katastrophal.

Die Trümmer dieser Katastrophe wurden am Montagmorgen noch einmal zur Besichtigung freigegeben, als die Ursachen der letzten Wahlniederlage diskutiert wurden. Es herrschte Übereinstimmnung, daß man einen höchst inkompetenten Wahlkampf geführt habe. „Wir sind nicht besiegt worden, wir haben uns selbst zerstört", sagte ein Mitglied des Parteivorstands. Der linke Parteiflügel jedoch beharrte darauf: die Politik und das Programm zur Wahl seien absolut richtig, allein die Präsentation dieser Politik sei eine Katastrophe gewesen.

Selbst diese Einsichten haben jedoch nicht einen Programmfrieden in der Partei herbeiführen können. So brechen bereits neue schwere Differenzen in der Nuklearfrage aus, bevor Neil Kinnock offiziell als Parteichef bestätigt war. In einer Vorstandssitzung beschloß die Labour Party, einen Antrag für die Verteidigungsdebatte am Mittwoch freizugeben, der praktisch die umstrittene Position bestätigt, die Labour während der letzten Unterhauswahl in dieser Frage einnahm. Der Antrag forderte die bedingungslose Absage an alle britischen Nuklearwaffen und die Auflösung aller Nuklearbasen auf britischem Boden und in britischen Gewässern. Kinnock versuchte verzweifelt, den Antrag von der Tagesordnung zu bringen, wurde jedoch mit 14 gegen elf Stimmen niedergestimmt.

Die Frage der unilateralen nuklearen Abrüstung wird vorerst weiterhin die Partei beschäftigen und spalten. Diese Meinungsverschiedenheiten gehen im übrigen bis in die Führungsspitze. Während Kinnock nach wie vor ein überzeugter „Unilateralist" ist, steht Hattersley den „Multilateralisten" nahe. Das sogenannte „Traumpaar" traf sich am Montag zum ersten Arbeits-Frühstück, um die Arbeitsrichtung für die nächsten Monate festzulegen. Eine Stunde später erfuhren sie vom Partei-Geschäftsführer Mortimer, daß es über alle ideologischen Differenzen hinweg für die Partei sehr profane Probleme gibt, die ihre Existenz gefährden. „Wir sind praktisch bankrott", erklärte Mortimer, „die Partei steht bei ihren Banken mit einer halben Million Pfund in der Kreide."

Seite 2: Aufbruch zu alten Ufern

Jetzt säubert der Kreml die korrupte Miliz

AFP, Moskau

Das sowjetische Innenministerium hat eine Reihe von Säuberungen in der Miliz (Polizei) vorgenommen. Insgesamt nannte das Partei-Organ „Prawda" fünf hohe Offiziere der Miliz, die wegen Dienstverfehlungen verwarnt oder entlassen wurden. Die Miliz gilt in der öffentlichen Meinung der Sowjetunion als korruptester Zweig der Staatsverwaltung. Wie den Streitkräften sollen künftig auch der Miliz Politkommissare beigeordnet werden, um der Korruption vorzubeugen.

Diese Welle von Strafmaßnahmen kam in Gang, nachdem Staats- und Parteichef Jurij Andropow zunächst an der höchsten Spitze der Polizeiverwaltung mit den Säuberungen begonnen hatte. Nur einen Monat nach dem Tod Leonid Breschnews war im Dezember 1982 der damalige Innenminister Nikolai Schtscholokow abgesetzt worden. Sechs Monate später wurde er wegen „Fehlern in seiner Amtsführung" auch aus dem Zentralkomitee der Partei ausgeschlossen. Nach sicheren sowjetischen Quellen ist er unmittelbar danach verhaftet worden und steht seitdem unter Hausarrest. In seiner Wohnung sollen Unmengen Schmuck und Edelsteine gefunden worden sein.

Im Juni wurde der für die Visa-Erteilung zuständige stellvertretende Innenminister Boris Schumilin ebenfalls „von seinen Aufgaben freigestellt". Die neue Führung des Moskauer Innenministeriums kommt aus dem Geheimdienst KGB: Der neue Innenminister Vitalij Fedortschuk hatte die KGB-Leitung von Andropow übernommen und auch seine beiden neuernannten Stellvertreter stammen aus dem KGB.

Neue korsische Separatistengruppe

rtr, Bastia

Auf Korsika ist nach dem Verbot des „Rates der Nationalkomitees" (CCN) durch die französische Regierung in der vergangenen Woche eine neue separatistische Organisation gegründet worden. Dieser „Korsischen Bewegung für Selbstbestimmung" (MCA) mit Sitz in Corte gehören mehrere Mitglieder der verbotenen CCN an. Ihr hatte die Regierung vorgeworfen, mit der schon im Januar verbotenen „Nationalfront für die Befreiung Korsikas" (FLNC) in Verbindung gestanden zu haben, die für die anhaltenden Gewaltakte auf der Mittelmeerinsel verantwortlich gemacht worden war. Die FLNC hatte sich erst im September zum Mordanschlag auf den Generalsekretär des Regionalrates von Korsika, Pierre-Jean Masimi, bekannt. Außer CCN-Mitgliedern gehören der neuen Organisation bisher nicht organisierte Nationalisten an.

Paris: Nachwahlsieg für die Opposition

v. K. Paris

Mit einem haushohen Sieg der Rechtsopposition endete eine Nachwahl zum Stadtrat der Gemeinde Sarcelles in der „roten" Pariser Bannmeile am Sonntag. Der Vertreter des bürgerlichen Lagers, der unabhängige Raymond Lamontagne, konnte seinen kommunistischen Konkurrenten Henri Canacos, bisher Bürgermeister der 25 000 Einwohner-Wohnstadt, mit 1440 Stimmen Vorsprung (54,7 Prozent) unerwartet hoch schlagen. Die Wahl des Kommunisten bei den Kommunalwahlen im vergangenen März war vom Verfassungsrat annulliert worden, weil die Opposition damals nur um 36 Stimmen geschlagen worden war und sich inzwischen einwandfrei wie bereits in vier anderen Gemeinden der Pariser Region Wahlschwindel der Kommunisten ergeben hatte. Sarcelles war 18 Jahre lang von der KPF regiert worden. In zwei Kantons-Nachwahlen am Sonntag konnte ebenfalls die Opposition über sozialistische Kandidaten siegen.

Für Portugals Sozialisten ist der Marxismus nicht mehr Maß der Politik

In der Außenpolitik steht der gemäßigte Kurs schon in dieser Woche vor einer Probe

ROLF GÖRTZ/DW. Lissabon

Portugals Ministerpräsident Mario Soares ist am Sonntag nicht nur, wie erwartet, im Amt des Generalsekretärs der Sozialistischen Partei bestätigt worden. Er hat auch sein Hauptziel erreicht, die Wiederherstellung der Parteieinheit nach den Richtungskämpfen der letzten Jahre. Gleichzeitig verabschiedete der Parteitag ein neues Programm, das die Lehren des Marxismus nicht mehr zur Richtschnur der politischen Arbeit der größten portugiesischen Regierungspartei macht. Damit setzte sich auf ganzer Linie deutlich die gemäßigte Reformpolitik des Parteichefs durch.

Dieser neue gemäßigte Kurs wird in der Außenpolitik möglicherweise schon in dieser Woche einen ersten Niederschlag finden, wenn der Staatspräsident der prosowjetischen Volksrepublik Moçambique, Samora Moises Machel, Portugal besucht. Der Besuch ist nicht ohne Bedeutung. Die ehemalige portugiesische Kolonie unterhält traditionell enge Beziehungen zu Lissabon.

Samora Moises Machel, der Staatspräsident, Chef der Einheits-„Partei der Avantgarde" und Marschall der ostafrikanischen Volksrepublik, wird am 7. Oktober eintreffen. Eingeladen wurde er von Staatspräsident General Ramalho Eanes, der den Präsidenten Moçambiques vor zwei Jahren in Mobuto aufsuchte. Moçambique braucht dringend wirtschaftliche Hilfe, weswegen Präsident Machel von einem großen Stab von Wirtschaftsberatern begleitet wird.

Im Mittelpunkt seines Besuches steht ein ausgedehntes Arbeitstreffen mit Industriellen und Geschäftsleuten in Porto. Allerdings, die „Annäherung an den Westen" soll sich im wesentlichen auf eine multilaterale Zusammenarbeit über Dollar- und DM-Kredite beschränken. Mehr dürften die sowjetischen Berater um Machel nicht gerne sehen. Moçambiques Häfen bleiben wichtige Positionen im Stützpunktnetz der sowjetischen Kriegsmarine.

Nach dem Abzug der portugiesischen Kolonialherren im Jahre 1974 versuchte die Frelimo-Organisation mit einer Planwirtschaft nach sowjetischem Muster den Abzug von 180 000 portugiesischen Geschäftsleuten, Siedlern und Beamten auszugleichen. Es gelang nicht. Vergebens gab sich Samora Moises Machel alle Mühe, eine sozialistische Staatswirtschaft zu errichten. Machel berichtet selber: „Bei Blitzbesuchen in Fabriken und Büros fanden wir eine entartete Bürokratie vor, die unsere Wirtschaft systematisch lähmt." Den großangelegten Versuch, „den Staatsapparat zu säubern, die Undisziplinierten, Unfähigen, Faulen, Nachlässigen, die Gleichgültigen und Bestechlichen mitleidlos zu strafen", gelang natürlich auch nicht.

Schon seit Jahren versucht Moçambique deshalb mit Hilfe zurückgebetener portugiesischer Privatunternehmer, aber auch anderer Westeuropäer, darunter Deutsche, das Land auf „kapitalistische Weise" aus dem Elend herauszuholen. Dieses Bemühen gelang im wesentlichen dort, wo in Zusammenarbeit mit amerikanischen, japanischen und spanischen Firmen eine staatliche Rückendeckung garantiert war. In anderen Fällen sorgen Samoras Berater aus der SU und der „DDR" dafür, daß westliche Unternehmer verhaftet und vertrieben wurden. In ihren Büros und Fabriken sitzen jetzt Ostdeutsche oder Tschechen.

Zu diesem Thema hat sich auch die Nationale Wiederstandsbewegung von Moçambique (RENAMO) zu Wort gemeldet. Ihr in Lissabon lebender Generalsekretär Evo Fernandes sagte: „Ohne eine Rückkehr der Weißen, die aus Moçambique geflüchtet sind, wird sich der wirtschaftliche Aufbau des Landes auf der von uns angestrebten Grundlage freier Marktwirtschaft kaum verwirklichen lassen." Marxistische oder radikalsozialistische Modelle hätten sich nirgendwo in Afrika als entwicklungsfördernd erwiesen. Seine Bewegung werde deshalb, sobald der Kampf gegen das marxistische Regime Machel erfolgreich beendet sei, nicht nur die geflüchteten weißen Moçambiquaner zur Rückkehr einladen, sondern auch ausländischen Investoren zum wirtschaftlichen Einsatz in Moçambique ermutigen.

Die wirtschaftliche Entwicklung Moçambiques leidet natürlich auch unter dem wachsenden Widerstand der RENAMO, deren politische Führer bereits weite Teile des Landes außerhalb der Städte kontrollieren. Die nationale Befreiungsbewegung ficht für ein demokratisches System und einen Mehrparteienstaat. Der Untergrundkampf bringt Machel vorerst aber noch mehr in die militärische Abhängigkeit der Sowjetunion. Es ist nicht anzunehmen, daß Moskau die Seestützpunkte aufgeben wird, nur weil die Bevölkerung die Demokratie herbeisehnt. Der gut geschützte Naturhafen Nakala ist der sicherste Stützpunkt an der ganzen afrikanischen Ostküste.

Dennoch stimmen die Partner Portugals mit der portugiesischen Außenpolitik darin überein, die Bande zu den ehemals portugiesischen Kolonien in Afrika enger zu knüpfen. Portugals junger Außenminister Jaime Gama setzt deshalb die bisherigen Bemühungen seines Landes fort.

Eigenwilig und erfolgreich: Mike Oldfield

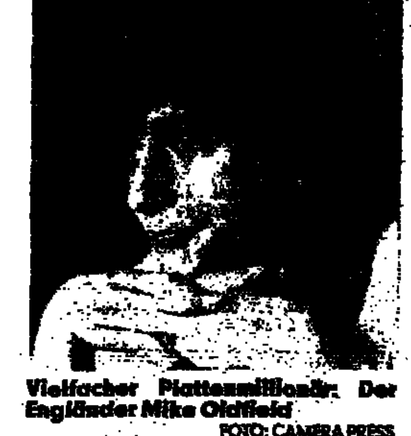
Traum eines Rockmusikers

Kaum ein Rockmusiker spielt derzeit so komplexe und persönliche Musik wie Mike Oldfield. Meditatives, englische Folklore, Sakrales, wagnerianische Bombastik, Neoklassizistisches sowie Jazz- und Rock-Elemente vereinigt dieser 30jährige Gitarrist und Komponist aus Reading bei London zu einem ebenso fulminanten wie kommerziellen Sound-Gebilde: Fast 20 Millionen Langspielplatten hat Oldfield weltweit bis heute verkauft.

Bananas – ARD, 20.15 Uhr

Bereits im Alter von 14 Jahren gab Mike Oldfield zusammen mit seiner Schwester Sally, einer heute sehr bekannten und erfolgreichen Sängerin, als Folk-Duo „Sallyangie" sein Musiker-Debüt. Ein Jahr später gründete er die Rockband „Barefoot". 1969 schließt er sich als Bassist Kevin Ayers Gruppe „The whole World", einem Ableger der britischen Jazzrock-Formation „Soft Machine", an. 1970 arbeitet er als Studiomusiker und konzipiert im Alleingang sein Dreiviertelstunden-Epos „Tubular Bells", das 1973 veröffentlicht wird, sich zwei Jahre lang in der englischen Bestseller-Liste hält, und mit mehr als 10 Millionen verkauften Exemplaren zu den erfolgreichsten Rock-Werken aller Zeiten gehört.

Klassische Motive vermischen sich hier mit Glockenspiel-Sequenzen, avantgardistischen Sounds aus Synthesizern und Gitarren. Oldfield erfüllte sich damit einen Traum, um den ihn viele Rockmusiker beneiden: Er lenkte eine riesige Käuferschicht in die Richtung ambitionierter anspruchsvoller Musik. „Tubular Bells" wurde die Filmmusik zum Horror-Streifen „Der Exorzist". Doch der plötzliche Erfolg setzte den damals erst 20jährigen psychisch unter Druck: Oldfield zog sich daraufhin aus dem Jet-set des Showbusiness gänzlich zurück. Zwei Jahre verbrachte der Engländer in einem schottischen Sanatorium. „Ich hatte eine fast tödliche Angst vor dem Leben", erinnerte sich, der seine Kindheit als „sehr schwierig" bezeichnet



Vielfacher Plattenmillionär: Der Engländer Mike Oldfield
FOTO: CAMERA PRESS

und unter der Strenge seines Vaters, einem Landarzt, „häufig gelitten hatte". „Als ich sieben Jahre alt war", erzählt er, „brachte meine Mutter ein mongoloides Kind zur Welt. Diesen Schock hat sie nie überwunden. Sie wurde psychisch krank. Mein Vater verließ uns – ich war fast immer allein."

In seinem 150 Jahre alten 12-Zimmer-Haus in Denham (Buckinghamshire) hat er heute an der Seite seiner Freundin Sally und den beiden Kindern Molly und Dougal die Harmonie im Privatleben gefunden, die er für seinen anstrengenden Künstlerberuf braucht.

THOMAS OLIVIER

KRITIK

Kühle Andacht in der Bayreuther Loge

Wenn der kritische Beitrag Franz Zoglauers (**Wagner und Hitler**, ZDF) zum 50. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers und zum 100. Todestag Wagners neue Erkenntnisse versprach, so blieb es doch hauptsächlich bei der Illustration von Bekanntem: Bayreuth-Berichte aus Nazi-Wochenschauen (nützlich vielleicht als Randerkenntnis, wie sich das Bild deutschen Irrationalismus gleichbleibt), frappante Parallelen aus Schriften Wagners und Hitlers, gelesen von Romuald Pekny und Helmut Lohner. In psychoanalytischer Betrachtung wurden parallele Strukturen in den Biographien Wagners und Hitlers verfolgt: Ihre Herkunft aus Beamtenfamilien bei ungeklärten Umständen der Geburt, Schulversagen und genialischer Anspruch, revolutionäre Visionen und Verachtung des Bürgerlichen.

Inwieweit Wagners eigene Weltbrandvisionen Vorbild für Hitlers Holocaust wurden, darüber schwieg des Autors Höflichkeit. Der Antisemitismus der Wagner-Familie war eher pragmatisch, rechnet die Wagner-Enkelin Friedeling nach: Als Bewunderer waren Juden immerhin zugelassen. Neben Reflexionen des Hitler-Forschers Joachim C. Fest und des Wagner-Forschers Hans. Mayer brachte gerade ihr Beitrag in der Sendung einige Differenzierungen zu dem, was man zu wissen glaubte, nämlich: Die schrankenlose Bewunderung Hitlers für Wagner hinderte ihn keineswegs an kühler Realpolitik. In Bayreuth ließ er sich feiern, war so in der Rolle des andächtigen Festspielbesuchers der internationalen Aufmerksamkeit etwas entzogen und konnte um so ungehinderter seine Intrigen spinnen: Adjutanten brachten ihm die Nachricht von der geglückten Dollfuß-Ermordung in die Loge. So naiv, wie die Bayreuther glaubten, war Hitler doch nicht.

DETLEF GOJOWY

ARD



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Wolken sind überall
12.00 Umschau
12.10 Aus Forschung und Technik
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Ein Mann denkt um
Das Sonnenenergie-Konzept des Ludwig Bölkow
Filmbericht von Eberhard Büssem
17.00 Was ist was
Mit Professor Heinz Haber
6. Bemannter Flug zum Mars?
17.20 Alpha 5
Eine Computer-Spiel-Show
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Bananas
Musik und Nonsens
Mit Olivia Pascal, Hans Herbert, Herbert Fux und Gerd Leienbach
21.00 Report
Themen: Hilfe für Äthiopien – Zuschauer reagieren auf Report-Film / Auf dem Weg in den Atom-Staat? – Personalüberwachung in Kernkraftwerken / Türken raus? – Die Abschiebe-Praxis der Behörden
Moderation: Franz Alt
21.45 Dallas
Der Selbstmordversuch
22.30 Tagesthemen
23.00 Arena
Thema: Gepflegte Feindschaft
Gastgeber: Justus Boehncke
„Spätzünder" – unter dieser Marke sollen zu nächtlicher Stunde noch einmal die Funken stieben im Fernsehprogramm. Gastgeber Justus Boehncke hat Zeitgenossen eingeladen, die ihrer Herkunft nach sehr verschieden sind und deren Meinungen zu dem vorgegebenen Thema „Gepflegte Feindschaft" mit Heftigkeit aufeinanderprallen werden: Schriftsteller Gerhard Zwerenz, Fritz J. Raddatz (Die Zeit), Enno von Loewenstern (Die WELT), Marcel Reich-Ranicki, Frankfurter Kulturpapst.
24.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Für die ältere Generation
Mit den Themen: Reporter Hilmar Pabel und Engagement / Eine rollende Legende: der Orient-Express
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Strandpiraten
Von oben betrachtet
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Margot Werner
17.50 Kurtheater Holtendiek
Letzte Folge: Die Tournee
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
19.00 heute
19.30 Wie war das damals
Stück in 3 Teilen von Jean Bouchaud
Mit Inge Meysel, Cordula Trantow u. a.
Regie: Thomas Engel
Germaine Lescor, eine alte Dame, haust in ihrer kleinen Pariser Eigentumswohnung in einem ehemals renommierten Viertel, dessen Häuser jetzt nach und nach abgerissen werden. Das kommt ihrer Tochter Irène zupaß: Sie will die Wohnung verkaufen und ihre Mutter in ein Altersheim verfrachten, um so die Fürsorge für die Kränkeinde loszuwerden
21.00 heute-journal
21.20 Die Bonner Runde
Unter der Gesprächsleitung von Johannes Gross wird der SPD-Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel von den Journalisten Herbert Kremp, Die Welt, Erich Boehme, Der Spiegel, und Helmut Herles, FAZ, befragt.
22.20 Nana
Letzter Teil des Fernsehfilms nach Zola
23.50 heute

III.

WEST
20.00 Tagesschau
20.15 Tier-Report
21.00 Formel Eins
21.45 Filmland Nordrhein-Westfalen
22.15 Deutscher Alltag
Denkmalschutz in Quedlinburg („DDR") und Rottweil (Baden)
23.00 Letzte Nachrichten

NORD
20.00 Tagesschau
20.15 Formel Eins – Hitparade
21.00 Nahaufnahme:
Cowboys auf vier Rädern
Bericht über ein Treffen von Geländewagenfahrern
21.45 Mit Paragraphen leben (7)
Peggy Parnass (Journalistin)
22.30 Das schwarze Kabinett
Der Getriebene
US-Spielfilm, 1950
24.00 Letzte Nachrichten

HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Strommberg – Die letzte Nacht
21.55 Drei aktuell
22.10 Stadtansichten (3)
23.00 Zeitgeschichte im Fernsehen

SÜDWEST
20.15 Heute in Koster Rot
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Kulturkalender
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
21.15 Truffaut-Reihe:
Die Braut trug Schwarz
23.00 Avanti! Avanti!

BAYERN
18.15 Die Sendung mit der Maus
18.45 Rundschau
19.00 Wege
19.30 Formel Eins
20.15 Bergauf – bergab
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
21.45 Z. E. N.
21.50 Detektiv Rockford
22.35 Im Gespräch
23.35 Rundschau

ZAHLEN

TISCHTENNIS

Deutschland-Grand-Prix, Endrunde der acht Punktbesten in Berlin-Charlottenburg. Finale: Douglas (England/Düsseldorf) – Klampar (Ungarn) 21:11, 21:14.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 4. Spieltag: Bergkamen – Schwabing 16:15.

1. Göppingen	4	4	0	0	99:83	8:0
2. Hofweier	4	3	0	1	104:83	6:2
3. Schwabing	4	3	0	1	74:71	6:2
4. Großwallst.	3	2	1	0	62:52	5:1
5. Reinickend.	4	2	1	1	81:75	5:3
6. Gummersb.	4	2	1	1	64:60	5:3
7. Hüttenberg	4	2	0	2	86:89	4:4
8. Bergkamen	4	2	0	2	67:77	4:4
9. Essen	4	1	1	2	52:58	3:5
10. Kiel	3	1	0	2	47:48	2:4
11. Dankersen	4	1	0	3	83:83	2:6
12. Lemgo	4	1	0	3	77:79	2:6
13. Nürnberg	4	1	0	3	64:82	2:6
14. Günzburg	4	0	0	4	87:107	0:8

Europapokal der Landesmeister, Herren, Rückspiel in Neustadt: Kiel – East Kilbride/Schottland 44:6 (18:2). Hinspiel 43:8.

EISHOCKEY

Bundesliga: Mannheim – Freiburg 5:3, Köln – Schwenningen 5:1, Rießersee – Düsseldorf 1:2, Landshut – Rosenheim 6:2, Kaufbeuren – Iserlohn 1:4.

1. Mannh. ERC	10	6	2	2	44:28	14:6
2. Kölner EC	10	6	1	3	36:23	13:7
3. SB Rosenh.	10	5	3	2	46:35	13:7
4. ERC Freib.	10	6	1	3	33:26	13:7
5. ECD Iserl.	10	5	2	3	41:33	12:8
6. EV Landshut	10	4	2	4	40:36	10:10
7. Schwenningen	10	3	2	5	30:34	8:12
8. Düsseld. EG	10	4	0	6	31:41	8:12
9. Kaufbeuren	10	2	3	5	29:48	7:13
10. SC Rießersee	10	1	0	9	34:57	2:18

TENNIS

72. Daviscup-Wettbewerb, Hauptrunde, Halbfinale: In Sydney: Australien – Frankreich 4:1. – Cash – Noah 4:6, 8:10, 3:6, Fitzgerald – Leconte 4:6, 10:8, 9:7, 6:2, Edmondson/McNamee – Noah/Leconte 11:9, 6:4, 6:3, Fitzgerald – Noah 13:11, 4:6, 6:4, 6:3, Cash – Leconte 3:6, 9:7, 8:6. – In Stockholm: Schweden – Argentinien 4:1. – Wilander – Vilas 6:4, 6:3, 6:4, Jarryd – Clerc 7:5, 6:2, 6:2, Jarryd/Simonsson – Clerc/Vilas 6:3, 6:3, 6:4, Jarryd – Vilas 4:6, 0:6, Wilander – Clerc 6:1, 6:2. (Endspiel vom 26. bis 28. Dezember 1983 in Melbourne). – **Abstiegsspiele** 1. Division: England – Chile 4:1, CSSR – UdSSR 4:1, Dänemark – Indonesien 4:1, Irland – USA 1:3 (der Verlierer spielt 1984 in der Zonenrunde). – **Zonen-Finals:** Europazone A: Deutschland – Schweiz 3:2, Zone B: Jugoslawien – Ungarn 5:0. – Asienzone: Japan – Indien 2:3. – Amerikazone: Equador – Brasilien 5:0 (die Sieger steigen in die 1. Division auf).

LEICHTATHLETIK

Internationaler Stadtmarathon in Toronto, Männer: 1. Durden (USA) 2:15:16 Stunden, 2. Tibaduiza (Kolumbien) 2:15:48. – Frauen: 1. May (Irland) 2:36:07 Stunden, 2. Teske (Deutschland) 2:38:01.

Internationaler Straßenlauf in Los Angeles, Männer: 1. Porter (USA) 27:32 Minuten, 4. Herle (Deutschland) 28:01. – Frauen: 1. Audain (Neuseeland) 32:21 Minuten, 2. Merrill (USA) 32:35.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 1, 2, 1, 0, 2, 1, 0, 1, 0, 2, 0. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 7, 9, 19, 28, 39, 44, Zusatzspiel: 34. – **Rennquintett:** Rennen A: 10, 5, 9. – Rennen B: 35, 33, 26. (Ohne Gewähr)

NATIONALELF / Jupp Derwall spielt gegen Österreich nur mit drei Abwehrspielern, dafür aber fünf Mann im Mittelfeld

Nicht Strack oder Augenthaler – nun spielen beide

M. HÄGELE, Gelsenkirchen

Bundestrainer Jupp Derwall zog die Augenbrauen hoch: „Ja, ja, da bleibe ich dabei, daß der Augenthaler spielt." Damit war das Debüt des Liberos von Bayern München in der Nationalmannschaft offiziell. Auf welchem Posten der Bayer am Mittwoch im Europameisterschafts-Qualifikationsspiel gegen Österreich auftaucht, darauf wollte sich der Bundestrainer nicht festlegen. Doch das, was er als geheime Kommandosache plant, war schon beim ersten Training zu erkennen. Derwall will den Österreichern mit taktischen Mitteln begegnen. Weil diese nur mit den zwei Sturmspitzen Schachner und Krankl operieren werden, will Derwall auf einen Verteidiger verzichten.

Die Abwehraufgaben sind klar verteilt. Karl-Heinz Förster soll den gefährlichen Torjäger Walter Schachner ausschalten. Und Augenthaler, so rechnet Derwall, müßte mit dem in die Jahre gekommenen Hans Krankl fertig werden. Als Libero komplettiert der Kölner Strack die Verteidigung.

„Um in die Nationalelf zu kommen, muß man blond sein und Förster heißen." Mit diesem Zitat hatte sich Klaus Augenthaler (26) einst aus dem Vorzimmer der Nationalelf verabschiedet. Nach acht Einsätzen in der B-Mannschaft schien es für den Niederbayern auf der Karriereleiter nicht mehr nach oben zu gehen.

Ein bißchen sei er nach so langer Wartezeit schon überrascht gewesen, meint er. Lampenfieber? „I wo", sagt er, „ein Länderspiel ist auch nicht viel anders als ein Europacupspiel, und davon habe ich ja genügend."

Derwalls Vertrauen freut ihn. „Für den Trainer ist das schon ein Risiko, bei so einem wichtigen Länderspiel einen Neuling einzubauen." Es gibt Beispiele genug, in denen ein Debütant an einem Tag zweimal gespielt hat – das erste und das letzte Mal. Wenn es schiefgeht, wird so ein Neuling schnell der Sündenbock für einen Trainer. Auch Derwall hat immer wieder betont, „daß der Augenthaler seine Macken hat, daß er häufig zu riskant im Abwehrbereich spielt". Noch am Samstag nach dem Spiel Bayern gegen Gladbach hat DFB-Beobachter Gero Bisanz seinem Chef von „Stopp-Fehlern" und „Unkontrolliertheiten im unteren Bereich" berichtet. So hören sich technische Mängel im Fachjargon von Fußballtrainern an.

Augenthaler ist in den letzten Wochen geradezu in die Nationalelf gesungen worden. Von seinem Manager Uli Hoeneß, von Trainer Udo Lattek, vom Mannschaftskameraden Karl-Heinz Rummenigge („Eine Berufung für ihn ist längst überfällig") und sogar von Franz Beckenbauer.

Daß Derwall da einer von der Münchner Fußball-Prominenz aufgelobt wurde, das hatte er schon notiert. Aber der Bundestrainer wehrt sich gegen diesen Vorwurf. Er sagt: „Mich interessiert das nicht. Mich interessiert nur dessen Leistung." Von Hans-Peter Briegel hat er sich mit Worten überzeugen lassen. Der Lauterer, dem selbst der eigene Klubtrainer Dietrich Weise unterstellt hatte, konditionell nicht in bester Verfassung zu sein, konnte Derwall in Gesprächen vom Gegenteil überzeugen. Derwall: „Obwohl man mit Vertrauen vorsichtig sein soll, es hat ja schon einmal einer gesagt, er sei toll in Form. Aber dem Peter glaube ich das." Der Hieb zielt gegen Hansi Müller und dessen große Sprüche vor dem letzten Länderspiel in Ungarn (1:1).

Der etatmäßige Verteidiger Briegel wird gegen Österreich ins Mittelfeld rücken. Fünf Leute, neben Briegel noch Schuster, Rolff, Matthäus und aller Wahrscheinlichkeit nach der Bremer Meier, sollen hier verhindern, daß die Österreicher ihr Kombinationsspiel aufziehen können. Als Spitzen bleiben dann noch Rummenigge und Völler.

So stellt sich Derwall die Formation für sein Schicksalsspiel vor. Aber weil es um viel für ihn geht, will er darüber nicht reden. Erst heute abend will Derwall die Mannschaft offiziell bekanntgeben. Doch mit dieser Aufstellung ist zu rechnen: Schumacher – Strack – Augenthaler, K. H. Förster – Briegel, Schuster, Rolff, Meier, Matthäus – Rummenigge, Völler.

Ribbeck will Derwalls Nachfolger werden

● Vor dem Europameisterschafts-Qualifikationsspiel der Junioren (U 21) heute (19.30 Uhr) in Arnsberg muß Trainer Berti Vogts auf Gruber, Vollborn (beide verletzt) und Wuttke (gesperrt) verzichten. Deutschland wird deshalb gegen Österreich in folgender Aufstellung spielen: Grüner – Herget – Storck oder Grahammer, Schröder, Schön, Rahn, Reichert, M. Rummenigge, Mathy. – In der Tabelle führt Albanien (9:1 Punkte) vor Deutschland (4:2), Österreich (2:4) und der Türkei (1:9).

● Die Olympia-Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) steht unter Erfolgsdruck. Sie muß heute (20 Uhr) in Osnabrück gegen Portugal gewinnen, will sich ihre Chancen auf eine Olympia-Teilnahme 1984 erhalten. Die Hoffnungen ruhen dabei auf Dieter Schatzschneider, dem Mittelstürmer des Hamburger SV. Schatzschneider dazu: „Ein oder zwei Tore traue ich mir zu, aber leicht wird das Unternehmen nicht." Erich Ribbecks voraussichtliche Mannschaftsaufstellung: Franke – Bast – Geils, Dickgießer, Wehmeyer, Buchwald, Groh, Brehme, Bommer, Schatzschneider, Mill.

● Erich Ribbeck, Trainer der Olympia-Auswahl, würde sich als Nachfolger von Bundestrainer Jupp Derwall zur Verfügung stellen. In einem Interview mit der „Neue Osnabrücker Zeitung" sagte Ribbeck: „Wenn man mir nach dem Ausscheiden von Jupp Derwall 1986 den Posten anböte, würde ich ihn annehmen. Ich würde mich nicht um diese Stelle reißen, wenn man den Bundestrainer, aus welchen Gründen auch immer, vorzeitig ablöst. Das wäre für mich eine denkbar schlechte Startposition."

● Die deutsche Fußball-Nationalelf bestreitet gegen Österreich ihr 490. Länderspiel seit dem Jahre 1908. Die Bilanz ist mit 276 Siegen, 89 Unentschieden und 124 Niederlagen bei einem Torverhältnis von 1159:667 sehr positiv. Jupp Derwall schaffte in den 55 Spielen seiner Amtszeit 36 Siege, elf Unentschieden und acht Niederlagen. Eine Heimniederlage gab es am 19. Mai 1981 in Stuttgart mit 1:2 gegen Brasilien.

STAND PUNKT

Wenn Turf-Journalisten in England und Amerika über die Galoppsport- und Vollblutszene sprechen, verwenden sie häufig den Ausdruck: „The Industrie". Eine Bezeichnung, die symptomatisch dafür ist, wie sehr der Kommerz in den letzten Jahren Besitz vom Vollblutsport ergriffen hat. Für Vollblutjährlinge werden Millionen-Beträge bezahlt. Die Decktaxen der Zuchthengste steigen ins Unermeßliche, wenn deren Nachkommen auf der Rennbahn erfolgreich sind und im gegenteiligen Fall sinken sie entsprechend rapide. Der Vollblutmarkt gleicht einer Welt-Börse – nur hat es den Anschein, als seien die Risiken noch schwerer abzuschätzen.

Deutschland wurde von dieser Entwicklung bisher allenfalls gestreift. Seit einem Jahr aber versucht das Mönchengladbacher Gestüt Zoppenbroich, sich am internationalen Börsenspiel ein wenig zu beteiligen. Als Deckhengst, der viel Geld einbringt, so haben es sich die Zoppenbroicher

Orofinos Kurs ist gefallen

gedacht, wollten sie „Orofino, Deutschlands zweimaligen Galopper des Jahres", interessant machen. Doch dafür müßten große Siege her.

Doch die Sache ist schwierig: Der Hengst, in dessen Ahnentafel international führende Blutströme fast gänzlich fehlen, hätte dieses Manko durch Glanzleistungen in ausländischen Rennen ausgleichen müssen. Darum indessen bemühte sich das Gestüt spät und zudem keineswegs mit glücklicher Hand. Zwei Plazierungen in mittelschweren französischen Rennen reichten nicht aus, der dritte Platz im Grand Prix de Deauville mag sogar wertmindernd gewesen sein. Und daß die so deutliche Niederlage im Prix de l'Arc de Triomphe am Sonntag in Paris, wo Orofino nicht unter die ersten Zehn kam, durch Reitfehler von Jockey Peter Alafi zu entschuldigen ist, werden bisherige Kaufinteressenten nicht ohne weiteres akzeptieren.

Der Orofino-Handel dürfte also, zumindest in der ursprünglich geplanten Form, gescheitert sein, Nun wird man wohl versuchen, zu retten, was noch zu retten ist. Möglich erscheint ein letzter Start in Mailand oder beim Japan-Cup in Tokio. Wenn es jetzt nicht aber schon zu spät ist.

MICHAEL PLEYER

EISHOCKEY / Meister Landshut immer besser

Vier Tore von Kühnhackl

dpa, Landshut

Zeitweise lag der deutsche Eishockeymeister EV Landshut in dieser Saison sogar auf dem letzten Platz. Erst nach dem 10. Spieltag schaffte der Meister ein ausgeglichenes Punktekonto (10:10) und kann wieder hoffen, weiter nach oben zu kommen. Zu verdanken haben die Landshuter ihren Aufschwung dem Kapitän Erich Kühnhackl. Gleich vier Treffer erzielte Kühnhackl beim 6:2-Erfolg über den früheren Meister SB Rosenheim. Der 36 Jahre alte frühere Nationalspieler Alois Schloder sagt über den 32 Jahre alten Erich Kühnhackl: „Als Leitfigur ist er für den EV Landshut wichtiger als je zuvor." Die Mannschaft, so Schloder, würde jetzt endlich das spielen, was sie spielen kann. Genau diesen Umdenkungsprozeß hatte Erich Kühnhackl in aller Öffentlichkeit von seinen Mitspielern erwartet. Kühnhackl: „Wir müssen endlich auf die Schönspielerei für die Galerie verzichten." Mit seinen vier Toren, alle ohne viel Schnörkel erzielt, lieferte er selbst den besten Beweis. Alois Schloder: „Die Schwierigkeiten der notwendigen taktischen Umstellungen haben wir jetzt auch überwunden. Wir kämpfen wieder mehr und haben ein gutes Gefühl, daß sich der Erfolg einstellt."

SPORT-NACHRICHTEN

Rekordumsatz in München

München (dpa) – Die Rekordsumme von 1 571 815 Mark wurde beim Großen Preis der Besten in München verwettet. Das war der bisher höchste Umsatz auf der Trabrennbahn in München-Daglfing.

Kocek neuer Präsident

Prag (sid) – Der Fußball-Verband der CSSR hat in Prag Rudolf Kocek (54) zu seinem neuen Präsidenten gewählt. Er ist der 14. Fußball-Präsident der CSSR seit 1945.

Operation verschoben

Dortmund (sid) – Der rumänische Fußballspieler Marcel Raducanu (Borussia Dortmund) hat die für gestern geplante Leistenoperation auf die Winterpause verschoben.

Niederlage für Mailand

Ascoli (sid) – Inter Mailand, Arbeitgeber des deutschen Fußballspielers Hans Müller, verlor beim AC Ascoli 0:1. Inter Mailand, ehemaliger italienischer Meister, ist damit Tabellenletzter.

Gesagt

„Haut dem Derwall eins auf den Deckel!"

Ein deutscher Zollbeamter auf dem Düsseldorfer Flughafen bei der Paßkontrolle zu Österreichs Nationalspieler Hans Krankl.

Langer nur auf Platz 14

St. Nom la Breteche (dpa) – Beim internationalen Golfturnier in St. Nom la Breteche (Frankreich) belegte der deutsche Profi Bernhard Langer den 14. Platz. Sieger wurde der Spanier Ballesteros, der damit auch wieder europäischer Ranglisten-Erster ist.

Fußball-Fan tödlich verletzt

London (dpa) – In den letzten fünf Jahren sind in England zehn Fußball-Fans getötet oder ermordet worden. Das jüngste Opfer war am Wochenende der 20jährige Student Richard Aldridge. Die Polizei nahm bereits einen Verdächtigen fest.

Anschlag auf Berliner Chefredakteur

uu. **Berlin**

Auf das Wohnhaus des Chefredakteurs der „Berliner Morgenpost", Johannes Otto (60), wurde Montag nacht um 1.35 Uhr ein Bombenanschlag verübt, bei dem erheblicher Sachschaden entstand. Vom Berliner Staatsschutz wurde dazu mitgeteilt, der Sprengkörper sei in einem Autofeuerlöscher installiert und mit einem elektrischen Zeitzünder versehen gewesen. Als Auslöser diente nach diesen Informationen ein mechanisch betriebener Wecker. Der Sprengsatz war in einer marineblauen Adidas-Sporttasche untergebracht, die auf der Rückseite des Einfamilienhauses des Chefredakteurs in Berlin-Dahlem auf der Terrasse abgestellt worden war. Der Explosionsdruck zerstörte auf der Rückseite des Hauses alle Fenster, Teile des Sprengkörpers flogen bis 40 Meter weit auf die angrenzende Thielallee. Dort wurden auch Teile des Zünders und des Uhrwerkes gefunden. Unmittelbar nach dem Anschlag fuhren Vertreter des Berliner Staatsschutzes an den Tatort und übernahmen die Ermittlungen. Über die Täter lagen bis gestern keine Erkenntnisse vor.

Weniger Ausreisen aus dem Ostblock

dpa/DW. **München/Bonn**

Mit 3401 Aussiedlern kamen im September 128 Personen weniger aus den Ostblockstaaten in die Bundesrepublik Deutschland als im Vergleichsmonat des Vorjahres (3529), teilte gestern das bayerische Sozialministerium mit. Die meisten Aussiedler kamen aus Rumänien (1570), gefolgt vom polnischen Machtbereich (1510).

Wie das Deutsche Rote Kreuz berichtet, konnten aus der UdSSR im September nur 122 Menschen ausreisen, 89 weniger als im Vormonat. Der bisherige Durchschnitt 1983 liegt mit 116 Genehmigungen um 57 unter dem des Vorjahres. Warschau ließ in diesem Zeitraum 183 mehr Aussiedler gehen als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Das DRK betrachttet diese Entwicklung in der UdSSR und in Polen wegen der hohen Zahl der Anträge mit großer Sorge.

Die Zahl der Aussiedler aus Rumänien hat sich im September 1983 um 346 gegenüber dem Vormonat erhöht.

Dregger: Zerrüttete Finanzen kann man nicht im Handstreich sanieren

WELT-Interview mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger

DW. **Bonn**

„Nur wenn die Einheit von CDU und FDP in Wiesbaden nicht in Frage gestellt wird, haben beide Parteien eine Chance, die hessische Landespolitik mitzugestalten." Mit dieser Aussage wandte sich gestern der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, in einem WELT-Interview gegen den – auch von Franz Josef Strauß aufgegriffenen – Vorschlag, in Hessen solle die CDU eine Große Koalition mit der SPD eingehen. Die Fragen stellte Manfred Schell.

WELT: Herr Dregger, wie funktioniert die Zusammenarbeit zwischen CDU und CSU in der gemeinsamen Fraktion. Es ist aufgefallen, daß Sie in Ihrer Analyse zu Hessen gesagt haben, ungebetene Ratgeber hätten Schaden angerichtet?

Dregger: Die Zusammenarbeit zwischen CDU und CSU in der gemeinsamen Fraktion ist gut. Das ist ganz wesentlich ein Verdienst von Theo Waigel, der in München wie in Bonn in gleicher Weise Vertrauen genießt. Meine Kritik an Ratschlägen, in Wiesbaden eine Große Koalition einzugehen, zielte nicht in eine bestimmte Richtung. Sie mußte sofort und deutlich ausgesprochen werden, um Schaden von der Union abzuwenden. Nur wenn die Einheit von CDU und FDP in Wiesbaden nicht in Frage gestellt wird, haben beide Parteien eine Chance, die hessische Landespolitik mitzugestalten. Wenn sie sich trennen ließen, könnte Herr Börner mit jeder der beiden Parteien sein Spiel treiben. Das zu ermöglichen wäre töricht. CDU und FDP sind gemeinsam in die Wahl gegangen und haben zusammen ein Mandat mehr als die SPD. Es dient der Klarheit der Politik, wenn Herr Börner gezwungen wird, zwischen CDU/FDP und Grünen zu wählen.

WELT: Wurden in Hessen von der CDU Fehler gemacht, die sich in Nordrhein-Westfalen nicht wiederholen dürfen?

Dregger: Jedes Bundesland ist anders und jede Wahl ist anders. Allgemein gültige Rezepte gibt es nicht. Eine Erkenntnis ist übertragbar: Die für einen Wahlerfolg notwendige Sogwirkung auf die unentschlossenen Wähler setzt die Emotionalisierung der eigenen Anhänger voraus. Das ist diesmal nicht gelungen. Dazu hat die Enttäuschung beigetragen, daß vier einzigartige Wahlerfolge zuvor nicht zur Regierungsverantwortung der hessischen CDU geführt haben. Eine absolute Mehrheit ist uns in diesem alten SPD-Land nie gelungen, obwohl wir 1974 mit 47,3 Prozent dicht davorstanden und 1982 nur durch die Bonner Turbulenzen im Zuge des Regierungswechsels daran gehindert wurden. Dreimal hat die FDP sich uns als Koalitionspartner verweigert. Nach dem Schwenk zu uns 1982 flog sie raus, nicht ohne eigenes Verschulden ihrer Bonner Repräsentanten. Ohne das Lambsdorff-Papier und ohne den FDP-Minister-Rücktritt 14 Tage vor der hessischen Wahl hätte es nicht zu der so wirksamen Verratskampagne der SPD kommen können.

WELT: Hessen ist ein Beispiel dafür, daß die Unterstützung der FDP eigene Niederlagen produzieren kann. Wurde dieses Opfer gebracht, um die Koalition in Bonn langfristig zu stabilisieren?

Dregger: Die Unterstützung der FDP lag im Interesse der Bonner Koalition ebenso wie im Interesse von CDU und FDP in Hessen. Ohne die Unterstützung von seiten der CDU wäre die FDP wahrscheinlich nicht in den Landtag gekommen; das hätte die absolute Mehrheit der SPD bedeutet. Ich habe daher die diesbezügliche Wahlstrategie Walter Wallmanns ausdrücklich unterstützt.

WELT: Herr Dregger, die Bundesregierung geht gewiß keinen leichten Zeiten entgegen, wenn man sich neben der Arbeitsmarktsituation die Krisen bei Stahl, Kohle und den Werften ansieht. Welche Entscheidungshilfen geben Sie dem Bundeskanzler?

Dregger: Ich empfehle ihm und uns allen, die Grundlinien unserer Politik beizubehalten, denn sie sind richtig. Man kann die zerrütteten Staatsfinanzen und die wettbewerbsgeschädigte Wirtschaft nicht im Handstreich sanieren. Wer beim ersten Rückschlag seine Linie aufgibt, hat nicht die geringste Erfolgschance.

WELT: Haushaltslücken in Milliardenhöhe sind erkennbar. Wie sollen sie geschlossen werden?

Dregger: Die Haushaltsrisiken sind in der Tat beträchtlich. Ich nenne nur einige Stichworte: EG-Finanzierung, Exportbürgschaften und zusätzliche Subventionen für Bergbau, Stahl und Werften. In allen Feldern müssen wir zäh ringen, um zu verhindern, daß aus den Risiken allzu große Löcher im Bundeshaushalt werden.

WELT: Sie haben die Fraktion dahingehend festgelegt, daß Mehreinnahmen zum Beispiel aus dem Bundesbankgewinn zur Rückführung der Schulden genommen werden müßten. Bleibt es bei diesem Grundsatz?

Dregger: Die Bundesbankgewinne dürfen nicht für freigewählte Aufgaben, sie müssen ausschließlich der Defizitabsenkung dienen. Das würde auch dann gelten, wenn eine nicht mehr abwendbare Realisierung von Haushaltsrisiken das Haushaltsdefizit erhöhen sollte.

WELT: Sie sind als nächster Bundespräsident im Gespräch. Deshalb die Frage, wie ist Ihr Rollenverständnis an der Spitze der größten Regierungsfraktion?

Dregger: Die Entscheidung über den nächsten Bundespräsidenten sollte bald fallen. Das liegt im Interesse des Amtes, der Union und Berlins, wie auch immer die Entscheidung ausfallen mag.

WELT: Sie haben einmal gesagt, ich bin gewählt und nicht ernannt. Welche Adressaten hatten Sie dabei im Kopf?

Dregger: Ich war in der Politik immer ein Gewählter, nie ein Ernannter. Ein Gewählter muß nicht gehorchen, aber er kann und sollte loyal sein zu denen, die seiner Unterstützung bedürfen. Das bin ich immer gewesen und werde ich immer sein. Die erste Loyalität gehört dem Gemeinwesen, dem zu dienen wir alle verpflichtet sind.

WELT: Wäre es ein unziemlicher Vergleich zu sagen, es gibt zwischen Ihnen und dem Parlamentarier Herbert Wehner Gemeinsamkeiten im Bemühen, Kurs und Koalition zu stabilisieren?

Dregger: Herr Wehner war ein in mancherlei Hinsicht exzellenter Fraktionsvorsitzender, dem die SPD vieles verdankt. Wenn ich für die CDU/CSU – wenn auch gewiß in ganz anderer Weise – ähnliches leisten sollte, wäre das nicht wenig.

Will Moskau in Genf beide Ebenen verbinden?

Nowosti deutet Überprüfung der START-Position an

AP/rtr. **Moskau/Genf**

Die Sowjetunion scheint darauf hinzuarbeiten, nach Beginn der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa die Verhandlungen über den Abbau dieser Raketen mit den Verhandlungen über die Reduzierung der strategischen Waffen (START) zusammenzulegen. Westliche Gewährsleute in Moskau verwiesen in diesem Zusammenhang gestern auf einen Kommentar der sowjetischen Presseagentur „Nowosti", worin es hieß, die Aufstellung der US-Raketen könnte Moskau dazu zwingen, seine Verhandlungsposition bei den START-Verhandlungen zu überprüfen.

„Nowosti" meinte, Pershing-2-Raketen und Tomahawk-Raketen störten nicht nur das regionale und globale Gleichgewicht im strategischen Bereich, sondern eröffneten den Vereinigten Staaten auch die Möglichkeit, ein künftiges START-Abkommen zu umgehen. Der diplomatische Vertreter eines NATO-Landes meinte zu dem Kommentar, damit deute die sowjetische Seite erstmals öffentlich die mögliche Bereitschaft an, die beiden Genfer Themenkomplexe miteinander zu verknüpfen. Beobachter auf beiden Seiten vertreten seit langem die Auffassung, daß die START-Verhandlungen und die INF-Verhandlungen über Mittelstreckenraketen miteinander verbunden werden sollten. Auch ranghohe sowjetische Unterhändler in Genf seien dafür, hieß es.

In Genf hat gestern der sowjetische Chefunterhändler bei den START-Verhandlungen, Viktor Karpow, den USA mangelndes Interesse an einer Einigung bei diesen Verhandlungen vorgeworfen. Karpow erklärte, seit mehr als einem Jahr gebe es bei den Gesprächen keinen Fortschritt. Nach seiner Ankunft in Genf, wo in Kürze die fünfte START-Runde beginnt, sagte der Diplomat, diese Verhandlungen würden „durch die einseitige Position der USA blockiert, die nicht darauf gerichtet ist, ein Abkommen zu erzielen".

Die sowjetische Delegation hingegen habe „die klare Anweisung" erhalten, sich beharrlich um ein Übereinkommen zu bemühen, erklärte Karpow.

Gemayel unter Druck

Pläne Dschumblatts zwingen Regierung zum Handeln

rtr/dpa, **Beirut**

Die Desertion von 600 Soldaten und Offizieren der libanesischen Armee sowie die von Drusenführer Walid Dschumblatt geplante eigene Kommunalverwaltung haben die Regierung von Präsident Amin Gemayel unter wachsenden Druck gesetzt. Aus Kreisen des Präsidialamtes hieß es gestern, Gemayel habe die Lage mit Ministerpräsident Wazzan und führenden Offizieren erörtert und eine Kabinettssitzung einberufen. Dennoch rechnet die Regierung in der kommenden Woche mit dem Beginn der sogenannten Versöhnungskonferenz, auf der eine politische Lösung erreicht werden soll.

In Anwesenheit von Dschumblatt, der gestern Damaskus mit dem Ziel Paris verlassen hat, wo er mit dem französischen Außenminister Claude Cheysson zusammentreffen wird, hatten die 570 Soldaten und 30 Offiziere in der von Syrern kontrollierten Stadt Hammana erklärt, sie würden den Befehlen der Armee nicht mehr Folge leisten. Begründung: Sie seien gezwungen worden, gegen das eigene Volk zu kämpfen.

Zur Ankündigung Dschumblatts, in dem von Drusen beherrschten Gebieten eine eigene Verwaltung aufzubauen, sagte Präsidentenberater Farouk Jabr, Gemayel sei zu Gegenmaßnahmen entschlossen, um eine Teilung Libanons zu verhindern.

Das libanesische Außenministerium hatte am Montag die Botschafter der fünf ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates, USA, UdSSR, Frankreich, Großbritannien und China, sowie Italien, das an der multinationalen Friedenstruppe in Libanon beteiligt ist, zu getrennten Gesprächen bestellt. Nach dem Treffen erklärte der französische Botschafter, er sei über die Gefahren einer Teilung Libanons unterrichtet worden.

Seite 2: Weiche Flanke

Schmidt: Meinung nicht geändert

■ Fortsetzung von Seite 1

„Wenn alle westlichen Armeen wie die Bundeswehr eine entsprechende Mobilisierungsfähigkeit besäßen, dann wäre es keineswegs zwangsläufig, daß der Westen ... sehr schnell zum Ersteinsatz taktischer Nuklearwaffen greifen muß", sagte Schmidt, „und das dann auch noch ‚Flexible Response' nennt."

Die westliche Verteidigungsstrategie wirke auf die andere Seite nur dann kriegsverhindernd, wenn sie Glaubwürdigkeit habe. Daran aber fehle es, meinte Schmidt. „In dieser Hinsicht leiden wir an wachsenden Defiziten in unserer eigenen öffentlichen Meinung." Dies gelte für die Parlamente zwischen Washington und Bonn, die Kirchen und auch die Universitäten. Wenn sich das nicht ändere und dadurch die Verteidigungsfähigkeit des Westens weiter ins Zwielicht gerate, könnte das die Sowjetunion nach Schmidts Worten zu „falschen Konsequenzen" verleiten.

Rückschlag für Shamirs Pläne

rtr/AP, **Jerusalem.**

Die Pläne des designierten israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir haben mit der Ankündigung von sechs Abgeordneten der bisherigen Mitte-Rechts-Koalition, in der Vertrauensabstimmung im Parlament nicht für ihn zu stimmen, einen Rückschlag erlitten. Die Parlamentarier hatten Shamir am Montag aufgefordert, die für den kommenden Donnerstag geplante Abstimmung in der Knesset zu verschieben und sich erneut um die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit mit der oppositionellen Arbeiterpartei zu bemühen. Shamir hatte diese Forderung abgelehnt.

Zuvor hatten die vier Abgeordneten der orthodox-religiösen Partei Aguda angekündigt, daß sie eine von Shamir gebildete Regierung nur dann unterstützen würden, wenn sie über die Mehrheit der 120 Sitze im Parlament verfüge. Sollten die sechs Koalitionsabgeordneten ihre Ankündigung wahr machen, würde Shamir nur noch mit 58 Stimmen für seine Koalition rechnen können.

WELT DER WIRTSCHAFT

Ärger über Werkstätten

fu. (London) – Mehr als 10 000 Beschwerden über Auto-Werkstätten in ihrem Land haben die Briten im vergangenen Jahr an öffentliche Stellen gerichtet. Weit höher dürfte mit Sicherheit die Zahl derer sein, die sich über fehlerhafte Wartung oder Reparaturen, zu hohe Reparatur-Rechnungen oder über weit überschrittene Reparaturzeiten ärgerten, ohne zu protestieren.

Dem britischen Office of Fair Trading, ist die wachsende Kritik an der durchweg miserablen Qualität der rund 20 000 Autowerkstätten und Garagen, die Wartungs- und Reparatur-Arbeiten ausführen, jetzt zu viel geworden. In einer Untersuchung kommt es zu dem Schluß, daß rasch etwas geschehen müsse. Und es hat auch schon entsprechende Empfehlungen an der Hand.

Die weitreichendste lautet, für alle solche Betriebe eine Lizenz-Pflicht einzuführen, um einen gewissen Qualitäts-Standard zu gewährleisten. Werkstätten und Garagen, über die zu viele Beschwerden eingehen und die bei den Kontrollen durch die Behörde als untragbar angesehen werden, würden ihre Lizenzen verlieren.

Eigentlich sollte erwartet werden, daß sich angesichts des starken und aufgrund der spezialisierteren Auspuffzentren oder do-it-yourself-Wartungsplätze weiter wachsenden Wettbewerbs in diesem Wirtschaftsbereich vertretbare Verhältnisse von selbst einstellen. Aber offensichtlich ist das nicht der Fall. Eine andere Untersuchung hat ergeben, daß etliche Garagen nur ganze zehn Prozent der von den Autoherstellern bei den regelmäßigen Wartungen vorgeschriebenen Arbeiten ausführen. Ein trauriges Bild für ein so traditionsreiches Autoland wie Großbritannien.

Gold

ed. – Die „Automatik", daß ein sinkender Dollarkurs mit einem steigenden Goldpreis einhergeht und umgekehrt, funktioniert nicht mehr, seit professionelle Spekulanten mehr als alle anderen Marktteilnehmer das Auf und Ab am Goldmarkt diktieren. So sorgt das „gelbe Metall" immer wieder für Überraschungen. Jetzt ist offenbar der Preissturz bei Silber – eine Reaktion auf die überdimensionierten Vorräte – einer der Auslöser für den Rückgang des Goldpreises unter die Marke von 400 Dollar pro Unze gewesen. Und mit dem Unterschreiten dieser „magischen" Marke und charttechnischer Linien hat sich der Markt zugleich ein zusätzliches Baissemoment geschaffen. Auch die Angst, daß manche in Devisennöten steckenden Länder Gold verkaufen müssen, weil sie vom IWF mangels Kasse keinen Kredit bekommen, hat wohl in den letzten Tagen und besonders gestern einiges Angebot an den Markt gedrängt. Man soll zwar mit Prognosen vorsichtig sein; doch erscheint die These von Experten, beim Goldpreisrutsch handele es sich nur um eine Episode, nicht allzu gewagt.

PRIVATE KRANKENVERSICHERUNG / Gute Entwicklung der Mitgliederzahlen

Bisher nur Teilerfolge in der Dämpfung der Krankheitskosten

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die 41 privaten Krankenversicherer in der Bundesrepublik erwarten auch im laufenden Jahr eine positive Entwicklung ihres Mitgliederbestands. Bis zur Jahresmitte gewannen sie 217 000 (320 000) Tarifversicherte, überwiegend durch Übertritte aus der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Weniger zufrieden sind die Gesellschaften jedoch mit der Tatsache, daß trotz erfolgreicher Bemühungen um Kostendämpfung im Gesundheitswesen ihr Ausgabenwachstum mit über sechs Prozent höher liegt als bei der GKV.

Nach Angaben des Zahlenberichts 1982/83 des Verbandes der privaten Krankenversicherer sind dabei vor allem die Arztkosten wesentlich kräftiger gestiegen als bei der GKV. Zwar seien die IKV-Leistungsausgaben im letzten Jahr deutlich schwächer gestiegen als in den Vorjahren und verstärktes Kostenbewußtsein bei allen Beteiligten erkennbar, doch sei nach wie vor offen, ob sich die günstige Entwicklung auch langfristig durchsetze.

Für die künftigen Marktchancen der PKV werde es ganz wesentlich darauf ankommen, daß ihre Ausgaben nicht mehr rascher steigen als bei der GKV. Das werde entscheidend davon abhängen, ob die zu Jahresbeginn eingeführte Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) auch sachgerecht angewandt werde und wie die geplante Reform des Krankenhausrechts ausfällt. Der Verband: „Die Auswirkungen der GOÄ lassen sich zwar noch nicht hinreichend überschauen, doch gibt es Anhaltspunkte dafür, daß sich in der Einführungsphase die Ärzte überwiegend maßvoll verhalten haben."

Mit Nachdruck wendet sich der PKV-Verband gegen erneute Versuche der GKV, ihren Einflußbereich auf weitere Versichertenkreise auszudehnen. In der Fachzeitschrift „Versicherungswirtschaft" wendet sich PKV-Verbandsdirektor Christoph Uleer gegen Überlegungen der Ersatzkassen, über die traditionell pflichtversicherten und freiwillig weiterversicherten Kreise hinaus die gesamte Bevölkerung „sozial" zu versichern und als Träger der GKV den eigenen Mitgliedern sogar eine individuell kalkulierte Zusatzversicherung anzubieten. Diese Abkehr vom sogenannten Subsidiaritätsprinzip, wonach der GKV die solidarische Sicherung jener Personen obliegt, von denen der Gesetzgeber meint, daß sie zur Eigenvorsorge nicht zweifelsfrei in der Lage sind, nennt Uleer eine „ebenso apart wie neuartig verkleidete Sozialisierung der Krankheitsvorsorge".

Nach Auffassung Uleers dürften Spitzenverdiener nicht über relativ geringfügige Nebenverdienste zur Versicherungspflicht herangezogen werden. Die Versicherung der Landwirte im Nebenberuf habe sich nach deren Haupteinkommen zu richten und die GKV ihre freiwillig Versicherten gegenüber den Pflichtversicherten nicht einseitig etwa durch das Angebot der wahlweisen Kostenerstattung zu begünstigen.

Uleer verlangt („erneut und sicher erneut erfolglos") eine getrennte Rechnungslegung der GKV für freiwillige und Pflichtmitglieder, um den Vorwurf zu entkräften, die Pflichtversicherten subventionierten die Höherverdienenden, die mit einem Beitrag des Verdieners eine viel größere Familie versichern als die Pflichtmitglieder.

Vor diesem Hintergrund sieht der PKV-Bericht auch die künftige Entwicklung mit vorsichtigem Optimismus. Immerhin sind mehr als 50 Prozent der Bestandszunahme im laufenden Jahr auf die Krankheitskostenversicherung und auf die nach wie vor große Anziehungskraft der PKV zurückzuführen. Rund 100 000 Tarifversicherte betrug der Zugang zur selbständigen Krankenhaus-Tagegeldversicherung. Von den inzwischen rund 21,4 (Ende 1982: 21,17) Millionen Tarifversicherten hatten zur Jahresmitte 8,5 Millionen Krankheitskostenversicherungen, weitere rund 6,6 (6,3) Millionen besaßen eine Krankenhaus-Tagegeldversicherung. Bis zum Jahresende rechnet die PKV in der Krankheitskostenversicherung infolge des Wanderungsgewinns aus der GKV mit einem Nettozugang an 50 000 Versicherten. Ende 1983 dürfte der Gesamtbestand bei über 21,6 (21,2) Millionen Tarifversicherten liegen.

MINERALÖLWIRTSCHAFT

Erste Anzeichen für eine wiederbelebte Nachfrage

DANKWARD SEITZ, München

„Wir stehen am Beginn einer Phase mit leicht steigender Nachfrage nach Mineralölprodukten." Denn nach Ansicht von Herbert C. Lewinsky, Vorstandsvorsitzender der Hamburger Mobil Oil AG, ist das weltwirtschaftliche Konjunkturtal inzwischen durchschritten, so daß ein in welcher Höhe auch immer ausfallendes Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahren „in jedem Fall zu einer Belebung der Erdöl-Nachfrage führen wird". Der weltweite Abbau von Lagerbeständen werde sich möglicherweise noch bis ins kommende Jahr fortsetzen, denn die Anpassung an das reduzierte Verbrauchsniveau – allein in den letzten drei Jahren verringerte sich der Ölbedarf der westlichen Industrieländer um insgesamt rund 17 Prozent, der der Bundesrepublik sogar um 24 Prozent – scheine noch nicht vollständig vollzogen

Erste Anzeichen für eine Wiederbelebung der Nachfrage sieht der Mobil-Chef, wie er vor dem Münchner Club Wirtschaftspresse ausführte, in der wieder auf 18 Millionen Barrel gestiegenen Tagesförderung der Opec, die von über 30 Millionen Barrel 1979 auf unter 15 Millionen Barrel im Frühjahr dieses Jahres abgesunken war. Die Opec sei in den letzten Jahren nämlich bei stetig steigender Förderung außerhalb ihres Einflußbereichs zum Swing-Produzenten geworden, auf den alleine die Schwankungen in der weltweiten Nachfrage durchgeschlagen habe. Einen Anstieg des Ölpreises hält Lewinsky dennoch in nächster Zeit für unwahrscheinlich. Die ungenützten Förderkapazitäten der Opec ließen eine Angebotsverknappung auf absehbare Zeit nicht zu.

Die Bundesregierung forderte Lewinsky auf, künftig von energiepolitischen Maßnahmen zu Lasten des Mineralöls Abstand zu nehmen. Mit „bemerkenswerter Flexibilität" habe die deutsche Mineralölwirtschaft schon in den letzten Jahren auf den Bedarfsrückgang mit einem Abbau der Destillationskapazitäten von knapp 160 Millionen Tonnen Ende 1978 auf 126 Millionen Tonnen bis Ende 1982 reagiert. Mit Ablauf dieses Jahres werden es nur noch 115 Millionen sein. Gleichzeitig wandte sich Lewinski aber auch gegen staatliche Eingriffe mit dem Ziel der Kapazitätserhaltung wie in Frankreich.

Bis zum Jahr 2000 erwartet Mobil, wie Lewinsky mitteilte, einen weiteren Rückgang des Netto-Inlandsbedarfs an Mineralöl um rund 20 Prozent auf etwa 80 Millionen Tonnen. Während der Diesel-Absatz von derzeit knapp 14 Millionen Tonnen noch um 20 Prozent auf gut 16,5 Millionen Tonnen steigen wird, wird der Absatz an Vergaserkraftstoff von knapp 22,5 Millionen Tonnen um ein Viertel auf unter 17 Millionen Tonnen zurückfallen. Noch gravierender werden die Einbußen bei den Heizölen eingeschätzt: Leichtes Heizöl wird über 40 Prozent auf gut 19 Millionen Tonnen und schweres Heizöl um 50 Prozent auf nur noch sechs Millionen Tonnen zurückgehen.

Kunststoff in der Klemme

Von JOACHIM WEBER

Alle vier Jahre einmal treffen sich die drei Branchen, sozusagen unter einem Dach und auch mit einem einzigen Etikett: „Kunststoff-Industrie". Ansonsten – sprich: außerhalb der Internationalen Fachmesse Kunststoff + Kautschuk, die morgen unter dem Signet „K '83" wieder ihre Tore öffnet – marschieren die Kunststoffhersteller, die Verarbeiter und die Kunststoffmaschinenbauer meist streng getrennt.

Zwar drehen sich ihre Aktivitäten alle ums gleiche Material, den Kunststoff. Doch ihre Interessen im Geschäftsalltag gehen fast zwangsläufig auseinander.

In den Jahren seit der K '79 hatten alle drei [illegible] zur Klage. [illegible] ein Wirtschaftsbereich – sieht man einmal von der Mineralölindustrie ab – ist so nachhaltig unter den Druck der Ölpreisexplosion geraten wie das Gewerbe rund um den Kunststoff.

Bei einem Rohstoffkostenanteil von etwa vier Fünfteln kamen vor allem die bis dahin billigen und in entsprechenden Mengen unters Volk gebrachten Massen- (oder, wie die Chemie es lieber hört, „Standard-")Kunststoffe [illegible] vom steilen Aufwärtskurs ab. Preise, die dem allzu raschen Konsum nicht mehr zuträglich waren, ließen vor allem auch die Großabnehmer von Kunststoffprodukten (Bau-, Auto-, Elektroindustrie) über Sparmöglichkeiten nachdenken, mit Erfolg.

So gerieten ab 1980 alle drei Kunststoffzweige in die Klemme:

● die Kunststofferzeuger (etwa 75 000 Beschäftigte, 19 Milliarden Mark Umsatz) zwischen die Materialkosten-Explosion einerseits und den europaweit so zukunftsfreudig aufgebauten Kapazitätsüberhang andererseits, das Ganze noch verstärkt durch die Konkurrenz aus Japan und den USA, die in ähnlicher Situation Absatzventile suchte. Von 1980 bis 1982 dürfte die Branche in Westeuropa einen Gesamtverlust von sechs bis sieben Milliarden Mark eingefahren haben. Daß vor allem staatlich kontrollierte Unternehmen in einigen Ländern munter weiterinvestierten, bereitete besondere Freude.

● Die Verarbeiter (27 Milliarden Mark Umsatz, 200 000 Beschäftigte) sahen sich nicht minder plötzlich zwischen den Mühlsteinen der Erzeuger, die wenigstens ihre Verluste minimieren wollten, und der äußerst zurückhaltenden Produktmärkte, die es fast völlig unmöglich machten, mit den eigenen Preisen den Materialkosten zu folgen.

● Die Kunststoffmaschinenbauer schließlich (drei Milliarden Mark Produktion, 25 000 Beschäftigte) wurden von der Ertragssituation ihrer beiden Kundengruppen zwangsläufig in Mitleidenschaft gezogen. Da die Probleme weltweit sehr ähnlich waren, nutzte die Exportquote von 70 Prozent genausowenig wie die Tatsache, daß dieser Bereich des deutschen Maschinenbaus auf dem Weltmarkt eine klare Spitzenposition einnimmt (USA auf Platz zwei, Japan auf Platz fünf). Firmenaufgaben und etliche Konzentrationen waren unvermeidlich.

Gerade rechtzeitig zur K '83, so scheint es, können alle drei Zweige wieder ein wenig aufatmen. So konnten die Verarbeiter, dem eigentlichen Verbraucher am nächsten gelegen, im ersten Halbjahr immerhin einen realen Zuwachs von fast sechs Prozent für sich verbuchen, der von der Bauindustrie und von der Autoindustrie, aber auch von den Konsumwaren her bestimmt wurde. Wenn es auch für die Preise nach wie vor wenig Spielraum gibt, so genügt doch die Aufwärtsentwicklung, die Mienen erst einmal wieder ein wenig aufzuhellen.

Freilich gaben sich die Kunststofferzeuger, bei denen die Nachfragesteigerung inzwischen ebenfalls angekommen ist, noch skeptisch. Und gar zu nahe liegt denn auch die Vermutung, daß derzeit – gewissermaßen als Vorbote eines tatsächlichen Aufschwungs – erst einmal die radikal geräumten Läger wieder aufgestockt werden. Ob der angenehme Traum danach gleich wieder ausgeträumt sein wird, muß sich noch erweisen.

Doch selbst wenn sich die Aufbruchssignale als nachhaltig erweisen, gäbe es für die Erzeuger in ganz Westeuropa nichts Gefährlicheres, als mit den endlich in Schwung gekommenen Bemühungen um eine Bereinigung der Strukturen nachzulassen. Noch werden Verluste in dreistelligen Millionengrößen geschrieben, und noch ist der Kapazitätsabbau im Massenbereich nicht endgültig bewältigt.

AUF EIN WORT

„Die Haushaltssanierung hat eine wichtige ordnungspolitische Funktion. Es geht nicht nur um den Haushaltsausgleich, sondern um ein Zurückdrängen des Staates. Dem Staat beispielsweise bei den Sozialausgaben etwas abzuverlangen, was die Bürger bei gutem Willen auch selbst leisten können, ist keine soziale Errungenschaft."

Dr. Wilfried Guth, Sprecher des Vorstandes der Deutschen Bank
FOTO: JUPP DARCHINGER

„Zerreißprobe für die Stahlindustrie"

dpa/VWD, Wien

Die Welt-Stahlindustrie steht derzeit in der schlimmsten Zerreißprobe ihrer Geschichte. Dies betonte der Präsident des Internationalen Eisen- und Stahlinstituts (IISI), der Japaner Yjtaka Takeda zur Eröffnung der 17. Weltstahl-Konferenz in Wien. Takeda, der gleichzeitig Präsident von Nippon Steel ist, meinte, man brauche aber nicht zu befürchten, daß die Stahlbranche eine sterbende sei. Weltweit sei noch immer ein großer Stahlbedarf zu decken: Der Stahlverbrauch im Weltdurchschnitt liege schließlich erst bei 170 Kilogramm je Mann und Jahr, während er in den führenden Industrienationen bereits auf über 500 Kilogramm gestiegen sei.

LONDON BUSINESS SCHOOL

Optimistische Prognose für Wachstum der OECD-Länder

WILHELM FURLER, London

Eine recht optimistische Prognose über die Entwicklung der Weltkonjunktur ist von der London Business School vorgelegt worden. Die Wirtschaftsforscher sagen voraus, daß sich die Konjunkturerholung beschleunigt und aller Wahrscheinlichkeit nach auch länger anhalten wird.

Allerdings schränkt die London Business School ein, daß die Wirtschaft in den USA deutlich rascher wachsen wird als in den europäischen Ländern und Japan, wo die Nachfrageentwicklung durch innenpolitische Beschränkungen verzögert werde. Die zunehmende Konjunkturbelebung der letzten Zeit hat das Institut veranlaßt, seine Wachstumsprognosen für dieses Jahr erneut nach oben zu revidieren.

Es sagt jetzt einen Anstieg des Bruttosozialprodukts in den Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für 1983 um 2,5 Prozent und für das kommende Jahr um weitere 3,5 Prozent voraus. Die Industrieproduktion wird sich der London Business School zufolge in diesem Jahr im OECD-Durchschnitt um nahezu sieben Prozent ausweiten und innerhalb der kommenden zwölf Monate die Produktions-Spitze vom ersten Quartal 1980 hinter sich lassen.

Trotz einer gewissen Verlangsamung im kommenden Jahr rechnet das Institut mit einem Anstieg der Industrieproduktion zwischen Ende dieses und nächsten Jahres um immer noch 4,5 Prozent. Optimistisch sind die Londoner Konjunkturforscher auch über die Inflationsentwicklung; die Teuerungsrate werde sich im OECD-Durchschnitt bei rund sieben Prozent halten lassen.

US-AUSLANDSTÖCHTER

Investitionen nehmen im nächsten Jahr wieder zu

H.-A. SIEBERT, Washington

Die ausländischen Tochtergesellschaften US-amerikanischer Unternehmen (Mehrheitsbeteiligung) werden ihre Investitionen 1984 nominal um sieben Prozent auf 45,7 Milliarden Dollar (rund 120,6 Milliarden Mark) aufstocken. In der Bundesrepublik steigen sie um 26 Prozent auf vier Milliarden Dollar, verglichen mit 3,2 Milliarden Dollar (plus sieben Prozent) im Vorjahr.

Die wachsende Investitionsbereitschaft in praktisch allen Ländern der westlichen Welt stellt eine deutliche Wende dar, sie wird aber vom Handelsministerium in Washington als „immer noch bescheiden" eingestuft. Als Grund werden die nicht ausgelasteten Kapazitäten und die Unsicherheit über die Stärke des Konjunkturaufschwungs genannt. In diesem Jahr sinkt das Engagement der US-Auslandstöchter um vier Prozent, nachdem es 1982 um ein Prozent zugenommen hat.

Nach einem Rückgang um fünf Prozent 1983 steigen die Investitionen im Mineralölbereich um sieben Prozent auf 19,8 Milliarden Dollar. Schwerpunkte sind Bohrungen in der norwegischen Nordsee und in den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie Pipelinebau in Sudan. In der Verarbeitung dominieren die Computerhersteller; insgesamt erhöhen sich hier die Investitionen um sieben (1983: minus zwei) Prozent auf 18,4 Milliarden Dollar. In den Industriestaaten nehmen die US-Investitionen um acht Prozent auf 29,1, in der EG um neun Prozent auf 15,6, in Japan um 14 Prozent auf zwei, in Kanada um ein Prozent auf 7,4 und in den Entwicklungsländern um sechs Prozent auf 11,8 Milliarden Dollar zu.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Kartellamt untersagt Vertriebssysteme

Berlin (VWD) – Das Bundeskartellamt in Berlin hat jetzt erwartungsgemäß die Vertriebssysteme der Grundig AG, Fürth, und der Telefunken Rundfunk- und Fernseh-GmbH, Hannover, untersagt. Beide Unternehmen hatten bereits vor einiger Zeit angekündigt, im Falle eines solchen Verbots Rechtsbeschwerde einzulegen. Beiden Systemen, dem Depot-System von Grundig und dem Agentur-System von Telefunken, liegen ähnliche Überlegungen zugrunde. Die Facheinzelhändler sind verpflichtet, die von den Unternehmen vorgeschriebenen Preise zu nehmen. Das Bundeskartellamt sieht in diesen Vertriebssystemen eine Preisbindung „durch die Hintertür". Die Firmen Grundig und Telefunken wollen gegen diese Entscheidung Einspruch erheben.

Zinsen gesenkt

London (fu) – Die britischen Geschäftsbanken haben zum ersten Mal seit Mitte Juni wieder ihren Zinssatz gesenkt. Als erste nahmen gestern die Midland Bank und die National Westminster Bank ihren Basis-Ausleihesatz um ein halbes auf neun Prozent zurück.

Beteiligung erhöht

Hongkong (rtr) – Die französische Bank Paribas und das US-Wertpapierhaus Merrill Lynch haben ihre Beteiligung an der zu den führenden Finanzinstituten in Hongkong zählenden Sun Hung Kai and Co Ltd (SHK) auf zusammen 51 Prozent aufgestockt. SHK bezeichnete den Schritt in einer Erklärung vom Wochenende als Reaktion auf Gerüchte über die Liquidität ihrer Tochter Sun Hung Kai Bank, die zu einem „Abzug von Einlagen" geführt hätten.

Neue Schuldengespräche

Warschau (rtr) – Westliche Regierungsvertreter haben gestern nach einer langen Unterbrechung die Gespräche mit polnischen Regierungsvertretern über die polnischen Schulden bei westlichen Regierungen wiederaufgenommen. Die Schuldenverhandlungen zwischen den westlichen und polnischen Regierungsvertretern waren seit der Verkündung des Kriegsrechts in Polen ausgesetzt worden. Allerdings waren Umschuldungsgespräche über Verbindlichkeiten gegenüber den privaten Geschäftsbanken von schätzungsweise neun Milliarden Dollar bereits wiederaufgenommen worden. Die Fälligkeiten Polens gegenüber öffentlichen Institutionen im Westen belaufen sich auf 2,2 Milliarden Dollar noch für 1982 und für das laufende Jahr auf 2,9 Milliarden Dollar.

Stabiler Messeverlauf

Berlin (tb) – Erfolgreich zu Ende gegangen ist die 21. Übersee-Import-Messe Partner des Fortschritts in Berlin. Nach Angaben der AMK Berlin erwies sich der geschäftliche Messeverlauf im Vergleich zur letzten Veranstaltung als stabil. Ein Drittel der 761 Aussteller und 395 zusätzlich vertretenen Firmen aus 63 Ländern gaben bei einer Umfrage an, bereits während der Messe Verträge abgeschlossen zu haben. 84 Prozent erwarten gute Nachmessegeschäfte.

Luther-Gedenkmünze

Bonn (AP) – Die aus Anlaß des 500. Geburtstages von Martin Luther geprägte Gedenkmünze der Bundesrepublik kommt am 10. November in den Verkauf. Dies teilte das Finanzministerium mit. Die Münze mit einem Nennwert von fünf Mark hat eine Auflage von 8,35 Millionen Stück, darunter 350 000 in Spiegelglanz-Ausführung.

Weizen-Rekordernte

Detmold (dpa) – Regen im Frühjahr und eine außergewöhnlich lange sonnige Trockenperiode im Sommer haben der deutschen Landwirtschaft eine neue Weizen-Rekordernte beschert. Wie der Leiter der Bundesforschungsanstalt für Getreide- und Kartoffelverarbeitung, Hans Bolling, in Detmold mitteilte, sind in diesem Jahr in der Bundesrepublik insgesamt 8,96 Millionen Tonnen Weizen eingebracht worden.

AKTIENFORUM

Anleger und Emittenten kehren der Börse den Rücken

KAREN SÖHLER, Hamburg

Die Eigenkapitalausstattung der deutschen Unternehmen genügt weder der Finanzierung des Wachstums noch der erforderlichen Wettbewerbsfähigkeit. Darüber herrschte Einigkeit unter den Rednern auf dem Aktienforum '83 in Hamburg, einer Veranstaltung des Arbeitskreises Aktie, die mit Unterstützung des „Handelsblatt"-Verlages und in Zusammenarbeit mit der Hamburger Börse durchgeführt wird.

Sich Eigenkapital aus eigener Ertragskraft zu beschaffen, sei schwierig. Es sei deshalb nötig, erklärte Claus Köhler, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, daß die Sparer das Eigenkapital bereitstellten. Investitionen müßten dann nicht so fremdfinanziert werden und es ergäbe sich eine breitere Vermögensstreuung. Daher gelte es, die Funktionsfähigkeit des Aktienmarktes als „Vehikel zwischen Ersparnissen und Kapitalbildung" zu stärken. Köhler bedauerte besonders den Rückzug der Unternehmen als Emittenten vom Aktienmarkt und der privaten Haushalte als Anleger.

Hansjörg Häfele, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, wies darauf hin, daß es in der marktwirtschaftlichen Ordnung vor allem auf die Unternehmen selbst ankomme, die Eigenkapitalschwäche zu überwinden. Dabei aber wolle der Staat mit einer Verbesserung der Rahmenbedingungen helfen. Als ersten Schritt in diese Richtung betrachtet Häfele die Sanierungsbemühungen der Bundesregierung, die die notwendige Senkung der Staatsquote gewährleiste und damit den Anteil der privaten Verfügbarkeit am Sozialprodukt erhöhe, die Herabsetzung der Steuern auf Betriebsvermögen und die Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen.

VEREINIGTE STAATEN / Wettbewerb um den Sparer hält die Zinsen hoch

Kaffee und Kuchen für den Kunden

H.-A. SIEBERT, Washington

Zwei Gründe sind es, die Amerikas Zinsen hochhalten: die Rekordhaushaltsdefizite des Bundes und die Explosion der Refinanzierungskosten der Banken – ausgelöst durch die fortschreitende Deregulierung der Habenzinsen.

In Kraft getreten ist jetzt in den USA ein Gesetz, das den Banken und Sparkassen erlaubt, für sogenannte „Consumer Certificates of Deposit", was sich am besten mit „Einlagen-Zertifikate" oder „Termingeldpapiere" übersetzen läßt, Zinsen nach eigenem Ermessen zu zahlen.

Vor allem in New York, dem wichtigsten Bankplatz in den Vereinigten Staaten, hat ein erbarmungsloses Wettrennen um die Kunden begonnen. Unter der Schlagzeile „Das neue Zeitalter der CDs" offerierte die Citibank 10,5 Prozent per annum für sechsmonatige 500-Dollar-Einlagen, das Minimum. Daraufhin erhöhte die Chase Manhattan ihr Angebot auf elf Prozent. Wer die Schalterhalle betritt, erhält Kaffee und Kuchen, einen Zehn-Dollar-Schein oder nimmt an einer Verlosung teil.

Die Änderungen, die im Juni vom Kongreß in Washington angeordnet worden sind, stellen einen Höhepunkt in der vor drei Jahren begonnenen US-Bankenreform dar. Das Gesetz gestattet dem Verbraucher die Wahl der Anlagefrist zwischen 32 Tagen und zweieinhalb Jahren (längere Laufzeiten unterliegen schon seit längerem keinen Beschränkungen mehr).

Erst Mitte Dezember gab die US-Regierung den Banken und Sparkassen grünes Licht für die Ausgabe von Geldmarktpapieren, den sogenannten „Money-Market-Accounts". Schon sie brachten eine Revolution im Verbraucherbanking: Bei einer Mindesteinlage von 2500 Dollar wurden die Zinslimits aufgehoben. Zunächst boten die Institute Zinsen bis zu 20 Prozent an, am letzten Mittwoch betrug der Durchschnittssatz 8,62 Prozent. Der Zins für die neuen CDs richtet sich nach Einlage und Laufzeit.

In die „Money-Market-Accounts" sind 365,7 Milliarden Dollar geflossen. Fachleute in den USA gehen davon aus, daß nun bei den Bankkonten eine Umschichtung eintritt, und zwar von den Sparbüchern hin zum Termingeld. Das heißt, daß die Banken und Sparkassen künftig kaum noch über relativ billiges Spargeld als Refinanzierungsquelle verfügen. Die Deregulierung geht aber noch weiter: Am 1. Januar werden die Mindesteinlagen für „Super Now" und „Money-Markets-Accounts" von 2500 auf 1000 Dollar herabgesetzt; 1986 verschwinden sie ganz. Erleichtert wird zudem das sogenannte Pensionssparen durch niedrigere Steuern bei Fälligkeit. Washington überwacht auf der Habenzinsseite praktisch nur noch die Sparbuchzinsen.

FRANKREICH

Citroën reduziert Lohnerhöhung

J. Sch. **Paris**

Jacques Calvet, der neue Präsident der zum Peugeot-Konzern gehörenden französischen Automobilgesellschaft Citroën, zeigt in seiner Sanierungsaufgabe Mut. Kurz nach seinem Amtsantritt ließ er der Belegschaft mitteilen, daß er das von der Verwaltung Anfang dieses Jahres gegebene Versprechen zur Lohnerhöhung wegen der unerwartet verschlechterten Ertragslage nicht voll einhalten könne. Statt um 1,5 Prozent zum 1. Oktober und um 2,3 Prozent zum 1. Dezember würden die Löhne nur um jeweils ein Prozent aufgebessert.

Der Lohnanstieg bei Citroën erreichte danach für 1983 lediglich 5,5 Prozent. Unter Berücksichtigung des Lohnausgleichs für die Arbeitszeitverkürzungen wären es sieben Prozent, teilt die Verwaltung mit.

Die Gewerkschaften, mit der bei Citroën führenden kommunistischen CGT an der Spitze, haben bereits heftig gegen die Entscheidung protestiert, aber bisher noch keine Streiks oder andere Kampfmaßnahmen beschlossen. Die Ertragsverschlechterung bei Citroën ist nicht zuletzt auf längere Streiks in dem Werk von Aulny bei Paris zurückzuführen.

Möglicherweise will Calvet der Belegschaft die geringere Lohnerhöhung mit einer Reduzierung der vorgesehenen Entlassungen schmackhaft machen.

EG / Hilfe für zurückgebliebene Regionen

Italien Hauptempfänger

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Die EG hilft ihren zurückgebliebenen Regionen mit immer größeren Kapitaltransfers. Dies zeigt der jüngste Jahresbericht der Brüsseler Kommission über die Anleihe- und Darlehenstätigkeit der Zehnergemeinschaft.

Die verschiedenen Finanzierungsinstrumente (Europäische Investitionsbank, „Neues Gemeinschaftsinstrument", Montan-Union und Euratom) vergaben danach 1982 zusammen Darlehen von 5,27 Milliarden Ecu (rund 12,13 Milliarden Mark). Verglichen mit dem Vorjahr (4,11 Milliarden Ecu) betrug die Zunahme damit rund 28 Prozent.

Der Bericht beginnt mit einer Beschreibung des allgemeinen Investitionsklimas in der Gemeinschaft, das – vor allem als Folge der hohen Zinssätze – nach wie vor schlecht war. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt sind die Investitionen im EG-Durchschnitt seit Anfang der siebziger Jahre tendenziell ständig zurückgegangen. 1982 machte nur Großbritannien (plus 1,1 Prozent) eine Ausnahme von dieser Regel. In den übrigen Mitgliedsstaaten nahmen die Investitionen jeweils zwischen ein Prozent in Dänemark und 6,3 Prozent in der Bundesrepublik ab.

Die Darlehensinstrumente der Gemeinschaft haben traditionell die Funktion, zur Erschließung der Infrastruktur in den benachteiligten Gebieten beizutragen. Seit der Energiekrise hilft die EG zunehmend auch bei der Umstellung von Erdöl auf andere Energiequellen. Zugenommen haben im vergangenen Jahr auch die Darlehen für industrielle Vorhaben. Sie haben sich von 19 auf 32 Prozent der Gesamtdarlehen erhöht.

Unter den Empfängerländern standen auch im vergangenen Jahr Italien, Großbritannien, Irland und Griechenland an der Spitze. Italien allein erhielt rund 40 Prozent aller Kredite. Deutlich mehr als in der Vergangenheit machte allerdings auch Frankreich von den Darlehensfazilitäten der EG Gebrauch. Der deutsche Anteil blieb bei 3,9 Prozent (verglichen mit 9,3 Prozent 1982).

Bei weitem das wichtigste Finanzierungsinstrument blieb die Europäische Investitionsbank (EIB). Sie vergab 1982 rund 3,86 Milliarden Ecu (1 Ecu = 2,30 Mark), davon mit 3,45 Milliarden Ecu den größten Anteil für Projekte innerhalb der Gemeinschaft. Auch das zusammen mit der Kommission verwaltete Neue Gemeinschaftsinstrument (NGI) brachte es im vergangenen Jahr bereits auf unterzeichnete Gesamtdarlehen von 791 Millionen Ecu. Dagegen stiegen die Ausleihungen der Kohle- und Stahlgemeinschaft gegenüber dem Vorjahr von 387,6 auf 740,6 Milliarden Ecu an. Die Euratom-Gemeinschaft finanzierte 12 Darlehen im Gesamtbetrag von 361,8 Millionen Ecu.

MIKRO-ELEKTRONIK

Kongreß in Tokio

dpa/VWD, **Tokio**

Führende Vertreter des Internationalen Verbandes der Metallarbeitergewerkschaften (IMF) aus 30 Industrie- und Entwicklungsländern haben sich in Tokio zu ihrer vierten Konferenz über die Lage der Elektro- und Elektronikindustrie versammelt. Unter dem Thema „Die Explosion der modernen Technologie" wollen die 200 Gewerkschafter, darunter drei Delegierte der IG Metall, drei Tage lang über die Auswirkungen von Mikroelektronik und Automation auf den Arbeitsmarkt sowie über die Folgen des verschärften internationalen Wettbewerbs der Produzentenländer auf den Handel beraten.

Nach einem Bericht, den das Genfer IMF-Generalsekretariat in Tokio vorlegte, hat die Elektro- und Elektronikindustrie seit Beginn der 80er Jahre nicht nur ihre vormals beschäftigungsstimulierende Wirkung verloren, sondern produziere infolge zunehmender Automatisierung der Fertigung immer mehr Produkte mit immer weniger Arbeitern. Opfer dieser Entwicklung seien vor allem weibliche Arbeitskräfte sowie Facharbeiter. Obwohl der IMF über keine Gesamtprognosen für die Arbeitsmarktentwicklung verfügt, weist der Bericht darauf hin, daß in dem beim Einsatz von Mikroelektronik und Robotern am weitesten fortgeschrittenen Japan bis 1985 voraussichtlich zwischen 210 000 und 480 000 Arbeitsplätze verloren gehen.

KABELPILOT-PROJEKT / Zweifel an Wirtschaftlichkeit

Zahl der Nutzer ungewiß

GISELA REINERS, **Bonn**

Der SPD-Obmann im Postausschuß des Bundestages, Peter Paterna, übt Kritik an der mangelnden Wirtschaftlichkeit von Kabelpilotprojekten, wie sie zur Zeit in Berlin, Dortmund, München und Ludwigshafen betrieben werden. Er wirft Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) vor, allein in Ludwigshafen 120 Millionen Mark „in den Sand zu setzen". Das Postministerium bestätigt: „Die Investitionen bekommen wir nicht wieder rein."

Paterna, dessen Partei der Medienpolitik der Koalition aus CDU/CSU und FDP kritisch gegenübersteht, macht folgende Rechnung auf, die im wesentlichen vom Postministerium nicht bestritten wird: Beim Pilotprojekt in Ludwigshafen werden 150 000 Haushalte für rund 100 Millionen Mark verkabelt. Mindestbedingungen für den Versuch sind 30 000 Anschlüsse. Schnell Entschlossene zahlen den Vorzugspreis für die einmalige Anschlußgebühr von 125 Mark (nach drei Monaten: 250 Mark), insgesamt 3,75 Millionen. Bleibt ein Rest von 96,25 Millionen.

Der Kapitaldienst beträgt nach Paternas Rechnung bei mindestens sieben Prozent Zinsen knapp sieben Millionen jährlich. Weitere Einnahmen sind die sechs Mark monatliche Gebühr. Das macht bei 30 000 Nutzern 2,16 Millionen Mark. Das bedeute, daß die Jahreseinnahme nicht reicht, um die Zinsen zu zahlen, geschweige denn mit der Tilgung zu beginnen.

Auch bei einer Alternativ-Rechnung mit einer Anschlußdichte von 30 oder sogar 50 Prozent (statt 20) bleiben mehr als 90 Millionen Defizit, und die laufenden Einnahmen dekken die Schuldzinsen noch immer nicht. Hinzu komme, so Paterna, ein weiterer „dicker Brocken". Die Post muß 10 000 Kunden einen 2500 Mark teuren Converter zur Verfügung stellen für eine einmalige Gebühr von 200 Mark.

Das Ministerium „hofft" dennoch, daß sich das Netz, das ja die Versuchsphase von etwa drei Jahren überdauert, sich in acht Jahren selbst tragen wird. Doch über die Akzeptanz zu dann spürbar erhöhten Gebühren wagt man keine Prognose. Ist die Versuchsphase vorbei, so gelten die „Subskriptionsvorteile" nicht mehr. Die einmalige Anschlußgebühr steigt bis 1985 sogar auf 500 Mark. Die monatlichen Gebühren sollen sechs oder neun Mark betragen, je nachdem, ob auch Satellitenprogramme empfangen werden sollen.

Umfragen haben jedoch ergeben, daß die Kunden insgesamt nur 500 Mark für den Kabelanschluß zahlen wollen. Zu den Postgebühren kommen aber noch Forderungen der Träger des Ludwigshafener Projekts. Die Zahl der Nutzer ist also unvorhersehbar.

BAYER. VEREINSBANK

Ertragslage blieb unverändert gut

sz. **München**

Die gute Ertragsentwicklung der Bayerischen Vereinsbank AG (BV), München, hat auch im weiteren Verlauf des Jahres 1983 angehalten, nachdem für das erste Halbjahr das Teilbetriebsergebnis – verglichen mit der Hälfte des gesamten Vorjahres um 25,3 Prozent auf rund 335 Mill. DM verbessert werden konnte. Vorstandssprecher Maximilian Hackl schränkte jedoch ein, daß sich die Tendenz leicht abgeschwächt habe, da die jüngste Anhebung des Lombardsatzes durch die Deutsche Bundesbank die Zinsspanne verengt habe. Eine Prognose zur Dividende wollte er zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeben, zumal auch im Jahresabschluß 1983 wieder den gewachsenen Risiken im internationalen Kreditgeschäft Rechnung getragen werden müsse.

Als zu positiv bewertete Hackl das zuletzt von der Bundesbank gezeichnete Konjunkturbild. Aus Sicht der BV könne aufgrund der Entwicklung des kurz- und mittelfristigen Kreditgeschäfts kaum von einer Investitionswelle oder gar einer Überhitzung des Kreditbedarfs gesprochen werden. Und im langfristigen Bereich flössen die Gelder überwiegend nur in den Wohnungsbau. In der weiteren Zinsentwicklung sieht Hackl kaum Bewegungsspielraum. Bis zum Jahresende könne allenfalls mit einem Rückgang um ein paar Zehntel-Prozentpunkte gerechnet werden.

هكذا من الأهل

BARMENIA / Mehr zurück erhalten als einbezahlt

Wieder Barausschüttung

HARALD POSNY, Düsseldorf

Als wohl einzigem jedermann zugänglichen privaten Krankenversicherer ist 1982 der Barmenia Krankenversicherung aG, Wuppertal, das kleine „Kunststück" gelungen, den Versicherten aus eingereichten Rechnungen und Beitragsrückerstattungen mehr auszuzahlen, als diese an Beiträgen eingezahlt hatten. Die Leistungsquote erreichte 101,4 (99,3) Prozent der Prämien.

Deutlich über der Steigerung für Leistungsaufwendungen liegende Beitragszuwächse und eine von Jahr zu Jahr sinkende Kostenquote machten dies möglich, obwohl der Steueraufwand höher als 1981 war. Da läßt es sich für dieses Mal vielleicht verschmerzen, daß die Steigerung der Beitragseinnahmen vorwiegend auf Tarifsanierungsmaßnahmen und nicht auf einen Zugewinn an Tarifversicherten zurückzuführen war.

Der Bruttoüberschuß des Geschäftsjahres erhöhte sich von 45,1 auf 71,3 Mill. DM, dessen bedeutsamste Quelle neben dem besseren Risikoergebnis die kräftig sprudelnden Kapitalerträge waren: 94,4 Prozent des Überschusses flossen in die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung mit einer seit Jahren nicht mehr gekannten Steigerungsrate. Aus der Rückstellung selbst sind 1982 rund 26 (37) Mill. DM zur Milderung von Beitragssteigerungen entnommen worden. Darüber hinaus hat die Mitgliedervertretung beschlossen, für 1983 neben dieser Verwendung von Rückstellungsmitteln mit weiteren 17 Mill. DM an die Versicherten einen Monatsbeitrag bei Leistungsfreiheit auszuschütten. Dies wird ebenfalls für 1984, hier auch für die stationäre Zusatzversicherung, garantiert.

Einem deutlich gestiegenen Bruttoüberschuß von 68 (58) Mill. DM, das sind 43 Prozent der Beiträge, stand 1982 bei der Barmenia Lebensversicherung AG ein gebremstes Beitrags- und Bestandswachstum gegenüber. Die Beiträge wuchsen nur um 3,9 (6) *Prozent auf 159 Mill. DM, der Bestand* nur um 3,8 (6) Prozent auf 4,2 Mrd. DM Versicherungssumme. Das Neugeschäft (427 Mill. DM) lag mit einem Minus von 8,8 Prozent unter dem branchentypischen Rückgang. Bei den um 10 (12) Prozent gestiegenen Kapitalanlagen glänzen die Erträge mit 103 (90) Mill. DM. Das entspricht einer Steigerung um 14,6 Prozent bei einer Durchschnittsverzinsung von knapp 8 (7,7) Prozent. Der Rohüberschuß geht zu 99,3 Prozent in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung.

Im 1. Halbjahr 1983 hat sich beim Krankenversicherer die Beitragseinnahme vm 8,2 Prozent bei gleichzeitiger Entlastung auf der Leistungsseite erhöht. *Die Lebensversicherung* stellt eine überdurchschnittliche Belebung des Neugeschäfts fest. Die Beitragseinnahmen wuchsen um 3,7 Prozent.

Barmenia-Kranken	1982	+/-%
Beiträge (Mill. DM)	492	+ 6,4
Aufw. f. Vers.-Fälle	396	+ 2,6
Versich.-Leistung[1]	499	+ 8,6
Aufwendungen für Beitr.-Rückerst.	68	+ 59,1
Rückstellungen f. Beitr.-Rückerst.	116	+ 55,5
Kapitalanlagen[2]	1127	+ 9,4
Kapitalerträge[3]	80	+ 10,2

In % d. Beiträge	1982	1981	1980
Schadenquote[4]	80,6	83,6	83,5
Leistungsquote[5]	101,4	89,3	96,1
Kostenquote[6]	12,2	13,1	14,0
Überschußquote[7]	14,5	9,7	5,4

[1] Aufw. f. Vers.-Fälle, Beitr.-Rückerst. sowie Veränd. d. Deckungs- u. Stornorückstellung; [2] oh. Depotford.; [3] netto; Durchschnittsrendite: 7,6 (7,4) Prozent; [4] Aufw. f. Vers.-Fälle u. erfolgsunabh. Beitr.-Rückerst.; [5] Vers.-Leistung; [6] Abschluß- u. Verw.-Kosten; [7] Bruttoüberschuß.

HOECHST / Gewinnsteigerung durch Kostendegression – Kunststoff-Nachfrage belebt

Jede vierte Mark für Pharma-Sparte

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Noch hält Rolf Sammet, Vorstandsvorsitzender der Hoechst AG, Frankfurt, sich mit Prognosen zur Ertragsentwicklung *(und zur Dividende)* zurück. Doch es scheint, daß die Aktionäre auf eine Besserung ihrer 1982er Krisenausschüttung von 5,50 (7) DM je 50-DM-Aktie hoffen dürfen. Denn immerhin sei das dritte Quartal eine „vernünftige Weiterentwicklung des ersten Halbjahrs" gewesen, in dem Hoechst den Gewinn vor Steuern weltweit um beachtliche 44 Prozent auf 804 Mill. DM gesteigert hatte.

Der Ertragssprung des vierten Quartals müßte sogar noch etwas größer ausfallen – vor allem wegen der wahrhaft miserablen Vorjahresbasis. Wichtigste Grundlage der Gewinnsteigerung ist laut Sammet die Kostendegression im Gefolge der mit der Nachfrage gestiegenen Absatzmengen. Die übrigen Faktoren – Kostenzuwachs und Einsparungen, Erlöseinbußen und niedrigere Rohstoffpreise – haben sich nahezu im Gleichgewicht gehalten.

Entlastung bringt nicht zuletzt auch die Entwicklung im Kunststoffbereich. Eine Belebung der weltweiten Nachfrage und ein nachlassender Druck der japanischen und amerikanischen Konkurrenz hat hier für eine *deutliche Verbesserung der Kapazitätsauslastung* gesorgt. Bei einigen Produkten waren sogar Preiserhöhungen in bescheidenem Umfang möglich. Für das Gesamtjahr rechnet Sammet damit, die Kunststoffverluste (1982: 320 Mill. DM) wenigstens halbieren zu können.

Die Umsatzkurven werden nicht ganz so beeindruckend verlaufen wie die Ertragsentwicklung. Nachdem das erste Halbjahr 1983 gegenüber der noch nicht ganz schlechten Vorjahresperiode nur ein Plus von 1,2 Prozent auf 18 Mrd. DM gebracht hat, soll der Weltumsatz in der zweiten Halbzeit um acht Prozent wachsen, allerdings auf der bekannt traurigen Vorjahresbasis. Für das Gesamtjahr hat sich der Chemiekonzern auf ein Volumen von 36,5 Milliarden Mark eingestellt, immerhin 4,5 Prozent mehr als 1982. Die AG allein soll auf eine Zunahme von drei Prozent auf 12,8 Mrd. DM kommen, wesentlich bedingt durch das Inlandsgeschäft, das mit einem Plus von fünf Prozent veranschlagt wird.

Trotz der Belebungssignale disponieren die Hoechster noch vorsichtig. *Bis Ende August wurde die Belegschaft* des Inlandskonzerns (Ende 1982: 86 150) um 1080 Beschäftigte reduziert.

Auch bei der Genehmigung neuer Investitionsprojekte hat sich der Vorstand in diesem Jahr noch zurückgehalten. Nachdem die Sachanlagenzugänge 1983 insgesamt bei etwa 1,9 Mrd. DM – davon 1,15 Mrd. DM zum Inland und 750 Mill. DM im Ausland – liegen werden, steht für 1984 nur ein Volumen von 1,7 Mrd. DM an. Davon werden eine knappe Milliarde aufs Inland und 0,7 Mrd. DM aufs Ausland entfallen. „Stärker als jemals zuvor" soll der Schwerpunkt auf dem Pharma-Bereich liegen: Einschließlich der französischen Beteiligung Roussel-Uclaf soll er ein rundes Viertel des Gesamtvolumens erhalten. Dabei geht es um eine „Vielzahl von Kapazitätserweiterungen und neuen Produktionsanlagen". Begründung: „Pharma wächst schneller als alle anderen Bereiche."

HIRSCHMANN / Impulse durch neue Techniken

Antennen sind Umsatzträger

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Einführung neuer Kommunikationstechniken sowie der positive Trend in der Unterhaltungselektronik und im Automobilbau betrachtet die Hirschmann-Firmengruppe, Esslingen, als Chance, auch im laufenden Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) den Umsatz real um einige Punkte steigern zu können. Aus diesem Grunde habe das Unternehmen seine Entwicklungsaktivitäten erheblich verstärkt. Dies beziehe sich, wie mitgeteilt wird, sowohl auf die Verbesserung der Empfangstechnik im Auto und im Haus wie auch auf die Kabeltechnik, den Satellitenempfang und die optische Übertragungstechnik. So sei Hirschmann beispielsweise am Versuchsprojekt Mannheim/Ludwigshafen mit umfangreichen Zulieferungen beteiligt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 1982/83 hat die Firmengruppe den konsolidierten Umsatz um knapp 7 Prozent auf 310 Mill. DM gesteigert. Das Wachstum kam ausschließlich aus dem Inlandsgeschäft, während der Export stagnierte. Der Umsatzanteil des Auslandsgeschäfts verringerte sich leicht auf 36 (37) Prozent.

Der Löwenanteil des Umsatzes wurde wiederum in der Sparte der Empfangsantennen erzielt, wobei das Unternehmen seine führende Marktstellung in der Sparte der Autoantennen behaupten konnte. Das bundesdeutsche Marktvolumen bei Autoantennen einschließlich Sprechfunkantennen wird mit über 250 Mill. DM veranschlagt.

Wesentliche Umsatzimpulse brachte auch der Vertrieb von Gemeinschaftsantennen-Anlagen sowie die Zusammenarbeit mit der Bundespost auf dem Gebiet der Kabelanlagen. Dagegen gab es bei Fernseheinzelantennen aufgrund der hohen Marktsättigung keine Steigerung mehr. Bei Steckverbindern und Meldeanlagen habe Hirschmann seine Marktposition ausgebaut. Aufgrund verbesserter Kapazitätsauslastung und *geringerer Zinsbelastung sei ein höheres* Ergebnis erzielt worden. Investiert wurden wiederum 12 Mill. DM. Das Unternehmen, das im Ausland über Produktionsstätten in Österreich, Spanien und Südafrika verfügt, beschäftigt 3000 Mitarbeiter.

SCHMÖLE METALLWERKE / Investitionen für breitere Produktpalette

Deutliche Signale für Aufschwung

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Um stolze 17 Prozent auf 107 Mill. DM hat die R. & G. Schmöle Metallwerke GmbH & Co. KG, Menden/Sauerland, in den ersten fünf Monaten von 1983/84 (31. 3.) den Umsatz gesteigert, *zu mehr als zwei Dritteln* dieser Plusrate aus größeren Absatzmengen. Der Auftragseingang wuchs in dieser Zeit sogar um reichlich die Hälfte auf 128 Mill. DM. Das 130 Jahre alte Familienunternehmen, das in der Halbzeugproduktion aus Kupfer und Kupferlegierungen zur deutschen Branchenspitze gehört, sieht in dieser nach etlichen Hungerjahren eingetretenen Belebung keine Eintagsfliege.

Seit eh und je habe sich die Halbzeugerzeugung aus NE-Metallen auch als „Konjunkturindikator" erwiesen, heißt es hoffnungsvoll in Menden. Gutes spüre man da nun aus Konsumgüterindustrie und Bauwirtschaft. „Es geht nun doch deutlich nach vorn." Die Abnehmer aus der Investitionsgüterindustrie freilich (vor allem Maschinenbau) seien noch konjunkturlahm. Belebe sich auch noch dieser Bereich, so werde 1983 *auf jeden Fall „ein gutes Jahr". Und* dies mit der Hoffnung, daß bessere Kapazitätsauslastung der nationalen wie internationalen Halbzeug-Produzenten auch die bislang „unzureichende" Erholung der eigenen Preise beflügele.

Immerhin konnte Schmöle den (verschwiegenen) Ertrag nach deutlichem Vorjahresverlust schon 1982/83 wieder ins Positive umdrehen. Bei 231 (229) Mill. DM Umsatz mit wiederum 26 Prozent Exportanteil blieb der Aufwand für die 1793 (1861) Beschäftigten mit 85,1 Mill. DM konstant. Indiz der dabei erzielten Ertragsbesserung: Der Sammelposten „Gesellschaftskapital und Rücklagen", im Vorjahr um 5 Mill. DM dezimiert, erhöhte sich nun wieder auf 46,5 (46) Mill. DM.

Mit antizyklischem Investitionsmut leistete sich die Firma einen nochmals stattlichen Anstieg der Sachanlagenzugänge auf 22,9 (10,9) Mill. DM. Das damit auf 79 (65,6) Mill. DM erhöhte Anlagevermögen blieb immer noch zu 61 (71) Prozent durch Eigenkapital gedeckt und mit abermals 148 Prozent durch langfristiges Kapital überdeckt.

Der Investitionsstoß diente der Erweiterung der Produktpalette teils im Halbzeugbereich und teils bei den Fertigprodukten. Die Modernisierung und Erweiterung der gesamten Rohrfertigung wird mit der Hoffnung verbunden, in diesem Bereich in den nächsten Jahren „bei entsprechender Konjunktur" etwa 60 neue Arbeitsplätze zu schaffen.

ZUCKERABKOMMEN / Kernproblem:

Ausgleichslager oder Quoten?

IRENE ZÜCKER, Genf

Ohne greifbaren Erfolg in Richtung eines neuen Weltzuckerabkommens endete am vergangenen Freitag die dreiwöchige zweite Verhandlungsrunde der internationalen Zucker*konferenz in Genf mit* 82 Teilnehmerstaaten.

Die Konferenz hinterläßt vier zentrale Problemkreise ungelöst: Kernpunkt der Meinungsunterschiede ist die Wahl des Marktinterventionssystems (Lagerhaltung oder Exportquoten), mit dem die weltweite Zuckerüberproduktion geregelt werden soll. Die EG will, daß die Hauptexportländer dem Markt fünf bis sechs Millionen Tonnen entziehen, die nur zu vereinbarten Preisen abgesetzt werden dürften. Die anderen neun Hauptexportländer wollen die Überproduktion nur dann vom Markt nehmen, wenn die Preise unter die vertragliche Bandbreite fallen.

In der Auseinandersetzung um die Exportanteile will die EG von der Exportverfügbarkeit ausgehen, d. h. wer mehr produziert, darf mehr exportieren, während der australische Vorschlag auf der Marktnachfrage basiert. Ein dritter Problemkreis sind die Sondervereinbarungen, wie die kubanischen Zuckerlieferungen an die Sowjetunion. Die EG wünscht Transparenz über Exportmenge und Preisberechnung.

Die vierte Schwierigkeit liegt in der Ablehnung der wichtigsten Importländer, wie den USA und den Sowjets, die die marktstabilisierenden Überschußlager nicht mitfinanzieren wollen. Ein kleiner Kreis der Konferenzteilnehmer wird sich vom 7. bis 11. November in London zur Vorbereitung der dritten Verhandlungsrunde (vom 6. bis 24. Februar 1984) treffen. Der bisherige Vertrag läuft Ende 1984 aus.

Höhenflug bei Audi ist ungebrochen

DANKWARD SEITZ, Ingolstadt

Einen deutlichen Aufschwung wird das Geschäftsjahr 1983 der Audi NSU Auto Union AG, Ingolstadt/Neckarsulm, bringen. Vorstandsvorsitzender Wolfgang R. Habbel erwartet, wie er vor Münchner Wirtschaftsjournalisten mitteilte, eine Produktionssteigerung auf 390 000 (325 000) Fahrzeuge und einen Umsatz von über 7,5 (6,1) Mrd. DM [illegible] sich auch die „gute" Ertragslage entwickeln. [illegible] abführung an das Volkswagenwerk AG und vor Veränderung der Rücklagen ein Jahresergebnis von 118 Mill. DM erzielt.

Getragen wird diese Entwicklung, so Habbel, vom Inlandsmarkt, obwohl auch der Gesamtexport um rund 10 Prozent auf über 50 Prozent steigen dürfte. „Sehr positiv" habe sich der US-Markt im Bereich der großen Modelle entwickelt. Rund 58 000 Autos sollen hier 1983 abgesetzt werden. Die gesamte Tagesproduktion in Ingolstadt und Neckarsulm beträgt derzeit rund 1790 Einheiten, wobei trotz der Neueinstellung von 1600 Mitarbeitern Sonderschichten gefahren werden müssen. Sehr gut angekommen sei der neue „Audi 200", dessen Fertigung von zur Zeit 80 auf 120 Stück pro Tag angehoben werden soll.

Als Basis für diesen Erfolg bewertet Habbel die Investitionen in den letzten drei Jahren in Höhe von fast 3 Mrd. DM, wovon allein rund 60 Prozent in neue Maschinen und Fabrikanlagen geflossen seien. 130 Industrieroboter arbeiten in Ingolstadt, einem Werk von jetzt höchstem internationalen Standard.

Zur Frage der Abgasvorschriften meinte Habbel, daß Bonn endlich die Zielwerte vorgeben, den Fachleuten dann aber die Verfahrensauswahl überlassen sollte. Alle Beteiligten seien sich über die Notwendigkeit einer Abgasreduzierung bewußt, dies dürfe aber auch nicht zu einer Schädigung der Pkw-Industrie führen.

Starthilfe für junge Unternehmen

DANKWARD SEITZ, München

Zur Förderung von innovativen und technologisch orientierten Unternehmen in ihrer Gründungs- und Aufbauphase ist in München unter Mitwirkung der Siemens AG eine Venture Capital Gesellschaft gegründet worden. Für einen ersten Investitionspool soll die „Techno Venture Management Gesellschaft" mit einem Kapital von 130 Mill. DM ausgestattet werden. Zur Erleichterung eines internationalen Technologietransfers ist nach Angaben von Siemens vorgesehen, einen Teil des Kapitals in den USA und Japan zu investieren.

Zu den Aufgaben der Techno Venture gehören außer der aktiven Suche nach Beteiligungsgesellschaften – grundsätzlich sind nur Minderheitsbeteiligungen vorgesehen – die laufende Betreuung im Finanz- und Rechnungswesen sowie beim Aufbau eines internationalen Vertriebsnetzes. Daneben soll beispielsweise durch Joint-Venture-Vereinbarungen und Lizenzverträge jungen *deutschen Unternehmen* der Zugang zum Weltmarkt erleichtert werden.

Anlageziel ist es, die Beteiligungen fünf bis zehn Jahre zu entwickeln und dann durch den Gang an die Börse oder einen Verkauf gemeinsam mit dem Unternehmen den Wertzuwachs zu realisieren. Anlageschwerpunkte sollen unter anderem die Bereiche Kommunikationstechnik, elektronische Bauelemente, Prüf-, Meß-, Daten- und medizinische Technik sein.

Erste Beteiligungen im Gesamtwert von rund 15 Mill. DM hat Techno Venture bereits erworben. Gegründet wurde die Gesellschaft von der Venture Capital Beteiligungsgesellschaft der Siemens AG, der Matuschka Gruppe TRV München, der T. A. Associates, Boston/USA, die jeweils mit 25 Prozent beteiligt sind, sowie der Advent Management, London, die 5 Prozent hält. 20 Prozent der Anteile sind für die Geschäftsführung der Techno Venture vorgesehen.

NAMEN

Dr. **Günther Becher** (58), Vorstandsmitglied der Deutschen Lufthansa, wurde für die 8. Wahlperiode in den Aufsichtsrat der Deutschen Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH (DEG), Köln, berufen.

Prof. Dr. **Johannes Feske**, ehemaliger Generalbevollmächtigter der Deutschen Bank AG und Vorstandsmitglied der Deutschen Überseeischen Bank, vollendet heute das 80. Lebensjahr.

Hans C. W. Hartmuth, Präsidiumsmitglied von Gesamtmetall und der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, ist im Alter von 75 Jahren in Kaiserslautern gestorben.

Dr. **Albrecht von Kienlin** scheidet zum 30. September aus dem Vorstand der Metallgesellschaft AG, Frankfurt, aus. Er wird weiterhin sein Amt als offizieller Repräsentant der Metallgesellschaft in Bonn und Brüssel ausüben.

Dr. **Albrecht Leuschner**, bisher Geschäftsführer bei der Alfred Teves GmbH, ist per 1. Oktober 1983 zum Vorstandsvorsitzenden der CEAG-Industrie-Aktien und Anlagen AG bestellt worden. Zum 1. Januar 1984 übernimmt er in Personalunion auch den Vorsitz der Geschäftsführung bei der Deta Akkumulatorenwerk GmbH, Bad Lauterberg. Deta-Geschäftsführer **Ludwig Meyer** wurde zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der CEAG für das Ressort Finanzen berufen. Die Vorstandsmitglieder Dr. **Bernd Kalthegener** und Dr. **Hans-Henrich Stiehl** haben ihre Vorstandsmandate bei den Unternehmen niedergelegt.

MARTIN BRINKMANN AG / Verluste durch Preiskampf bei Zigaretten

Holding legt Konsolidierungsjahr ein

th. Berlin

Die Turbulenzen am Tabakwarenmarkt, ausgelöst durch die Tabaksteuererhöhung Mitte 1982, haben sich *zwar* ein wenig beruhigt, doch der Markt um den „blauen Dunst" bleibt weiter hart umkämpft. Das Vordringen der „namenlosen" Zigaretten sowie die Einführung der ersten verbilligten Industrie-Marken Anfang dieses Jahres haben zu einem Preiskampf geführt, der nach Ansicht der Martin Brinkmann AG, Bremen, sehr schnell die Züge des Verdrängungswettbewerbs annahm. Die Auseinandersetzungen am Markt sowohl bei Zigaretten als auch bei Feinschnitt-Tabak werden nach Angaben von Sprechern des Bremer Unternehmens im laufenden Geschäftsjahr bei Brinkmann zu Verlusten führen.

Bei einem Rückgang des Gesamtmarktes der fabrikgefertigten Zigaretten um 14,9 Prozent (nach der Steuererhöhung) konnten die Bremer ihre dritte Position nur knapp behaupten. Im Feinschnittmarkt, der insgesamt um etwa 64 Prozent zunahm, konnte Brinkmann die führende Position halten. Seit dem Frühjahr zeichnet sich nach diesen Angaben eine Rückwanderung zur Fabrikzigarette ab.

Negativ entwickelt hat sich weiterhin der für das Unternehmen wichtige Leichtmarkt, dessen Anteil am Gesamtmarkt von 24,3 Prozent in 1979/80 schon auf 23,3 Prozent in 1981/82 zurückgegangen war. Nach der Steuererhöhung sank dieser Anteil auf 20,3 Prozent. Davon war die Marke „Lord Extra" – in diesem Segment führend – entsprechend betroffen. Der Brinkmann-Marktanteil ging dadurch auf 14,1 (Vorjahr: 16,4) Prozent zurück.

Insgesamt verkaufte das Unternehmen im Inland 15 300 Mill. Zigaretten nach 21 040 Mill. im Vorjahr. Im Ausland wurden 6500 Mill. Stück verkauft, vor allem durch einen starken Anstieg in den Benelux-Ländern. Kräftig zugenommen hat der Verkauf von Feinschnitt, nämlich auf 5785 (4115) Tonnen. Trotz dieses Zuwachses um 40,6 Prozent ging der Brinkmann-Marktanteil auf 28,8 (33,5) Prozent zurück. Diesen Verlust begründet das Unternehmen mit dem Eindringen von allen Wettbewerbern in den Markt. Beim Pfeifentabak wurde mit 255,3 (252,3) Tonnen erstmals seit 1972 ein Absatzzuwachs erzielt.

Der Umsatz (einschließlich Tabaksteuer) beträgt 1982/83 (31. 3.) 2,713 (2,703) Mrd. DM. Für das Berichtsjahr wird kein Überschuß ausgewiesen nach 16,4 Mill. DM im Vorjahr.

Die Herabsetzung des Grundkapitals von 200 Mill. auf 50 Mill. DM im September 1982 wird damit begründet, daß Diversifikations-Projekte nicht mehr von der Brinkmann AG, sondern der Holding vorgenommen werden. Die 150 Mill. DM sollen auf die Holding übertragen werden.

Bei der Brinkmann Holding GmbH, deren Sitz seit Dezember 1982 Berlin ist, ist der Umsatz im vergangenen Geschäftsjahr auf 7552 (7148) Mill. DM gestiegen. Der Jahresüberschuß nahm allerdings auf 97 (136) Mill. DM ab; nach Abzug der Ergebnisanteile für außenstehende Gesellschafter verbleibt ein Überschuß von 20 Mill. DM im Unternehmen. Die Holding will ein Jahr der Konsolidierung einlegen. lohnende Beteiligungen will man aber im Auge behalten.

Export-Factoring

KHS. – Exportfactoring ist der Kauf von Geldforderungen aus Warenlieferungs- oder Dienstleistungsgeschäften gegen ausländische Abnehmer durch ein Factoringinstitut; eine Spezialität, die nicht von allen Instituten angeboten wird. Jedoch stellen die auf diesem Gebiet tätigen Gesellschaften der deutschen Wirtschaft ihre Dienste für nahezu alle wichtigen Abnehmerländer zur Verfügung.

Im internationalen Handel mehren sich weltweit die Finanzierungsnöte. Das traditionelle Instrumentarium der Geldbeschaffung hat versagt. Banken lehnen die Beleihung von Exportforderungen ab. Auch eine Warenkreditversicherung bringt keine Lösung des Problems. Sie mag das Debitorenrisiko begrenzen, die Finanzierungsfrage löst sie nicht.

In dieser Lage hilft der Einsatz von Exportfactoring weiter. Der Factor kauft die Exportforderungen und zahlt sofort. Hohe Debitorenrisiken und lange Forderungslaufzeiten verlieren ihre Schrecken. Mittel, die sonst in den Außenständen gebunden sind, werden für andere Zwecke frei. Rechtliche und sprachliche Hindernisse, die beispielsweise beim zwangsweisen Einzug von Forderungen auftreten können, bleiben dem Exportfactoring-Kunden erspart.

Das internationale Geschäft wird heute, sieht man von einzelnen unabhängigen Instituten wie Procedo ab, zumeist im Rahmen weltweit tätiger Factoring-Gruppierungen – so Factors Chain International Factor Group und Heller-Gruppe – arbeitsteilig abgewickelt. Ein Beispiel: ein Handelsunternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland verkauft seine Waren bereits seit Jahren nach Italien. Die Finanzierung erfolgte lange Zeit durch Bankkredite. Im weiteren Verlauf stieg der Absatz, auch die Preise zogen an: In dieser Lage reichen die bisher bereitgestellten Bankkredite nicht mehr aus. Daraufhin wird eine deutsche Factoringgesellschaft eingeschaltet, die – nach entsprechender Vorprüfung – die Forderung ankauft und an ihren italienischen Factoringpartner weiterverkauft. Der Italiener übernimmt den Einzug der Forderungen und das Delcredere-Risiko. Der deutsche Exportfactor kann seinem Kunden, dem nach Italien exportierenden Handelsunternehmen aus der Bundesrepublik, die erforderliche Liquidität zur Verfügung stellen.

Wie die Praxis darüber hinaus bestätigt, wird durch den Einsatz von Exportfactoring in vielen Fällen eine bessere Zahlungsmoral beim ausländischen Abnehmer erreicht: Für die Debitoren im Abnehmerland ist es oft eine Existenzfrage, ihren Ruf als seriöse Geschäftspartner am heimischen Markt zu wahren. Dies erklärt, weshalb sie fällige Forderungen eines Gläubigers im eigenen Land – das wäre im vorliegenden Fall der Importfactor (Factor im Abnehmerland) – zumeist eher begleichen.

Der Importfactor verfügt erfahrungsgemäß über eine sichere Kenntnis der Zahlungsusancen und Geschäftspraktiken im Abnehmerland. Er kennt die hier ansässigen Debitoren und ihre Zahlungsverhalten genau. Das sind Vorteile, die insbesondere dem mittelbetrieblichen Newcomer auf fremden Märkten im Exportgeschäft zugute kommen.

Und was kostet das? Die Höhe der Gebühren hängt in erster Linie von der Art des Exportgeschäfts, vom Umsatzvolumen, der durchschnittlichen Rechnungssumme, dem Abnehmer sowie den besonderen Zahlungsbedingungen und Verhältnissen im Importland ab.

DIE BRANCHE / Factors Chain International baut weltweites elektronisches Kommunikationsnetz

Bald noch mehr Angebote auf der Palette

KARL-HEINZ STEFAN, Düsseldorf

Auf einer unlängst in Bremen veranstalteten Vorstandssitzung der Factors Chain International (FCI), Amsterdam, wurde beschlossen, 1. ein elektronisches Kommunikationssystem und 2. ein Cash Management System einzuführen sowie 3. die Angebotspalette weiter auszubauen.

FCI ist eine Vereinigung von derzeit 53 voneinander unabhängigen Factoring-Instituten aus 25 Staaten, deren Gesamtumsatz sich 1982 auf rund 17,1 (i. V. 17,8) Milliarden Dollar belief. Drei Viertel der deutschen Exporte gehen heute in Länder, in denen FCI vertreten ist. Die Gesellschafter der Mitgliedsinstitute sind nahezu ausschließlich Kreditinstitute. In der Bundesrepublik sind dies acht Landesbanken, darunter die gastgebende Bremer Landesbank sowie die Deutsche und die Dresdner Bank.

Der FCI gehören namhafte deutsche Gesellschaften an, so die Deutsche Factoring Bank in Bremen (ein Institut der Sparkassenorganisation), die GEFA Gesellschaft für Absatzfinanzierung mbH in Wuppertal-Elberfeld (Deutsche Bank) sowie die in Düsseldorf beheimatete Diskont und Kredit AG (Dresdner Bank).

FCI vereinigt heute, wie Herman Vertessen, Chairman der Factors Chain International und Managing Director bei Belgo-Factors N.V., sagte, „rund 30 Prozent des gesamten weltweiten Factoringvolumens auf sich und ist mit Abstand die führende internationale Vereinigung von Factoringgesellschaften in der Welt".

Hermann Ehrenberger, Vice Chairman der FCI und Mitglied der Geschäftsleitung der Deutschen Factoring Bank, skizzierte die akuten Akzentverschiebungen im internationalen Handel: Schwellenländer, die in immer stärkerem Maße in den Welthandel eingreifen, Regionen wie Südostasien, die immer mehr an Bedeutung gewinnen, Nordamerika, das sich mitten im Aufbruch zu neuen Export-Ufern befindet.

In den Vereinigten Staaten wurde vor kurzem ein Gesetz geschaffen, das es amerikanischen Banken ermöglicht, Handelsgesellschaften zu gründen, die sowohl den bereits aktiven als auch den potentiellen Exporteuren ein umfangreiches Leistungspaket anbieten. Amerikanische Großbanken haben dieses Vehikel entweder bereits geschaffen oder sie sind dabei, dies zu tun.

Vor dem Hintergrund laufender Veränderungen im Welthandel, zu denen die ständige Zunahme der internationalen Arbeitsteilung gehört, müsse, so betonte der Vice Chairman, auch die FCI, wolle sie ihre führende Position in der Welt behaupten oder sogar ausbauen, „eine Neupositionierung ihrer Aktivitäten und Ziele vornehmen".

Dieser Forderung entsprachen dann auch die Bremer Vorstandsbeschlüsse. Hiernach sollen die 53 in fünf Kontinenten tätigen und miteinander korrespondierenden Mitgliedsinstitute ein geeignetes elektronisches Kommunikationssystem erhalten. Angestrebt wird ferner ein elektronisches Cash Management System, also ein multilaterales Clearing in unterschiedlichen Währungseinheiten.

Ziel sei es, so erläutert Ehrenberger, die Kommunikationswege unter Ausnutzung neuester Technologien zu verkürzen und den Zahlungsverkehr zu beschleunigen.

Darüber hinaus beschloß der Vorstand eine über die klassischen Factoringfunktionen – Finanzierung, Schutz vor Forderungsverlusten sowie Führung der Debitorenbuchhaltung – hinausgehende Erweiterung der Angebotspalette der Mitgliedsinstitute anzustreben.

Um die Grundlagen für eine endgültige Entscheidung im kommenden Jahr zu schaffen, wurde ein namhaftes Consulting-Unternehmen beauftragt, eine detaillierte Studie über die geplante Ausweitung des Factoringgeschäfts anzufertigen.

Durch Ausweitung ihrer Angebotspalette will die Factoring-Kette stärker als bisher „am grenzüberschreitenden Verkehr" teilhaben. Einen Katalog mit Stichworten für weitere mögliche Leistungen der Mitgliedsinstitute hatte das Generalsekretariat der FCI bereits seinen Einladungsschreiben zur Bremer Tagung beigefügt. Genannt wurden unter anderem Marktforschung, Aufbau von Vertriebsorganisationen, Zollabwicklung, Transportmanagement und Versicherungen.

Die entscheidende Vorstandsüberlegung hierzu zielt darauf hin, „möglichst viele Elemente des gesamten Warenverkehrs sozusagen „aus einer Hand" anzubieten und bereits aktiven sowie potentiellen Exporteuren ein umfassendes Servicepaket zu offerieren".

Wertet man das beschlossene „Paket" dieser anspruchsvollen Einzelmaßnahmen aus der Sicht der Gruppe, so läßt sich der dahinterstehende unternehmerische Weitblick schwerlich übersehen. Allerdings, auch darüber herrschte Klarheit in der Bremer Vorstandsrunde, kann man die umfangreichen Vorhaben kaum von „heute auf morgen" realisieren. „Wir werden", so meint Ehrenberger, „schrittweise vorgehen und dabei sicherlich auch die eine oder andere Kursänderung vornehmen müssen".

Dies gilt um so mehr als die Durchsetzung des Programms einen erheblichen Investitionsaufwand erfordern dürfte. Und die Finanzierung – auf die Frage nach Zahlen halten sich die Veranstalter bisher zurück – wird man wohl erst dann als gesichert ansehen können, wenn die hinter den Factoringinstituten (als Gesellschafter) stehenden Banken erkennen lassen, daß sie bereit sind, mitzuspielen.

Andererseits leuchtet ein, was die Führungsspitze der FCI in Bremen betonte: Wenn die Gruppe ihr Wachstumsziel erreichen und ihren Marktanteil vergrößern will, werden sich Zukunftsinvestitionen nicht vermeiden lassen. Optimistisch berichtet nunmehr „Factors Chain International Year Book" in seiner neuesten, 1983er Ausgabe: „FCI wird in naher Zukunft modernste Mittel nutzen, um Kommunikation und Geldtransfer zu optimieren. Entfernungen spielen dann keine Rolle mehr."

Offene Korrespondenten-Kette

FCI ist, wie man dem „Factors Chain International Year Book" (1983) entnehmen kann, satzungsmäßig eine Organisation mit folgenden Zielsetzungen:

- Förderung des internationalen Factoringgeschäfts,
- Entwicklung einheitlicher Factoringverfahren hierfür,
- Unterstützung interessierter Gesellschaften bei Problemlösungen im Factoringgeschäft.

Im Gegensatz zu anderen vergleichbaren Organisationen können und sollen in jedem Land mehrere Factoringgesellschaften Mitglieder der Kette sein. Das Geschäft fließt dann in erster Linie denjenigen Mitgliedern zu, die den besten Service, die günstigsten Konditionen anzubieten haben.

Dieses Prinzip der offenen Korrespondenten-Kette fördert, nach Auffassung des FCI-Vorstands, den Leistungswettbewerb und die Stabilität der Gruppe. (OW.)

LÄNDERRISIKEN

Ein Partner, der sich im Ausland auskennt

DIETER KLINDWORTH, Wiesbaden

Das am Exportfactoring interessierte und demzufolge exportorientierte Unternehmen sucht in erster Linie einen Partner, der die besonders im Export liegenden Risiken auffängt. Zur Auffassung der Risiken aus dem Forderungsankauf an Abnehmer in den einzelnen Ländern wäre zunächst das wirtschaftliche Risiko beim Abnehmer zu beurteilen.

Es obliegt dem Exportfactor, die ihm zur Verfügung stehenden Informationsquellen zu bemühen, seien es ausländische Bankverbindungen, Auskunfteien oder Versicherer. Dies bedingt eine entsprechende Struktur im Ausfuhrland, nämlich ein gut funktionierendes Bankenwesen, das über ein ausreichendes Filialnetz verfügt. Nur unter dieser Prämisse ist ein reibungsloser Zahlungsverkehr sowie Erfahrungsaustausch hinsichtlich des zu beurteilenden Käufers möglich. Aber auch das Vorhandensein eines Auskunftswesens auf der Basis wirtschaftsbezogener Auskunfteien ist zur ausführlichen und detaillierten Bonitätsprüfung von großer Bedeutung.

Die Übernahme des Ausfallrisikos als wichtigster Bestandteil des Exportfactoring kann nur dann gelingen, wenn im Exportland eine industrielle und wirtschaftliche Infrastruktur besteht, die unter Einbeziehung der genannten Institutionen eine eindeutige Risikobewertung ermöglicht.

Im Rahmen der Dienstleistungsfunktion stellen sich weitere Probleme, die nur unter bestimmten wirtschaftlichen Gegebenheiten zu lösen sind. Fremde Rechtsauffassungen und Handelsgewohnheiten, die im Land üblichen Praktiken im Inkasso beziehungsweise in der Realisierung notleidender Forderungen sind ein weiterer Bestandteil zur Entscheidung, ob in diesem Land Factoring durchführbar ist oder nicht.

Die Tatsache, daß in manchen Ländern eine Forderungsabtretung an den Factor nur unter gewissen formalen, in der Praxis nicht einzuhaltenden Bedingungen vollzogen werden kann oder daß etwa die Kosten der Eintreibung zu Lasten des Klägers gehen, erschwert dem Exportfactor die Durchsetzung seines Instruments. Ganz zu schweigen von Ländern, in denen auch heute noch eine Rechtsverfolgung, wenn überhaupt, nur unter Aufbietung enormer finanzieller Belastungen und über lange Zeitabläufe praktiziert werden kann. Die Ausübung der im Exportfactoring verankerten Dienstleistungsfunktion muß garantiert sein.

Ein dritter Aspekt sollte in dieser Betrachtung nicht fehlen, nämlich die Berücksichtigung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Exportland. Als Ausgangsbasis für eine Beurteilung des Länderrisikos sind zunächst die volkswirtschaftlichen Grunddaten zu beachten.

Die Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse in einem Land muß jedoch ergänzt werden durch eine genaue Beurteilung der gegenwärtig wirksamen und für die Zukunft relevanten gesellschaftspolitischen Kräfte. Unter Berücksichtigung dieser aufgezeigten Gesichtspunkte sowie der besonderen Erfahrungswerte des Exportfactors kann ein hinreichend zuverlässiger Gesamteindruck entstehen, der dann Grundlage der zu treffenden Entscheidung ist, ob das so geprüfte Länderrisiko Forderungsankäufe gegen Abnehmer in diesem Land ratsam erscheinen läßt.

Zwar trägt der Exportfactor lediglich das Risiko der Zahlungsunfähigkeit beim Abnehmer, jedoch obliegt dem Factor aufgrund seiner Konzeption die Verpflichtung, den Exporteur vor Risiken zu bewahren, die jenseits der Zahlungsunfähigkeit, nämlich im politischen Bereich, angesiedelt sind.

AUFGABEN DES EXPORTFACTORS

So kann der Exporteur ohne Ausfallrisiken liefern

H. EHRENBERGER, Bremen

Will ein Unternehmen über den Tellerrand des nationalen Marktes hinausschauen, muß es sein Angebot nicht nur in bezug auf technische Entwicklung, Qualität und Preis auf die Ansprüche des Abnehmers ausrichten. Dieser erwartet echte Problemlösungen. Hierzu gehören zweifellos auch Finanzierungsalternativen. In dieser Situation bietet sich der Factor als idealer Kooperationspartner an.

Die drei klassischen Funktionen des Factoring bewirken aus der Sicht des Exporteurs folgendes:

- Entlastung von einem oft beträchtlichen administrativen Aufwand (Dienstleistungsfunktion),
- Verwandlung von Außenständen in Liquidität (Finanzierungsfunktion) und
- Befreiung von bonitätsbedingten Ausfallrisiken (Delkredere-Funktion).

Dienstleistungsfunktion: Die Verpflichtung des Factors, die von ihm gekauften Forderungen zu buchen, zu verwalten, Mahnwesen und Inkasso zu betreiben, die Bonität der Abnehmer (Debitoren) zu prüfen und zu überwachen, hat zur Folge, daß der Exporteur von diesem Aufwand entlastet wird. Im grenzüberschreitenden Factoring, bei welchem dem Import-Factor auch die Übernahme des Inkassos und des Mahnwesens obliegen, hat der Importeur im Bereich der Zahlungsabwicklung einen Inländer, den Import-Factor als Partner. Die Regulierungskorrespondenz erfolgt in seiner Muttersprache. Die Beachtung der Formvorschriften beim Transfer von Geldern ins Ausland obliegt dem Import-Factor. Auch der Importeur hat also spürbare Vorteile, wenn sein ausländischer Lieferant einen Factor einschaltet.

Finanzierungsfunktion: Der Factor kauft die Forderungen gegen Vorlage der Originalrechnung. Der Exporteur kann über den Gegenwert der Forderungen sofort verfügen, er hat lediglich ein Sperrkonto zu unterhalten, dessen Höhe üblicherweise bei zehn Prozent des jeweils finanzierten Forderungsbestandes liegt und das unter anderem zur Verrechnung der von den Debitoren berechtigt gezogenen Skonti dient.

Delkrederefunktion: Es ist legitim, daß der Factor nur Forderungen gegen solche Debitoren ankauft, deren Bonität er vorher geprüft hat. Er setzt dann ein Limit fest und ist vertraglich verpflichtet, alle im Rahmen des Limits liegenden Forderungen unter Übernahme des Ausfallrisikos zu kaufen.

Praktische Handhabung: Der Exporteur informiert den Factor (Export-Factor) über mögliche oder bereits vorliegende Aufträge aus dem Ausland und benennt für jeden Abnehmer das nach seinem Dafürhalten erforderliche Limit. Der Export-Factor bittet seinen im Importland niedergelassenen Partner (Import-Factor) und Zeichnung der erforderlichen Limits. Dieser kann nun auf eine Fülle von Möglichkeiten zurückgreifen, um sich die für die Beurteilung der Bonität des Käufers erforderlichen Kreditinformationen zu beschaffen. Er teilt dann seine Entscheidung dem Export-Factor mit, der nun dem Exporteur grünes Licht gibt.

Grenzen des Exportfactoring: Es soll nicht verschwiegen werden, daß das Exportfactoring auch seine Grenzen hat. Es ist für den Exporteur geeignet, der Ware bei Gewährung eines offenen Ziels von maximal 120 Tagen in solche Länder liefert, in denen der Export-Factor durch Korrespondenzpartner vertreten ist. Der Investitionsgüterindustrie, die für Großobjekte in der Regel auch mittelfristige Finanzierungen offerieren muß, bieten sich andere Möglichkeiten der Abdeckung der Risiken und der Finanzierung.

FINANZIERUNGSALTERNATIVE

Kurze Kapitaldecke wird zum internationalen Problem

HANS VOLKER MAYER, Stuttgart

Im Rahmen dieses Beitrages ist die mittelständische Wirtschaft mit ihren Eigenkapitalsorgen angesprochen, und hier nur diese Unternehmen, die solvent und in ihrer Geschäftsstruktur gesund sind. Zunächst sollen einige statistische Zahlen den bedrohlichen Eigenkapitalschwund verdeutlichen und belegen:

Grafik 1:
Vertikale Eigenkapitalquote

Aktiva			Passiva
	Eigenkapital		
	1954		46,3 %
	1982	ca.	20,0 %
	./.		26,3 %
	Bilanzsumme		100 %

Die Grafik 1 zeigt in aller Deutlichkeit, daß sich die vertikale Eigenkapitalquote im Vergleichszeitraum 1954 zu 1982 um 26 Prozent zurückgebildet hat. Ähnlich entwickelte sich die horizontale Eigenkapitalquote, wie aus Grafik 2 ersichtlich. Hier mußte in dem Zeitraum von 1954 bis 1981 ein Rückgang von etwa 17 Prozent in Kauf genommen werden.

Grafik 2:
Horizontale Eigenkapitalquote

Aktiva		Passiva
	Eigenkapital	
Anlage-	1954	84,9 %
Vermögen	1981	68,0 %
	./.	16,9 %

Somit liegt heute die vertikale Eigenkapitalquote in der mittelständischen Wirtschaft lediglich bei etwa 20 Prozent.

Dabei handelt es sich keinesfalls nur um ein bundesdeutsches Problem. So liegt die vertikale Eigenkapitalquote 1981 bei den größten Industrieunternehmen in Schweden bei etwa 19 Prozent, in Frankreich bei rund 21 Prozent, in Belgien, den Niederlanden, Großbritannien und der Schweiz zwischen 30 Prozent bis 35 Prozent. Dagegen kann die Weltmacht USA heute bei ihren größten Unternehmen mit einer Eigenkapitalquote von nahezu 50 Prozent aufwarten.

Die Gründe für die permanent sinkende Eigenkapitalquote sind vielschichtig und komplex und im wesentlichen auf laufend zurückgehende Renditen zurückzuführen. Wesentliche Faktoren in diesem Zusammenhang sind:

- die schlechte Ertragssituation,
- die enormen Kostensteigerungen der letzten Jahre, insbesondere im Personalsektor, und
- die enormen steuerlichen Belastungen.

Da dem Mittelstand der Zugang zum Kapitalmarkt im allgemeinen verschlossen ist, erreichen expansive Unternehmen relativ schnell die Grenzen der klassischen und herkömmlichen Finanzierungsmethoden. Hier kann Factoring als sinnvolles Finanzierungs- und Dienstleistungsinstrument über eine zu dünne Eigenkapitaldecke hinweghelfen und die vertikale Eigenkapitalquote positiv verändern. Auch mit der Übernahme des hundertprozentigen Ausfallrisikos durch den Factor wird das Eigenkapital geschont beziehungsweise erhalten und der Unternehmer vor Insolvenzen seiner Abnehmer wirksam geschützt.

Expansive mittelständische Unternehmen sind daher aufgerufen, gemeinsam mit der Hausbank und dem Factor mittels einer Kosten-Nutzen-Analyse zu überprüfen, ob und inwieweit sich ihr Betrieb für Factoring eignet, um rechtzeitig die Eigenkapitalprobleme in den Griff zu bekommen.

Mit Factoring steht zwar eine Finanzierungsalternative zur Verfügung; das Problem des Eigenkapitalschwundes muß jedoch im Rahmen der Volkswirtschaft gelöst werden.

PRAKTISCHE ABWICKLUNG

Der Exportfactor kennt die Sitten anderer Länder

SIEGFRIED OLBORT, Mainz

Internationale Märkte werden für viele Firmen ein wichtiges, oft nicht mehr wegzudenkendes Absatzgebiet. So erfreulich dies einerseits ist, so unerfreulich sind andererseits Dinge wie Absicherung, Finanzierung und Eintreibung der Forderungen. Hier hat sich zu den klassischen Lösungen wie Akkreditiv, Kasse gegen Dokumente, Kreditversicherung und Zessionskredit eine weitere Möglichkeit mit Exportfactoring aufgetan.

Im Rahmen eines Factoringvertrages tritt ein Lieferant dem Factor seine Exportforderungen gegen Abnehmer in solchen Ländern ab, in denen der Factor durch eine Schwestergesellschaft oder einen Korrespondenzfactor vertreten ist.

Da der Inlandsfactor nicht wahllos alle Forderungen kaufen kann, ist es erforderlich, beim Auslandsfactor Limite für die Abnehmer des Lieferanten zu erfragen. Die Höhe der Limite richtet sich zum einen nach dem Bedarf des Lieferanten und zum anderen nach der Bonität des jeweiligen Abnehmers.

Im Rahmen der festgelegten Limite übernimmt der Inlandsfactor das Ausfallrisiko zu 100 Prozent und bevorschußt die Forderungen mit 80 Prozent. Von daher wird deutlich, daß ausreichende Limite eine wesentliche Voraussetzung für ein zufriedenes und erfolgreiches Zusammenarbeiten sind. Um eine schnelle Abwicklung des Limit-Procedere sicherzustellen, erfragt oftmals der ausländische Vertreter des Lieferanten die Limite direkt beim Auslandsfactor.

Soll nun der Ankauf der Forderungen durch den Inlandsfactor beginnen, so ist es notwendig, daß der Lieferant seine Abnehmer mit einem Schreiben über die neue Abwicklung im Factoring informiert. Weiterhin muß nun jede ausgestellte Rechnung einen Vermerk tragen, daß diese an den Factor verkauft und abgetreten ist und Zahlung an den Auslandsfactor erfolgt. Die erforderlichen Textvorschläge beziehungsweise Abtretungsvermerke sind in der jeweiligen Landessprache abgefaßt und vom Factor zu erhalten.

Nach Auslieferung und Fakturierung erhält der Factor zwei Kopien der jeweiligen Rechnungen. Eine Kopie verbleibt beim Inlandsfactor und findet Eingang in die kundenbezogene Debitorenbuchhaltung. Die zweite Kopie wird an den Auslandsfactor weitergeleitet, der die Überwachung und gegebenenfalls das Mahn- und Inkassowesen durchführt. Die achtzigprozentige Bevorschussung der Rechnungen wird jedoch (wenn gewünscht) sofort nach Einreichung durch den Inlandsfactor durchgeführt. Unerheblich ist, ob die Rechnungen in deutscher oder ausländischer Währung ausgestellt sind.

Werden nun Rechnungen vom ausländischen Abnehmer an den Auslandsfactor bezahlt, so leitet dieser die Zahlungen an den Inlandsfactor weiter. Dieser wiederum informiert den Lieferanten mittels Zahlungsjournal über den erfolgten Zahlungseingang und rechnet die einbehaltenen 20 Prozent ab. Sollte ein Abnehmer trotz Mahn- und Inkassowesen durch den Auslandsfactor aus Bonitätsgründen nicht zahlen können, so trägt der Auslandsfactor im Rahmen des Limits das Risiko. Er hat dem Inlandsfactor den Rechnungsbetrag zur Verfügung zu stellen, da er dem Lieferanten in der Regel 120 Tage nach Fälligkeit die restlichen 20 Prozent auszahlen muß.

Eine reibungslose Abwicklung des Exportfactoring setzt jedoch voraus, daß der Inlandsfactor sich eines funktionierenden Auslandsnetzes bedienen kann und daß er selbst über die erforderlichen Spezialisten verfügt. Andere Länder – andere Sitten, Inlands- und Auslandsfactor müssen beide kennen.

Langsam kommen die deutschen Exporte wieder auf Touren

Der deutsche Export wird in den nächsten Monaten wieder an Kraft gewinnen. Das HWWA-Institut für Weltwirtschaft in Hamburg konstatiert etwas bessere Aussichten für die Ausfuhr. Diese Einschätzung wird auch von anderen Auguren geteilt. Sie stützen sich dabei in erster Linie auf die konjunkturelle Erholung in einigen führenden westlichen Industriestaaten, allen voran die Vereinigten Staaten, gefolgt von Großbritannien.

Noch hat sich die Konjunkturbelebung in den Auftragsbüchern eher spärlich bemerkbar gemacht. Der leichte Anstieg der Ordereingänge aus dem Ausland bei den deutschen Industriefirmen bedeutet nach Ansicht des Hamburger HWWA-Instituts „angesichts des doch recht labilen Zustands der Weltwirtschaft keine grundlegende Wende zum Besseren".

Denn die wichtigen Rahmenbedingungen für eine Überwindung der weltweiten Wachstumsschwäche haben sich in den Sommermonaten nicht in dem erhofften Umfang verbessert. So sind die Zinsen in den USA und in den anderen Industrieländern nicht weiter gesunken. Und in den Wochen vor der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds drohte sich die Verschuldungskrise in einigen wichtigen Entwicklungsländern erneut zuzuspitzen.

Die Erholung wird vom Konsum getragen

Allerdings haben sich Nachfrage und Produktion in den Vereinigten Staaten stärker belebt, als allgemein erwartet worden war. Auch Großbritannien schneidet in der Beurteilung günstiger als noch vor einigen Monaten ab. Demgegenüber hat in Frankreich und Italien – zwei wichtige Abnehmerländer deutscher Produkte – der Erholungsprozeß überhaupt noch nicht begonnen, im Gegenteil.

Aufgrund der merklich gesunkenen Inflationsraten in allen westlichen Industriestaaten haben sich gegenüber der Zeit vor zwölf Monaten die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung verbessert. Die Geldpolitik lockerte in den meisten Industriestaaten bereits in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres ihre Zügel. Davon ging eine anregende Wirkung auf die Nachfrage aus. Die Zinssenkungen und die von einigen Regierungen ergriffenen staatlichen Förderungsmaßnahmen brachten den seit Jahren lahmenden Wohnungsbau wieder auf Trab. Überdies stieg die Konsumneigung. Dies lag einmal daran, daß während der Abschwungphase selbst notwendige Anschaffungen hinausgeschoben wurden. Zum anderen wurde wegen der gesunkenen Zinsen auch weniger gespart.

Im Gegensatz zu früheren Konjunkturzyklen wird diesmal die Erholung vom Konsum und nicht von den Investitionen getragen. Die Zunahme des privaten Verbrauchs bremste in den Unternehmen den Lagerabbau. Zum Teil wurden die Vorräte sogar aufgestockt. Dies blieb nicht ohne Auswirkung auf die Produktion.

Am ausgeprägtesten war diese Entwicklung zwar in Nordamerika, aber sie strahlte auch auf andere Kontinente aus. Selbst in der Dritten Welt haben sich die Aussichten etwas aufgehellt. So kommt den Opec-Staaten zugute, daß die Nachfrage nach Erdöl, die im Frühjahr noch kräftig gefallen war, sich wieder stabilisiert hat. Dadurch konnten sich auch die Preise fangen. Belebt hat sich auch die Nachfrage nach anderen Rohstoffen. So lag der HWWA-Index der Weltmarktpreise für Industrierohstoffe auf Dollarbasis Anfang September bereits um zehn Prozent höher als im Dezember vergangenen Jahres.

In früheren Jahren hätte aus dieser Entwicklung bereits eine kräftige Belebung der Nachfrage nach deutschen Produkten abgeleitet werden können. Dies ist jetzt nicht mehr möglich. Der Grund: die hohe Verschuldung in manchen Schwellenländern. Zwar dürften sich die Leistungsbilanzen in der Dritten Welt aufgrund der höheren Rohstoffpreise entspannen. Aber viele Länder benötigen die zusätzlichen Devisen für Zinsen und Tilgungszahlungen auf früher aufgenommene Kredite. Die Kaufzurückhaltung dürfte daher noch einige Zeit anhalten.

Alle blicken auf die Vereinigten Staaten

Im Ostblock sieht es nicht anders aus. Mit Ausnahme der Sowjetunion drücken auch hier die hohen Schulden. Daher werden die Käufe im Westen reduziert und der interne Blockhandel forciert. Dadurch gewinnt die Sowjetunion für den deutschen Osthandel immer mehr an Gewicht.

Da die Einfuhr der Staatshandelsländer und der Dritten Welt kurzfristig nicht nennenswert steigen dürfte, wird auch der deutsche Export durch das bestimmt, was in den Industriestaaten geschieht. Auch für die Zukunft bleiben dabei die Vereinigten Staaten entscheidend. Und das nicht nur, weil auf diese größte Wirtschaftsmacht der Welt 15 Prozent der Welteinfuhr entfallen.

Die USA setzen auch die Bedingungen für die internationalen Währungs- und Finanzmärkte. Gegenwärtig ist es selbst für die Bundesrepublik kaum möglich, sich von der dortigen Entwicklung abzukoppeln, da die Wechselkurserwartungen noch nicht entsprechend sind. Aufgrund der hohen Haushaltsdefizite in den Vereinigten Staaten rechnen Experten bis zu den Präsidentenwahlen Ende nächsten Jahres kaum noch mit sinkenden Zinsen, denn der finanz- und wirtschaftspolitische Kurs dürfte sich in den nächsten Monaten nicht ändern.

Die Hoffnungen richten sich darauf, daß die staatlichen Defizite nicht mehr steigen, weil die konjunkturelle Belebung zu höheren Steuereinnahmen führt und Steuersenkungen nicht mehr ins Haus stehen. Unsicherheit besteht jedoch nach wie vor über die amerikanische Geldpolitik. Daher dürfte es zu keiner wesentlichen Änderung der amerikanischen Zinsen und der Dollarkurse kommen.

Damit sind die Spielräume für Zinssenkungen auch in den anderen Industriestaaten gering. Die teilweise nach wie vor bestehenden hohen Staatsdefizite engen die Möglichkeiten ebenfalls ein. Dadurch dürfte sich das Tempo der Nachfragebelebung nur verhalten beschleunigen. Vor allem jedoch erschweren die hohen Zinsen eine Tendenzwende bei den Investitionen.

In Zahlen ausgedrückt, stellt sich die Entwicklung für das Hamburger Institut so dar: Das reale Bruttosozialprodukt aller Industrieländer, das im vergangenen Jahr noch um 0,2 Prozent gesunken war, dürfte 1983 um zwei Prozent zunehmen. Für das nächste Jahr wird sogar ein Plus von drei Prozent vorausgesagt. Die Zunahme um zwei Prozent im Durchschnitt des laufenden Jahres unterzeichnet wegen des gedrückten Niveaus am Jahresbeginn die laufende Entwicklung. Umgekehrt bedeutet das bessere Ergebnis für 1984 keine Beschleunigung der laufenden Expansion.

Hinter dieser Globalentwicklung verbirgt sich die rasche Erholung in den USA. Dort war im vergangenen Jahr das Bruttosozialprodukt noch um 1,9 Prozent gesunken. Für dieses Jahr wird ein Wachstum von drei und im nächsten Jahr von 4,5 Prozent erwartet.

Gleichförmiger verläuft die Entwicklung in Japan. Dort wurde selbst 1982 noch eine Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion um drei Prozent registriert, eine Rate, die sich auch in diesem Jahr einstellen dürfte. Für 1984 wird ein Wachstum von 3,5 Prozent prognostiziert.

Damit kann Westeuropa nicht mithalten. Hier nahm das Bruttosozialprodukt im vergangenen Jahr zwar noch um 0,3 Prozent zu, aber in diesem Jahr dürften es auch nur 0,5 Prozent werden, und für 1984 sagen die Hamburger Wirtschaftsforscher auch nur ein Wachstum von 1,5 Prozent voraus.

Allerdings dürfte der Welthandel, was für die deutsche Ausfuhr wichtig ist, wieder an Schwung gewinnen, nachdem er im vergangenen Jahr um zwei Prozent geschrumpft war, wodurch die Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten einiger Länder sich noch verschärft haben. Die Hamburger Konjunkturforscher rechnen für dieses Jahr bereits wieder mit einer Zunahme des Welthandelsvolumens um ein Prozent. Dies ist etwas günstiger als das, was die Experten des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens Gatt vorausschätzen. Für 1984 gehen die Hamburger Wissenschaftler von einem Plus von real vier Prozent aus.

Die deutschen Ausfuhren dürften an dieser Entwicklung voll partizipieren. Da die Firmen in den vergangenen Jahren ihre Auslandsaktivitäten noch verstärkt haben, bestehen durchaus Chancen, die Position auf einigen Märkten noch auszubauen. Allerdings gibt es ein Handikap für die deutsche Exportwirtschaft. Mehr als 50 Prozent der Lieferungen bestehen aus Investitionsgütern. Im Gegensatz zu früheren Konjunkturzyklen wird die wirtschaftliche Belebung gegenwärtig aber in erster Linie von der Zunahme des privaten Verbrauchs und von der Aufstockung der Warenläger getragen. Im Preiswettbewerb können die deutschen Erzeugnisse trotz der Wechselkursverschiebungen innerhalb des Europäischen Währungssystems mithalten.

Daher wird es für die deutsche Exportwirtschaft noch günstiger aussehen, wenn die Investitionskonjunktur bei den wichtigen Abnehmerländern anspringen sollte. Das Hamburger Institut sieht nach wie vor durchaus Chancen, daß mit der konjunkturellen Belebung in den USA und in den anderen Industrieländern eine länger anhaltende Aufwärtsbewegung eingeleitet wurde.

Allerdings sind dabei die Schwierigkeiten unverkennbar, was sich allein schon an den Zinssteigerungen der vergangenen Monate zeigt. Einem Rückgang der hohen Realzinsen steht offenbar besonders das mangelnde Vertrauen in eine Konsolidierung der Staatsfinanzen entgegen. Die hohen Zinsen stehen jedoch einer Entfaltung der konjunkturellen Dynamik entgegen. Die mangelnde Kauffähigkeit vieler Entwicklungsländer und des Ostblocks behindert ebenfalls eine rasche Expansion des Welthandels.

Trotzdem: die deutschen Exporte dürften ihre Schwächeperiode überwunden haben, die in der ersten Hälfte 1982 doch recht ausgeprägt war. Da die Ausfuhrpreise in den ersten sechs Monaten dieses Jahres, verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres, um 1,6 Prozent höher lagen, gingen die Ausfuhren real um 3,5 Prozent zurück, was einer nominalen Abnahme von 1,9 Prozent in diesem Jahr entsprach. In der ersten Hälfte des vergangenen Jahres hatte die deutsche Ausfuhr nach Abzug der Preissteigerungen noch um acht Prozent zugelegt.

Geprägt wurden die Güterströme zum einen durch die unterschiedliche konjunkturelle Entwicklung in den Abnehmerländern, zum anderen durch die Wechselkursverschiebungen. So hat die D-Mark gegenüber dem Dollar, dem Schweizer Franken und gegenüber dem Yen 20 Prozent an Wert verloren, gleichzeitig wurde sie seit dem Herbst 1981 gegenüber den Währungen in Europa um rund 18 Prozent angehoben. Real, also um die in- und ausländischen Preisentwicklungen bereinigt, lag der D-Mark-Wechselkurs im ersten Jalbjahr um rund zwei Prozent über dem Vorjahresniveau.

Entscheidend für den deutschen Außenhandel bleiben die Partnerländer in der Europäischen Gemeinschaft mit einem Anteil von rund 50 Prozent. Auch in diesem Jahr gingen die Exporte in die EG-Staaten nur um nominal 0,7 Prozent zurück. Allerdings verbirgt sich hierhinter eine sehr unterschiedliche Entwicklung. So mußten die deutschen Firmen in Frankreich, dem wichtigsten Auslandsmarkt, eine Einbuße von 8,1 Prozent verkraften. Dies kam aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Sparpolitik der Regierung allerdings nicht unerwartet.

Diesem Rückgang steht jedoch eine kräftige Zunahme der Lieferungen, und zwar um 14,7 Prozent, nach Großbritannien gegenüber, das dadurch zum drittwichtigsten Absatzmarkt der deutschen Wirtschaft wurde. Relativ günstig entwickelte sich auch noch der Export in die Niederlande, Nummer zwei unter den Abnehmern. Hier wurde im ersten Halbjahr noch ein Plus von 4,2 Prozent gemeldet. Dagegen sanken die Lieferungen nach Italien in dieser Größenordnung.

Die Verkäufe in die europäischen Staaten außerhalb der EG sanken sogar nur um 0,2 Prozent. Dabei wurden zwar erhebliche Rückgänge bei den Verkäufen in die skandinavischen Staaten verbucht, dagegen stiegen die Lieferungen nach Österreich, in die Schweiz und nach Spanien sogar noch leicht an.

Im Japan-Handel stagniert der Export

Die konjunkturelle Belebung in den Vereinigten Staaten hat sich im ersten Halbjahr noch nicht auf die deutschen Lieferungen ausgewirkt. Sie nahmen lediglich um nominal 0,2 Prozent zu, was real sogar einen Rückgang bedeutet. Im Japan-Handel stagnierte der Export. Dagegen konnten die Lieferungen nach Kanada um vier Prozent ausgedehnt werden. Insgesamt gingen die Lieferungen in die westlichen Industriestaaten, auf die 77 Prozent des Warenaustausches der Bundesrepublik entfallen, im ersten Halbjahr gegenüber der gleichen Zeit von 1982 um 1,2 Prozent zurück. Ein Jahr zuvor hatten sie noch um 15,2 Prozent zugenommen.

Kräftige Einbußen gab es für die deutsche Exportwirtschaft auf den Märkten der Opec-Staaten. Fast alle Ölländer haben aufgrund der gesunkenen Exporterlöse ihre Importprogramme drastisch zusammengestrichen. So verringerten sich die deutschen Lieferungen in die Opec-Staaten, auf die immerhin rund neun Prozent des deutschen Außenhandels entfallen, um 16,6 Prozent.

Das Geschäft mit dem Iran floriert wieder

Selbst Saudi-Arabien kürzte die Bezüge um 9,9 Prozent. Und der Irak, der im vergangenen Jahr Saudi-Arabien von der ersten Stelle der Abnehmer in diesem Raum verdrängt hatte, verringerte die Käufe um 41,2 Prozent. Dagegen floriert, allerdings auf gedrücktem Niveau, das Geschäft mit dem Iran nach der Revolution wieder. Der Zuwachs um 152,8 Prozent im ersten Jahr darf jedoch nicht in die Zukunft fortgeschrieben werden.

Überraschend nahm der Handel mit den Entwicklungsländern, die über kein eigenes Erdöl verfügen, sogar um 1,2 Prozent leicht zu. Denn einige Länder, die unter der Verschuldungskrise besonders leiden, schränkten ihre Käufe sehr kräftig ein. Bei Mexiko waren es 54, bei Südafrika 44, bei Brasilien 24, bei Kenia 37 und bei Peru immerhin noch 28 Prozent.

Ähnliche Einbrüche gab es auch im Warenaustausch mit einigen Staatshandelsländern. So gingen die Ausfuhren im ersten Halbjahr nach Rumänien um 36 Prozent und nach Ungarn um 21 Prozent zurück. Allerdings wurde diese Entwicklung durch die kräftige Zunahme der Ausfuhren in die Sowjetunion und nach China mehr als wettgemacht. Die Exporte in die Sowjetunion stiegen immerhin um 28,1 Prozent. Im Handel mit China wurde sogar ein Anstieg um 40,2 Prozent erreicht. Allerdings waren die deutschen Lieferungen in das fernöstliche Inselreich im vergangenen Jahr gesunken. Unter dem Strich kletterten die deutschen Lieferungen in die Staatshandelsländer um 11 Prozent.

HANS-J. MAHNKE

INLANDSGESCHÄFT

Auch in der Bundesrepublik wächst der Bedarf allmählich

KARL-HEINZ STEFAN Düsseldorf

Trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten und hoher Arbeitslosigkeit gewinnt das Factoring-Geschäft auch hierzulande zunehmende Bedeutung. Zweifellos begünstigen die nachlassende Zahlungsmoral sowie steigende Firmeninsolvenzen die Nachfrage nach dieser speziellen Finanzierungsform.

Hierbei steht zumeist die Delkredere-Funktion des Factoring, nämlich die hundertprozentige Absicherung des Kreditrisikos, im Vordergrund. Hinzu kommen längere Forderungslaufzeigen, die entsprechende Mittel in den Außenständen binden.

Etwa 1000 Unternehmungen in der Bundesrepublik haben sich bisher entschlossen, mit einem Factor zusammenzuarbeiten. Sie kommen aus nahezu allen Branchen. Ihre Umsatzgröße liegt zwischen 2 und 150 Millionen Mark.

Nach Angaben des Deutschen Factoring-Verbandes wuchs 1982 das Factoring-Volumen in der Bundesrepublik Deutschland um 9,2 Prozent auf 7,34 Milliarden Mark. Relativ bescheiden fällt immer noch das grenzüberschreitende Factoring-Geschäft aus. Immerhin wuchs das Exportgeschäft im Berichtsjahr um 53,2 Prozent auf 652,8 Millionen Mark.

Am Markt der Bundesrepublik, so heißt es in der Branche, steht das Factoring-Geschäft noch immer auf der unteren Stufe seiner Möglichkeiten. Das gilt für das Inlandsgeschäft wie für das Exportgeschäft. Vor allem im Exportgeschäft liegt die Zukunftschance der Branche.

Dabei werden, so urteilt man beim Vorstand der Deutschen Factoring-Bank in Bremen, von Regionen wie dem südostasiatischen Raum, wo das Factoring-Geschäft zur Zeit aufgebaut wird, womöglich schon auf mittlere Sicht belebende Impulse ausgehen. Länder wie Japan, Südkorea und Taiwan hätten erkennen müssen, daß die Weltmärkte immer mehr zu Käufermärkten werden.

Der asiatische Exporteur, als Billiganbieter daran gewöhnt, seine europäischen Geschäftsfreunde ausschließlich gegen Akkreditive zu beliefern, sieht sich zunehmender Konkurrenz ausgesetzt. Alle Indikatoren deuten darauf hin, daß er über kurz oder lang zumindest teilweise zu offenen Zielen übergehen muß, woraus sich gute Entwicklungsmöglichkeiten für das Geschäft ergeben dürften.

DAS PORTRÄT / Walter E. Heller, Overseas Corporation, Chicago/USA

Seit Jahren „weltweit größter Factor"

JÜRGEN BERTONI, Mainz

Die Heller Factoring Bank AG in Mainz, eine hundertprozentige Tochter der Walter E. Heller Overseas Corporation, Chicago/USA, ist seit 1964 hierzulande tätig und damit eine der ältesten Factoring-Banken in der Bundesrepublik.

Wie der Vorstand berichtet, hat das Institut 1982 das Exportfactoring deutlich ausweiten können. Gerade im internationalen Geschäft kommt der Bank das weltweite Netz von Hellergesellschaften zugute.

Die Leistungen

Heller, seit Jahren „weltweit größter Factor, ist derzeit, neben dem Hauptsitz in Chicago/USA, in folgenden Ländern durch Tochtergesellschaften vertreten: Australien, Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, England, Finnland, Frankreich, Hongkong, Italien, Jamaica, Kanada, Malaysia, Mexiko, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Puerto Rico, Schweden, Singapur, Spanien und Südafrika. Darüber hinaus umfaßt das internationale Heller-Netz die Schweiz, Irland und Luxemburg.

Angeboten wird – im Rahmen der Heller Financial Services – ein spezielles Programm, mit dem die Factoring-Bank das traditionelle Bankgeschäft ergänzt. Dieses Programm enthält vor allem folgende Varianten:

● Im Standard-Factoring bucht die Bank die gekauften Forderungen, mahnt und führt auch – falls erforderlich – das Inkassoverfahren durch.

● Beim Bulk-Factoring bedient sich die Bank des Computers ihres Kunden. Debitorenbuchhaltung und Mahnwesen behält der Kunde – im Auftrag der Bank – in seinem Hause.

● Im Fälligkeits-Factoring bietet die Bank die gleichen Dienstleistungen wie im Standard-Factoring mit dem Unterschied, daß die Forderungen von der Bank nicht bevorschußt werden.

● „Accounts Receivable Financing" bedeutet: Der Kunde tritt seine Forderung an die Bank ab und die Bank finanziert die kreditfähigen Forderungen mit 80 Prozent. Eine Delcrederehaftung übernimmt die Bank hierbei nicht. Der Kunde behält die Debitorenbuchhaltung sowie das Mahnwesen und Inkassowesen in seiner Hand.

● Lagerfinanzierung: Sollte dem Kunden durch Factoring nicht genügend Liquidität zufließen, so bietet ihm die Mainzer Factoring-Bank eine zeitlich befristete Lagerfinanzierung an.

Zielgruppen für Factoring-Dienste dieser Bank sind Produzenten, Händler, Importeure oder Exporteure, die einen Jahresumsatz von mindestens drei Millionen Mark erreichen, Wiederverkäufer und gewerbliche Kunden beliefern, normalerweise Zahlungsziele von nicht mehr als 90 Tagen einräumen, keine Investitionsgüter gegen langfristige Zahlungsziele verkaufen und keine Abschlags- oder Montagerechnungen erstellen.

Die Kosten

Unter den Kosten, die ein Kunde durch Beanspruchung ihrer Dienste möglicherweise einsparen könnte, nennt die Factoring-Bank Insolvenzverluste oder Aufwendungen für eine Kreditversicherung, Kosten für die Beschaffung von Auskünften über die Abnehmer, Personalkosten der eigenen Kreditabteilung, Personalkosten der eigenen Debitorenbuchhaltung, Personalkosten der Mahnabteilung des Bankkunden, Aufwendungen für Formulare, Telefon und Porti im Mahn- und Inkassowesen sowie die Kosten für Schuldwechsel.

Dem stehen Vorteile, die das Factoring-Institut seinen Kunden in Aussicht stellt, gegenüber. Hierzu gehören: Liquiditätsverbesserungen, Zinsersparnisse durch schnelleren Forderungsumschlag, Skonti beim Einkauf, sonstige Einkaufsvorteile bei Sofortzahlung oder Mengeneinkauf sowie Bilanzierungsvorteile.

Die Bank kann und will keine Patentrezepte anbieten. Jeder Kunde kommt mit seinen spezifischen Problemen. Hierauf und insbesondere auf gegenseitiges Vertrauen ist die Kundenbetreuung bei Heller abgestimmt. Zu den Kosten: Für die Bevorschussung der Forderungen berechnet die Factoring-Bank kontokorrentmäßig Zinsen, die im allgemeinen den üblichen Kontokorrentsätzen entsprechen. Die Factoring-Gebühr beträgt normalerweise zwischen 0,8 und 2,5 Prozent des jeweiligen Rechnungsbetrages; hiermit sind die Kosten der Debitorenbuchhaltung, des gesamten Mahnwesens, der Rechtsverfolgung der vom Delcredere gedeckten Forderungen und die hundertprozentige Delcredere-Haftung abgegolten.

Exportfactoring jetzt schon in 40 Ländern der Erde

KHS. – Wiesbaden

Exportfactoring wird derzeit bereits für 40 Länder angeboten. In 25 Staaten sind eine oder mehrere internationale Factoringgruppierungen durch Factoringinstitute vertreten; hierbei handelt es sich in erster Linie um folgende Organisationen: Factors Chain International (FCI), International Factors Group (IFG) und Heller-Gruppe (H). Diese 25 Staaten kauften 1982 rund 75 Prozent der deutschen Exporte. Nach dem Stand vom 1. September 1983 ergibt sich hierzu folgende Übersicht:

Die erste Spalte gibt die Staaten mit Factoring-Instituten an. In der zweiten Spalte stehen die Factoring-Umsätze (Inland und international) in Mill. DM. In der dritten Spalte steht die Intern. Factoring-Gruppierung.

Frankreich	7 687	FCI, IFG, H
Niederlande	3 925	FCI, IFG, H
Italien	8 117	FCI, IFG, H
Großbritannien	9 672	FCI, IFG, H
Belgien/Luxemb.	1 424	FCI, IFG, H
USA	75 000	FCI, IFG, H
Schweiz	337	FCI, IFG
Österreich	1 852	FCI, IFG, H
Schweden	12 102	FCI, IFG, H
Dänemark	757	FCI, IFG, H
Spanien	325	FCI, IFG, H
Rep. Südafrika	2 197	FCI, IFG, H
Norwegen	4 285	FCI, IFG, H
Japan	5 430	FCI, IFG
Finnland	4 587	FIC, IFG, H
Australien	1 785	FCI, IFG, H
Portugal	50	IFG, H
Kanada	3 975	FCI, IFG, H
Mexico	275	H
Brasilien	–	im Aufbau
Israel	15	FCI
Singapur	350	FCI, H
Irland	125	FCI, IFG
Hongkong	45	FCI, H
Südkorea	17	im Aufbau
Neuseeland	165	IFG
Philippinen	8	FCI

Quellen: Stat. Bundesamt; Factors Chain International, International Factors Group, W. E. Heller Overseas Corporation.

Besonders für mittelständische Unternehmen eine Säule der Finanzierung

CH. STEINBORN, Düsseldorf

Factoring eignet sich besonders für mittelständische Unternehmen mit Umsätzen zwischen 3 und 150 Millionen Mark. Welche Probleme sich im einzelnen durch Factoring lösen lassen, verdeutlichen die folgenden Beispiele:

1. Die Hausbank informiert ihren Kunden, daß eine weitere Kreditausweitung nicht möglich ist. Der Kunde ist an einer zweiten Hausbank ebenso-wenig interessiert wie die bis dahin einzige Bankverbindung, zumal zusätzlich anzubietende Sicherheiten fehlen.

In diesem Fall bietet sich im allseitigen Interesse die Einschaltung einer Factoring-Bank an.

2. Bei der Gewährung eines Zessionskredites wurden die Auslandsforderungen nicht bewertet. Der Kunde sah aber gerade in der Ausweitung seines Exportes die Möglichkeit, die vorhandenen Produktionskapazitäten besser auszulasten.

Beispiel aus dem Wirtschaftsalltag

Durch den Verkauf der Auslandsforderungen an eine Factoring-Bank floß dem Kunden die zur Ausweitung des Umsatzes benötigte Liquidität zu.

3. Ein Importeur muß die zu importierende Ware mit Akkreditiv bezahlen. Das fällt ihm deswegen schwer, weil er bei geringer Kapitalausstattung gleichzeitig Debitoren und Lager finanzieren muß.

Hier teilen sich die Hausbank und eine Factoring-Bank die Finanzierungsaufgabe so, daß das Akkreditivgeschäft und die Lagerfinanzierung bei der Hausbank verbleiben, während die Factoring-Bank die aus dem Verkauf der Waren resultierenden Forderungen kaufte und den Gegenwert an die Hausbank überwies.

4. Ein Unternehmer wollte seinen Partner auszahlen. Er sah selbst bei der vorgesehenen Ratenzahlungsvereinbarung eine Liquiditätsanspannung voraus. Das Anlagevermögen war für langfristige Kredite voll beliehen, Warenlager und die Forderungen unterlagen dem einfachen und verlängerten Eigentumsvorbehalt der Lieferanten. Der Verkauf der Forderungen an eine Factoring-Bank trug entscheidend zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen bei.

Zweifellos gibt es eine Fülle weiterer Situationen im Wirtschaftsalltag, die es nützlich erscheinen lassen, das Factoring anzuwenden. Wichtig ist vor allem, daß jeweils im persönlichen Kontakt zwischen dem Interessenten und der Factoring-Bank ein ausgewogenes Konzept erarbeitet wird, das der besonderen Situation des Kunden Rechnung trägt und das ihm wirtschaftlich zugute kommt.

Mahn- und Inkassowesen wird neutralisiert

Kommt es zu einem solchen Resultat, und verständigen sich beide Partner über eine hierauf gestützte Zusammenarbeit, dann sollten auch die Abnehmer des neuen Factoring-Bankkunden – rechtzeitig vor Aufnahme der Zusammenarbeit – hierüber unterrichtet werden. Ein kurzes Schreiben mit entsprechendem Hinweis genügt.

Nun haben gelegentlich Interessenten gegen eine solche Bekanntgabe Bedenken. Sie befürchten, die Abnehmer könnten negative Rückschlüsse auf die Bonität ihrer Lieferanten ziehen, da sie die Notifizierung mit der Offenlegung eines Zessionskredites durch eine Bank gleichstellen.

Solche Befürchtungen haben sich, so berichtet die Heller Factoring Bank, in der Praxis „als nicht begründet" erwiesen. Die Erfahrung zeige, daß sich nur die Abnehmer dagegen sträuben, an die Factoring-Bank zahlen zu müssen, die in der Vergangenheit ihre Zahlungsziele überzogen und nur langsam reguliert haben und jetzt fürchten, diesen „Vorteil" zuverlieren, „weil das Mahn- und Inkassowesen durch die Factoring-Bank neutralisiert wird".

Immerhin bringt das geradlinige Mahnen der Factoring-Bank in vielen Fällen zwei positive Nebeneffekte:

Die Forderungslaufzeiten werden kürzer

1. Die durchschnittliche Forderungslaufzeit wird kürzer, der Finanzierungsbedarf wird geringer, was wiederum eine geringere Zinsbelastung zur Folge hat.

2. Während die Factoring-Bank dafür sorgt, daß die Verkaufserlöse realisiert werden, gewinnt der Kunde mehr Spielraum für seine eigentlichen Aufgaben als Unternehmer.

Quelle: Die Beispiele wurden der Broschüre „Eine Säule der Unternehmensfinanzierung" (eine Informationsschrift der Heller Factoring Bank AG) entnommen.

EXPORT-FACTORING
Redaktion: Heinz-R. Scheika, Bonn
K.-H. Stefan, Düsseldorf
Anzeigen: Hans-H. Lange, Hamburg

Renten weiter aufwärts

Der große Zinstermin hat das Geschäft auf dem Rentenmarkt leicht belebt. Die Kurse öffentlicher Anleihen wurden bis zu 0,20 Prozentpunkte angehoben; etwas stärker einzelne Emissionen der KFW, die noch als Rendite günstig gelten. An den Rentenkäufen war – wie schon in der Vorwoche – das Ausland beteiligt, das sich vornehmlich für Kurzläufer interessierte. Die Geschäftsbelebung kam auch dem Pfandbriefmarkt zugute. Die Kreditinstitute konnten aus eigenen Beständen Material abgeben. Der Absatz der neuen Bundesanleihe läuft bisher zwar nicht ausgesprochen flott, dennoch bereitet ihre Plazierung kaum Schwierigkeiten.

	3. 10.	30. 9.
M 6½ Bayer.Hdbk. Pf 14	89TG	89TG
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6¾ dgl. Pf. 2	93,25G	93,25G
7 dgl. Pf 3	93,5G	93,5bG
7 dgl. Pf 27	100,25	100,25
6½ dgl. KS 14	85G	85G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120,5G	120,5G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	78G	78G
6 dgl. KO Pf 50	99,5G	99,5G

	3. 10.	30. 9.
Br 6½ dgl. Pf 77	92,5G	92,5G
6 dgl. Pf 42	99,75bG	99,75bG
8½ dgl. Pf 47	99,95G	99,85G
F 5 Fft. Hypobk. Pf 66	68T	68T
5½ dgl. Pf 53	75G	75G
6 dgl. Pf 79	77	77
6 dgl. Pf 130	80,5T	80,5T
6½ dgl. Pf 183	84bG	84bG
10 dgl. Pf 188	–	100,1G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G

	3. 10.	30. 9.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	98,98	98,98
M 6 Südboden Pf 41	87G	87G
5½ dgl. Pf 57	74,5G	74,5G
6½ dgl. Pf 143	92G	92G
7 dgl. Pf 87	92,5G	92,5G
7½ dgl. Pf 104	94,5G	94,5G
7 dgl. KS 49	91,25G	91,25G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	97TG	97TG
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Bankschuldverschreib.

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien

Aktien überwiegend freundlicher

Sonderbewegungen in der Großchemie, bei Siemens und Hoesch

DW. – Der leicht zurückgehende Dollar und die etwas nachgebenden Zinsen führten am Aktienmarkt zu weiteren Meinungskäufen, an denen sich auch Ausländer beteiligten. Bei ihnen wächst die Ansicht, daß sich die D-Mark innerhalb des internationalen Währungsgefüges noch weiter befestigen wird. Von den Aktienkäufen ausgespart blieben weiterhin die Papiere der Banken, die immer noch unter der internationalen Verschuldungskrise zu leiden haben, insbesondere unter der undurchsichtigen Finanzlage Brasiliens.

Überrascht hat der weitere Anstieg von Hoesch auf 99 DM (plus 3,50 DM). Die Ertragslage des Stahlkonzerns gestaltet sich so gut, daß bereits von Dividendenaussichten die Rede ist. Dabei muß berücksichtigt werden, daß sich das dividendenberechtigte Kapital durch die Vereinigung von Hoesch AG mit den Hoesch-Werken halbiert hat. Für den weiteren Siemens-Anstieg um 3,50 DM werden Betrachtungen über die Beteiligung der Aktionäre am gestiegenen Ertrag des Geschäftsjahres 1982/83 (30. 9.) verantwortlich gemacht. Die Meinungskäufe in BASF, Bayer und Hoechst führten hier zu Tagesgewinnen bis zu jeweils 2 DM. Sie wurden bis zum Börsenschluß fortgesetzt.

Düsseldorf: Bilfinger erhöhten um 3 DM auf 224 DM und Dyckerhoff St. um 10 DM auf 220 DM. Pongs u. Zahn stockten um 2,50 DM auf 79 DM auf. Nachgeben mußten Heinrich um 2,50 DM, Hochtief um 14 DM und Leffers um 3 DM. Rhenag verminderten um 10 DM auf 320 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Allianz Vers. um 4 DM auf 649 DM und Köln. Rück gaben um 10 DM auf 590 DM nach.

Frankfurt: Die meisten Standardwerte konnten sich bis zu 2 DM pro Aktie verbessern. Bei doppelter Plusankündigung blieben Commerzbank-Restquoten 9,50 DM (plus 1,50 DM) je 100 Reichsmark nominal bei 40 Prozent Zuteilung: Chemieverwaltung 290 DM (plus 12 DM), Mauser bei Minusankündigung 107 DM und Bezugsrechte AG für Industrie u. Verkehr 21,10 DM bei 4800 Stück Umsatz.

Hamburg: HEW wurden um 1,50 DM auf 100,50 DM zurückgenommen, NWK Vorz. waren mit 164,50 DM um 0,50 DM leichter. Verkehrswerte Hapag und Hamburger Hochbahn tendierten unverändert. Conti Gummi gab um 0,70 DM und Phoenix Gummi um 1 DM nach. Triton gelangte 3 DM niedriger zur Notiz und Maihak 2 DM.

München: Agrob St. erhöhten um 4 DM auf 357 DM und Ekatit Riedinger um 6,90 DM auf 75 DM. Heilit gaben um 1,50 DM auf 300 DM nach und Leonische Draht um 8 DM auf 311 DM. Süd Chemie verbesserten sich um 5 DM auf 350 DM. Audi NSU verloren 8 DM auf 262 DM.

Berlin: Schering erholten sich um 3,50 DM, DUB-Schultheiss um 2,50 DM und Bekula um 1 DM. Herlitz Stämme und Vorzüge lagen um je 0,50 DM geringfügig freundlicher. Rheinmetall büßten 6 DM ein.

Nachbörse: zuversichtlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Mailand

Amsterdam

Tokio

Wien

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Madrid

Hongkong

Singapur

Paris

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 3. 10.: 287 Optionen = 25 200 (28 100) Aktien davon 81 Verkaufsoptionen = 4500 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-80/6,40, 1-95/2,50, 4-95/5,40, Siemens 1-340/25,80, 4-380/9,20, Veba 1-180/5, BASF 1-150/9, 1-160/4,20, 4-150/13, 4-160/0,40, Bayer 1-160/4,60, 4-160/9, Hoechst 1-160/6, 4-160/11, BMW 1-400/12,60, VW 1-180/38, /1-220/11,50, 4-220/21, 4-250/11, Conti Gummi 1-110/8,50, 1-120/4,90, 4-110/11,10, Commerzbank 1-160/17, 1-170/11, 1-180/5,40, 1-190/3,60, 4-170/17,50, 4-210/3,60, Dt Bank 1-320/10,40, 4-320/19, 4-350/7,85, Dresdner Bank 1-180/6,50, 4-170/17,30, 4-180/12, Hoesch 1-90/10,85, 1-100/6, 4-90/13, 4-100/9,90, 4-110-6, Mannesmann 4-130/19,85, 4-140/12, 4-150/5, Preussag 4-270/24,20, Thyssen 1-70/6, BHF 4-280/24,50, Babcock St. 1-170/18,20, VZ 1-170/10 GHH St. 1-150/9,40, Karstadt 4-270/19,40, Klöckner 1-45/2, 4-40/4,55, RWE Vz. 1-170/5,10, Chrysler 1-90/6, 4-85/10,50, IBM 1-340/19,40, Litton 1-180/9,40, ELF 1-65/4,40, 4-55/15, 4-70/5. **Verkaufsoptionen:** AEG 1-85/5, 4-85/5,90, Bayer 1-150/2,90, VW 1-210/3,70, Conti Gummi 1-110/2,40, 4-110/3,50, Lufthansa St. 1-120/2,10, VZ 1-120/2, Commerzbank 4-170/7, Dt. Bank 4-310/10, Dresdner Bank 1-170/4, Hoesch 1-85/1,90, 1-95/5, 1-100/7,70, 4-95/5,10, Mannesmann 4-130/3,40, 4-140/6,60, Preussag 4-270/11,10, Thyssen 1-70/1,85, Kaufhof 1-260/20, Chrysler 1-180/5,40, Philips 4-45/6,30. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 3. 10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅛– 9½	5½–5¾	3½–3⅞
3 Monate	9⅛– 9⅝	5¾–6	3⅞–4¼
6 Monate	9½– 9⅞	5⅞–6	4¼–4½
12 Monate	9⅞–10⅛	6⅛–6⅜	4¼–4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 3. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1435,00	1722,70
10 US-Dollar (Indian) **)	1138,00	1346,06
5 US-Dollar (Liberty)	475,00	583,85
1 £ Sovereign alt	236,00	291,84
1 £ Sovereign Elizabeth II	233,00	288,42
20 belgische Franken	181,00	233,70
10 Rubel Tscherwonez	248,00	311,22
2 südafrikanische Rand	235,00	289,56
Krüger Rand, neu	1047,00	1233,48
Maple Leaf	1047,00	1233,48
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	248,00	302,10
20 schweiz. Franken „Vreneli"	205,00	257,64
20 franz. Franken „Napoléon"	199,00	250,80
100 österr. Kronen (Neuprägung)	969,00	1168,50
20 österr. Kronen (Neuprägung)	193,00	242,82
10 österr. Kronen (Neuprägung)	102,00	133,38
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	440,00	541,50
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	105,00	142,50

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

3. 10. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurse⁴)	Ankauf	Verkauf
New York²)	2,6175	2,6255	2,5970	2,58	2,67
London¹)	3,898	3,910	3,867	3,85	4,09
Dublin¹)	3,110	3,124	3,085	3,08	3,23
Montreal³)	2,1230	2,1310	2,1085	2,09	2,18
Amsterd.	89,295	89,515	89,305	88,25	90,25
Zürich	124,040	124,340	124,14	122,75	125,50
Brüssel	4,916	4,936	4,979	4,75	4,97
Paris	32,800	32,960	32,19	31,75	33,75
Kopenh.	27,635	27,755	27,428	26,50	28,50
Oslo	35,725	35,845	35,135	34,75	36,50
Stockh.**)	33,535	33,695	33,079	32,75	34,50
Mailand²) **)	1,644	1,654	1,601	1,64	1,73
Wien	14,209	14,240	14,201	14,11	14,33
Madrid**)	1,726	1,736	1,659	1,64	1,76
Lissabon**)	2,100	2,120	1,990	1,80	2,60
Tokio	1,1215	1,1265	–	1,07	1,12
Helsinki	46,300	46,500	45,35	45,75	47,50
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,803	2,807	–	2,30	3,10
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3475	2,3665	–	2,00	2,15
Johannesbg.*)	2,3655	2,3845	–	1,94	2,20

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der Kursrückgang, der am Freitag durch die schlechteren führenden Wirtschaftsindikatoren ausgelöst wurde, setzte sich am 3. 10. bis 2,6180 fort. Im Tagesverlauf kam es zu einer kleinen gegenläufigen Bewegung bis 2,6240, nachdem die ersten Taxen für Fed Funds bei 9⅝ bis 9¾ lagen. Die Zunahme der Geldmenge M1 um 2,3 Mrd. Dollar wurde vom Markt ohne Besorgnis registriert, da ein Überschreiten des Geldmengenziels zur Zeit nicht zu befürchten ist. Die amtliche Notierung kam mit 2,6215 ohne Beteiligung der Bundesbank zustande. Das englische Pfund wies den größten Tagesverlust mit 1,11 Prozent und einem Rückgang auf 3,903 auf, nachdem die seit Tagen erwartete Senkung der Baserate mit einem halben Prozentpunkt heute vorgenommen wurde. Auch die übrigen Währungen lagen schwächer, wobei 6 Währungen neue historische Tiefstkurse erzielten. Auf der Gewinnerseite waren lediglich der Schweizer Franken mit einer Befestigung auf 124,14 und der japanische Yen mit einem Anstieg auf 1,1230 zu finden. US-Dollar in: Amsterdam 2,9310; Brüssel 53,2025; Paris 7,9690; Mailand 1589,05; Wien 18,4380; Zürich 2,1117; Ir. Pfund/DM 3,117; Pfund/Dollar 1,4880.

Ostmarkkurs am 3. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,00; Verkauf 20,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Dollar-Deports wurden am 3. Oktober per Saldo etwas niedriger gehandelt, da trotz Anstiegs der Geldmenge ein geringer Zinsrückgang gegenüber Freitag eintrat.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,94/0,84	2,47/2,37	4,50/4,40
Pfund/Dollar	0,02/0,01	0,02/0,05	0,12/0,17
Pfund/DM	2,00/0,60	4,20/2,80	7,20/5,80
FF/DM	28/12	77/61	160/144

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 30. 9.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,7–5,9 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 30. 9.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 30. 9.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,88). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,69) – 10,00 (8,09) – 10,00 (8,35) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,16, 2 Jahre 7,27. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 99,40, Rendite 8,15.

Warenpreise – Termine

Erneut deutlich schwächer schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Dabei gab Silber in den entfernteren Sichten bis um das Limit nach. Während Kakao etwas niedriger bewertet wurde, ging Kaffee uneinheitlich aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

	30. 9.	29. 9.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	370,50	369,50
März	385,00	383,00
Mai	390,50	389,75
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	30. 9.	29. 9.
St. Lawrence 1 CW	238,64	240,15
Amber Durum	282,50	282,50
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	156,30	155,30
Dez.	160,00	159,00
März	165,50	164,90
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	135,00	135,00
Dez.	127,70	127,80
März	126,50	126,30
Hafer Chicago (c/bush)	30. 9.	29. 9.
Dez.	190,50	188,50
März	200,00	197,75
Mai	206,00	204,00
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	354,25	351,00
März	357,00	354,00
Mai	358,00	354,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	30. 9.	29. 9.
Okt.	131,80	132,00
Dez.	127,70	133,00
März	126,50	135,80

Genußmittel

	30. 9.	29. 9.
Kaffee New York (c/lb)		
Dez.	134,60	135,40
März	132,00	131,85
Mai	129,25	129,50
Kakao New York ($/t)	30. 9.	29. 9.
Dez.	2064	2088
März	2082	2102
Terminkontr. Mai	2105	2112
Umsatz	2930	3713
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	10,25	9,56
Jan.	10,40	10,36
März	10,93	10,85
Mai	11,25	11,20
Juli	11,50	11,50
Umsatz	10 950	23 125
Isa-Preis fob karibischen Häfen (US-c/lb)	30. 9.	29. 9.
	9,85	9,77
Kaffee London (£/t) Robusta-	30. 9.	29. 9.
Kontrakt Sept.	–	1816–1821
Nov.	1791–1793	1800–1801
Jan.	1765–1768	1766–1767
Umsatz	2749	4026
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	–	1450–1469
Dez.	1497–1498	1495–1497
März	1493–1499	1490–1491
Umsatz	4631	3552
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Okt.	–	162,75–163,00
Dez.	171,25–171,50	–
März	181,00	–
Mai	186,00–186,20	188,50
Aug.	–	–
Umsatz	5390	5700
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	30. 9.	29. 9.
schw. Sarawak spez.	247,50	247,50
weißer Sarawak	337,50	337,50
weißer Muntok	340,00	340,00

	30. 9.	29. 9.
Orangensaft New York (c/lb)		
Nov.	119,25	119,25
Jan.	114,70	114,70
März	113,05	113,00
Mai	112,45	112,30
Juli	112,20	112,10
Umsatz	250	250

Öle, Fette, Tierprodukte

	30. 9.	29. 9.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	53,00	53,00
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	32,50	34,00
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Okt.	31,65	31,55
Dez.	32,15	31,97
Jan.	32,15	31,96
März	31,90	31,65
Mai	31,00	30,90
Juli	29,90	30,05
Aug.	28,00	28,50
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	34,00	35,00
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	21,25	21,25
Choise white hog 4% fr. F.	15,25	15,25
Talg New York (c/lb)		
top white	17,25	17,50
fancy	16,75	17,00
bleichfähig	16,50	16,75
yellow max. 10% fr. F.	14,75	14,25
Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	41,00	41,40
Dez.	40,90	41,20
Febr.	44,20	44,60
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	57,65	58,12
März	57,85	58,30
Mai	59,70	60,10
Häute Chicago (c/lb)	30. 9.	29. 9.
Ochsen einh. schwere River Northern	52,00	52,00
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	50,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	870,00	857,00
Jan.	878,00	867,00
März	889,00	874,00
Mai	890,00	871,00
Juli	880,00	882,00
Aug.	850,00	838,00
Sept.	774,00	765,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Okt.	235,50	230,00
Dez.	240,00	234,00
Jan.	238,50	235,00
März	239,50	237,50
Mai	241,00	237,50
Juli	241,50	238,00
Aug.	241,50	227,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	30. 9.	29. 9.
Okt.	387,50	389,00
Dez.	396,50	397,00
März	410,50	411,00
Kokosöl New York (c/lb)	30. 9.	29. 9.
Westküste fob Werk	42,00	43,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	1. 10.	30. 9.
jegl. Herk. cif	1100,00	1095,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	660,00	680,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	715,00	685,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	214,00	212,00
Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	947,50	945,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	327,00	329,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	30. 9.	29. 9.
Baumwolle New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 2:		
Okt.	75,05	74,45
Dez.	76,95	76,20
März	78,50	77,78
Mai	79,30	78,85
Juli	79,70	79,25
Okt.	74,80	74,50
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	59,75	59,75
Wolle Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	30. 9.	29. 9.
Okt.	427–429	422–429
Dez.	427–425	422–428
Jan.	423–425	422–423
Umsatz	85	158
Wolle Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	30. 9.	29. 9.
Okt.	46,30	46,30
Dez.	46,10	46,00
März	46,40	46,30
Mai	46,70	46,60
Umsatz	0	15 750
Tendenz: ruhig		
Wolle Sydney (austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype	30. 9.	29. 9.
Okt.	547,1–548,0	547,5–549,5
Dez.	565,0–565,1	566,0
März	583,5–584,0	584,0–585,0
Umsatz	84	100
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	30. 9.	29. 9.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	30. 9.	29. 9.
Okt.	13 599	13 566
Nov.	13 626	13 584
Kautschuk London (p/kg)	30. 9.	29. 9.
Nr. 1 RSS loco	78,00–79,00	75,50–76,75
Nov.	78,00–78,10	75,30–75,50
Dez.	77,80–78,20	75,90–76,00
Jan/März	78,70–79,80	77,40–77,70
Tendenz: stetig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	30. 9.	29. 9.
Nr. 1 RSS loco:	252,00–253,00	250,50–251,50
Okt.	252,00–253,00	251,75–252,25
Nov.	256,50–257,50	255,25–256,00
Nr. 2 RSS Okt.	249,00–250,00	248,50–249,50
Nr. 3 RSS Okt.	245,50–246,50	245,00–246,00
Nr. 4 RSS Okt.	239,00–240,00	238,50–239,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	30. 9.	29. 9.
BWC	445,00	445,00
BWD	391,00	391,00
BTC	450,00	450,00
BTD	395,00	395,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Ft. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	1. 10.	30. 9.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	104,79–104,98	108,93–109,13
drittfolg. Monat	108,70–108,80	112,89–113,08
Zink: Basis London		
laufend. Monat	209,97–210,36	217,57–217,87
drittfolg. Monat	216,03–216,22	223,40–223,80
Produz.-Preis	231,04	232,59
Reinzinn 99,9%	3653–3690	3672–3708

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	1. 10.	30. 9.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	377,12–379,47	395,59–397,97
Blei in Kabeln	112,50–113,50	116,75–117,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	1. 10.	30. 9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	345–354	352–567
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	386–394	398–404
MS 63	389–394	402–406

Zinn-Preis Penang

	30. 9.	29. 9.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,80	29,85

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	1. 10.	30. 9.
Leg. 225	445–458	445–458
Leg. 226	447–460	447–460
Leg. 231	487–490	487–490
Leg. 233	497–500	497–500

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	1. 10.	30. 9.
Platin (DM je g)	36,05	38,85
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 600	34 700
Rücknahmepr.	32 850	33 950
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 550	34 880
Rücknahmepr.	32 540	33 620
verarbeitet	35 220	36 380
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 235	34 380
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	891,00	969,50
Rücknahmepr.	859,20	935,60
verarbeitet	930,60	1012,50

Internationale Edelmetalle

	3. 10.	30. 9.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	399,50	404,00
15.00	399,00	405,00
Zürich mittags	393,00–393,75	404,50–405,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	101 000	104 950
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	698,20	751,10
3 Monate	714,75	768,10
6 Monate	730,30	786,25
12 Monate	767,50	825,40
Platin (£-Feinunze) London	30. 9.	29. 9.
fr. Markt	272,05	277,65
Palladium (£-Feinunze)		
London	–	–
f. Händlerpr.	83,85	90,45

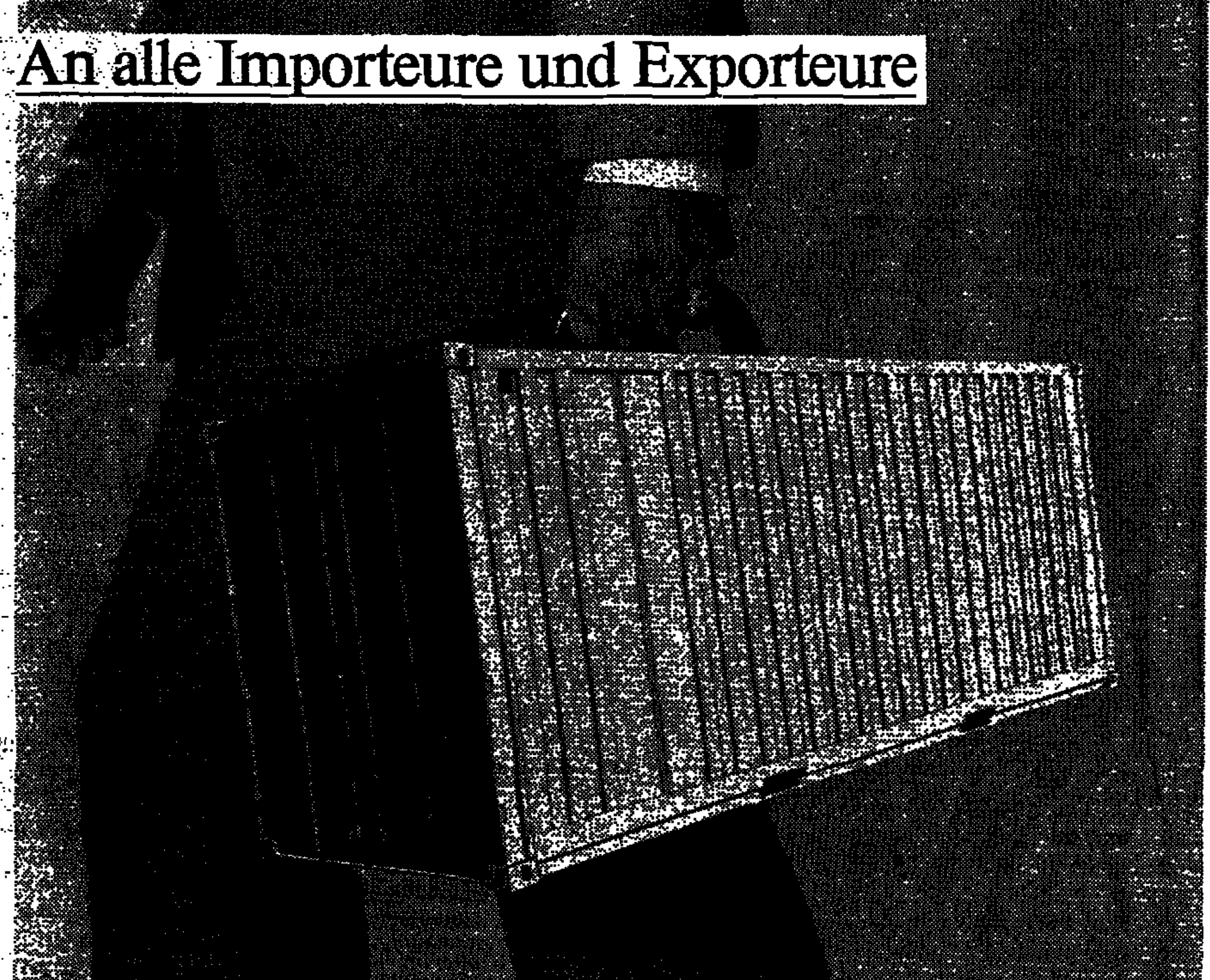
New Yorker Preise	30. 9.	29. 9.
Gold H & H Ankauf	405,00	408,75
Silber H & H Ankauf	1223,00	1157,50
Platin fr. Händlerpr.	421,00–428,00	421,00–428,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	143,00–145,00	147,00–149,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Okt.	1088,00	1128,00
Nov.	1097,50	1141,20
Dez.	1106,00	1151,00
Jan.	1116,50	1161,30
März	1134,00	1182,00
Mai	1158,00	1203,30
Juli	1177,50	1224,70
Umsatz	35 000	30 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	30. 9.	29. 9.
Okt.	65,80	66,50
Nov.	65,30	67,60
Dez.	65,90	68,30
Jan.	67,60	69,55
März	68,85	70,70
Mai	70,40	72,25
Juli	71,40	73,70
Umsatz	17 000	16 000

Londoner Metallbörse

	3. 10.	30. 9.
Aluminium (£/t)		
Kasse	1026,5–1027,5	1058,5–1059,5
3 Monate	1055,0–1056,00	1086,0–1086,50
Blei (£/t) Kasse	268,00–269,50	275,00–275,50
3 Monate	278,00–278,25	285,25–285,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	952,00–952,50	987,50–988,50
3 Monate	978,00–978,50	1014,0–1014,5
abends Kasse	–	990,00–991,00
3 Monate	–	1016,0–1016,5
(Kupfer-Standard) Kasse	929,00–930,00	964,00–966,00
3 Monate	953,00–954,00	989,00–991,00
Zink (£/t) Kasse	537,00–538,00	547,50–548,50
3 Monate	552,50–553,00	563,00–564,00
Zinn (£/t) Kasse	8410–8412	8435–8445
3 Monate	8520–8525	8545–8550
Quecksilber ($/Fl.)	–	320–330
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	78–83





In tiefer Trauer geben wir davon Kenntnis, daß Herr

Dr.-Ing. Friedrich Schaarschmidt

Seniorchef der Firma F. Luce Verpackungswerk, Bielefeld

am 30. September 1983 im Alter von 91 Jahren verstorben ist.

Dr. Schaarschmidt hat sich um die Gemeinschaftsarbeit unserer Industriegruppen als Gründer unserer Verbandsorganisationen bleibende Verdienste erworben. Sein hervorragender Sachverstand hat unsere Verbandsarbeit über Jahrzehnte hinweg begleitet und ihr richtungweisende Impulse vermittelt. Insbesondere für seine Verdienste um Technik, Forschung und Ausbildung wurden dem Verstorbenen hohe Anerkennungen und Auszeichnungen zuteil. Wir trauern um einen profilierten Unternehmer, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren werden.

HPV
Hauptverband der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie e.V.

Richard Dohse Präsident
Dr. Horst Kohl **Dieter von Tein** Hauptgeschäftsführer

VVK
Verband Vollpappe-Kartonagen e.V.

Dr. Günter Windaus Präsident
Dipl.-Kfm. Karl-Reiner Müller Geschäftsführer

Frankfurt am Main, den 3. Oktober 1983

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 6. Oktober 1983, um 13.00 Uhr, auf dem Johannisfriedhof in Bielefeld statt.



Mein geliebter Mann, unser guter, liebevoller Vater, Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, mein verehrter Chef, der Kaufmann

Lothar Krohn

* 18. 2. 1923 † 30. 9. 1983

ist nach kurzer schwerer Krankheit für immer von uns gegangen.

Wir trauern um ihn in Liebe und Dankbarkeit.

Dr. med. Annegret Krohn geb. Behrends
Hans, Frank, Jochen und Matthias Krohn
Ernst Krohn und Frau Grete geb. Tiedcke
Dr. med. Hans Behrends und Familie
Ingrid Lorenz geb. Krohn und Familie
Irene Hoffmann
für die Firma Gerhard L. R. Pfeiffer

Hamburg 56
Rheingoldweg 89

Wir nehmen Abschied am Freitag, dem 7. Oktober 1983, um 15 Uhr in der Johannes-Kirche, Rissen, Rissener Dorfstraße.

Statt zugedachter Kranz- und Blumenspenden, bitten wir den Hamburger Landesverband für Krebsbekämpfung e. V., Konto Dresdner Bank (BLZ 200 800 00) Nr. 9 163 785, zu bedenken.

Ein vorbildliches Leben hat in Frieden seine Vollendung gefunden, in Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied.

GERTRUD SPECKTER

geb. Ottmer

geb. 3. 8. 1897 gest. 30. 9. 1983

Paul Speckter und Frau Renate geb. Vogemann
Hans-Richard Paschen und Frau Maria geb. Speckter
Christoph v. Saldern und Frau Christiane geb. Speckter
Axel Schlegtendal und Frau Bettina geb. Speckter
Susanne Speckter
Dr. Reinhard Arndts und Frau Clara-Maria geb. Paschen
Hans-Richard Paschen jr.
Johann-Christian Paschen und 5 Urenkel

Rathenaustraße 1a
2000 Hamburg 60

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 7. Oktober 1983, um 11.30 Uhr in der Hauptkirche St. Nikolai, am Klosterstern. Anschließend Beisetzung im Familienkreis.

Schloß auf zwei Rädern

P. J. – Nun sind unsere Autobahnen wieder leerer. Nur vereinzelt noch zuckeln Wohnwagen gemächlich über die Straße. Der Autofahrer, der im sommerlichen Ferienstau gern ein generelles Autobahnverbot für alle Caravans und ähnliche hinderliche Gefährte erlassen sähe, hat jetzt ein wenig mehr Muße – und gelegentlich sogar einen Blick für die Eigenheiten dieser seltsamen Fahrzeuggattung. Dabei entdeckt er, daß sich offenbar nicht nur die Wohnwagen-Designer erbitterte Kämpfe um das, was sie praktisch und schön nennen, liefern, auch die Namensgeber scheinen von dem Drang beseelt zu sein, die Konkurrenz durch eine gepflegte Wortwahl zu übertrumpfen.

Daß sich da ein „Chateau" mit zwei Rädern begnügen muß oder auch ein „Castle" (My Mobil-Home is my Castle?) mag noch angehen. Aber was hat man sich bei der „Comtesse" gedacht? Und was bei „Lux"? Soll dieser Name die Erleuchtung bringen, daß man nur mit halbem Luxus rechnen darf? Wenn orientalisch-exotischer Beweglichkeit mit einem „Nomad", einem „Beduin", gefolgt von einer „Oase" gehuldigt wird, kann man sich denken, was sich die Benamser gedacht haben. Aber ob der, der „Taiga" für eine gute Typenbezeichnung eines Wohnwagens hielt, schon einmal in der Taiga geschlafen hat?

Soll, wer einen „Pirat" erwirbt, sich als Freibeuter einer neuen Freizeitkultur fühlen? Erinnert „Sport" daran, daß das Nächtigen in diesen fahrbaron Zellen stets ein eigenwilliger Sport bleiben wird?

Was aber soll man davon halten, wenn man eine Steigung in lähmender Schlange erklimmt, weil ein Wohnwagengespann genüßlich ein anderes überholt, und man liest dann, daß dieses Gefährt den schönen Namen „Sprinter" trägt?

Braunschweig gedenkt des deutschen Mäcenas

Des armen Welfen scharfes Auge

Das Museum von Braunschweig mit seiner bedeutenden Sammlung italienischer und holländischer Malerei, z. B. dem „Weintrinkenden Mädchen" von Vermeer oder mit fünf zentralen Werken Rembrandts, ist weltbekannt und wegen seiner Lage am Rande der Bundesrepublik doch selten besucht. Es ist die erste fürstliche Sammlung in Europa, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Sie trägt den Namen ihres Gründers, Herzog Anton Ulrich von Braunschweig, der heute vor 350 Jahren geboren wurde. Aus diesem Anlaß dokumentiert eine Ausstellung sein Leben und Wirken als Dichter, Kunstsammler, Gelehrter und Bauherr.

Die Mittel des Herzogs waren bescheiden, gemessen an den Möglichkeiten anderer Herrscherhäuser. Die Wahl der Bilder, die er kaufte, war deshalb nicht von den teuren Vorlieben seiner Zeit, sondern von seinem persönlichen Geschmack bestimmt. Um so bemerkenswerter ist, daß die Sicherheit seines Urteils die Jahrhunderte überdauerte. Die von ihm verfaßten geistlichen Lieder wurden in den Kirchen Norddeutschlands bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts gesungen, seine Romane, heute nur noch Spezialisten bekannt, waren zu seiner Zeit Bestseller. Und ein Zeichenbuch in der Ausstellung belegt, daß er sich auch als Zeichner auszudrücken verstand. Was der Lehrer dort brav gefällig vorgezeichnet hat, erscheint in der Kopie des zwölfjährigen Anton Ulrich bereits kraftvoll und persönlich geprägt.

Seine Lebenszeit reichte von der Katastrophe des Dreißigjährigen Krieges bis zur Hochblüte absolutistischer Herrschaftsentfaltung. Nach dem Vorbild von Versailles, jedoch menschlicher, wärmer, durchaus auch fröhlicher und lieblicher baute er sein Schloß Salzdahlum, das durch Verarmung des Welfenhauses und seine wachsende Gleichgültigkeit gegenüber kulturellen Verpflichtungen bis in unsere Tage hinein gänzlich verfiel und schließlich abgetragen werden mußte. Angefüllt war dieses Schloß mit Kunstschätzen, die zu sammeln schon der Jüngling begann. Nicht nur Gemälde gehörten dazu, sondern auch Kunsthandwerk, Kleinplastiken, Miniaturen und Münzen.



Balthasar Permosers Marmorbüste des Herzogs Anton Ulrich, aus der Braunschweiger Ausstellung FOTO: KATALOG

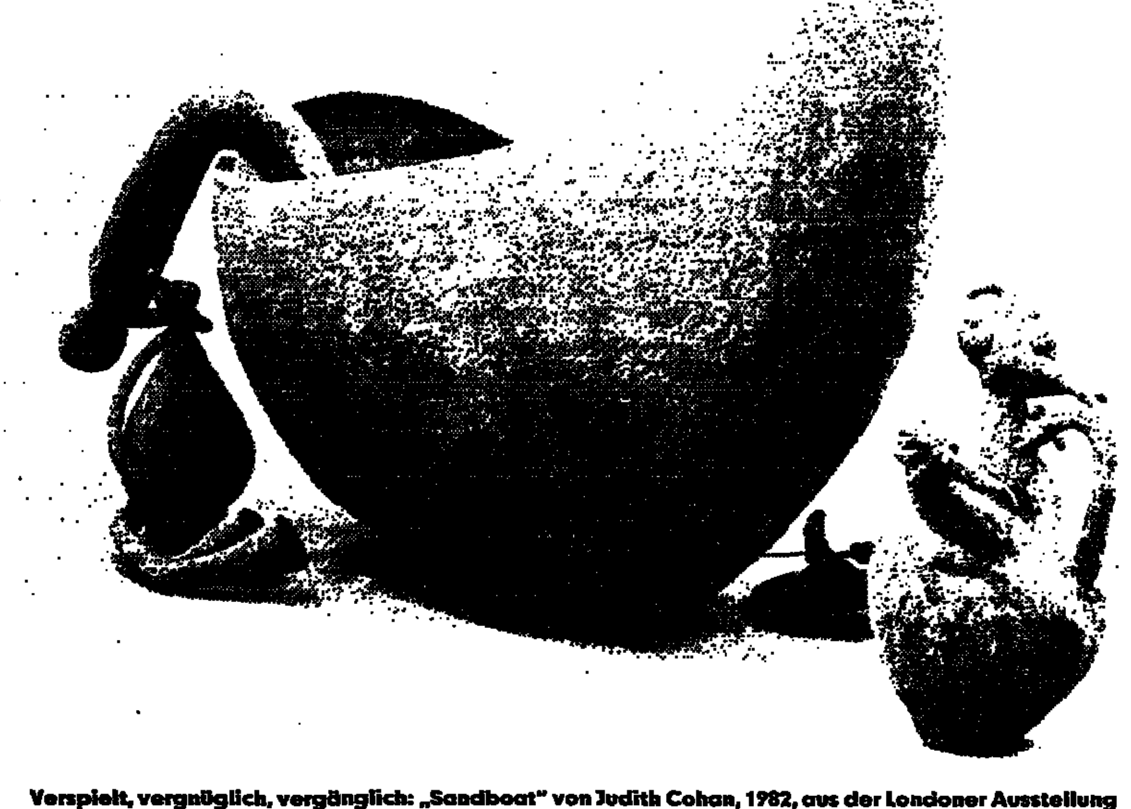
Als bedeutend gilt die nahezu unverändert auf uns überkommene Sammlung italienischer Majolikas, deren rustikaler und farblich greller Ausdruck für uns heute eher ein Kuriosum darstellt. Und als wohl einzigartig muß die Kollektion französischer Maleremails des 16. Jahrhunderts angesehen werden. Von einem sehr frühen Interesse für fremde Kulturen zeugen chinesische Plastiken aus Speckstein, die in ihrer Unsymmetrie eine erschreckende Faszination ausgeübt haben müssen, sowie japanische Lackarbeiten. Die barokken Elfenbeinstatuetten waren da dem Sammler gewiß näher, da er selber meisterlichen Unterricht in Elfenbeindrechselei erhalten hatte.

Herzog Anton Ulrich trieb wissenschaftliche Studien und sammelte Bücher. Er begründete nicht nur das Museum in Braunschweig, sondern auch die einzigartige Bibliothek von Wolfenbüttel, zu deren Direktor mit dem Titel eines Hofrats er Leibniz berief. Der Philosoph, Mathematiker und Naturwissenschaftler war drei Jahre vor dem Regierungsantritt Anton Ulrichs aus Paris nach Hannover gekommen. Was ihn aus der europäischen Metropole in die bescheidene Residenzstadt zog, war die Hoffnung des 30jährigen, politischer Ratgeber eines Herrschers zu werden. Er avancierte zwar zum Freund und Ratgeber der Familie, verlor aber mit dem Tode des Vaters unseres Herzogs an Einfluß. Anton Ulrich ließ an politischem Rat nur gelten, was dem Machtzuwachs seines Hauses diente.

Erst ein Jahrzehnt später, als die Forschungen des Gelehrten über die Geschichte der drei regierenden Linien des Welfenhauses sich in der Frage der pfälzischen Erbfolge als von hohem Nutzen erwiesen, berief er Leibniz und folgte seinem Rat. Der Gelehrte traf die Auswahl der Professoren an der Universität von Helmstedt und berief die Lehrer an der Ritter-Akademie von Wolfenbüttel. Als deren Nützlichkeit in Zweifel gezogen wurde, stellte Leibniz in einem vom Herzog angeforderten Gutachten fest, daß an den dort geübten Exerzitien nichts auszusetzen sei, daß es den adligen Studierenden aber an Disziplin mangele.

Dieses ist der erste Hinweis auf den geistigen Abstieg des Adels, von dem sich die hohe Bildung und die Breite der kulturellen Wirkung des Braunschweiger Hauses um so auffälliger abhebt. Denn anfangs hielten noch die kaiserlichen Truppen das Land besetzt und die Familie lebte in bescheidenen Verhältnissen. Vielleicht war die hohe Kunstentfaltung des Hauses eine Folge der äußeren Beschränkung. Und der Niedergang des geistigen Anspruchs in den folgenden Generationen eine Folge der Saturierung. Dieser Rückblick, den die Ausstellung in Braunschweig gibt, ist also nicht nur eine historische Dokumentation und ein nötiger Hinweis auf eines unserer besten Museen in Deutschland, es lenkt unser Nachsinnen auch auf Phänomene unserer Zeit. (Bis 30. Okt.; Katalog: 40 Mark)

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN



Verspielt, vergnüglich, vergänglich: „Sandboat" von Judith Cohan, 1982, aus der Londoner Ausstellung FOTO: ARTS COUNCIL

Düsseldorf: Neues „Kom(m)ödchen"-Programm

Steuerabzug für Papa

Was einst die Seele des Menschen, sind heute seine Daten. Das Fleisch verwest, die Information bleibt. Zu dieser Erkenntnis kommen vier in schwarze Overalls gekleidete Gestalten – noch Menschen oder schon Software? –, die in das Hirn eines Computers eingespeichert wurden. Der Großrechner steht auf der Bühne des Düsseldorfer „Kom(m)ödchens" und hat „Die Sache Mensch" (so der Titel des neuesten Programms) längst per floppy disc geregelt.

Daß die neu zusammengesetzte Kabarettisten-Mannschaft unter der Regie von Kay Lorentz die Sache ebensogut in den Griff bekommen hat, kann man dagegen nicht sagen. Zu unterschiedlich ist das Niveau der Szenen, die zum größten Teil von Wolfgang Franke stammen; zu unterschiedlich auch die Fähigkeiten der Akteure, die deshalb eine homogene Ensemble-Leistung keinen Abend lang halten können.

Hin und wieder ertappt man sich dabei, einen Auftritt der „Kom(m)ödchen"-Chefin Lore Lorentz herbeizusehnen. Doch die spielt diesmal nicht mit. Nun, es geht auch ohne sie, aber ... Aber dem Kabarettisten-Quartett fehlt es nun doch sichtlich an Souveränität, sozusagen die positive Kehrseite der Routine. Da strampelt man sich richtig ab, um „überzukommen", chargiert auf Deibel komm' raus, setzt die Pointen dick und bedeutsam, wo bei der Lorentz eine Andeutung, ein mokantes Lächeln genügt hätten.

An vorderster Stelle stand, erwartungsgemäß, Thomas Freitag. Man hatte jedoch stets den Eindruck, daß er sich zurückhielt, um die Mitstreiter nicht an die Wand zu spielen – was ihm mühelos gelungen wäre. Erst gegen Schluß bekam er endlich die Gelegenheit, sich mit seiner Politiker-Runde, angeführt von „Ernst Dieter Lueg", wieder einmal als hervorragender Imitator zu profilieren.

Dem schlacksig-sympathischen Michael Quast tat es sichtlich wohl, daß er sich nicht, wie bei seinem letztjährigen „Kom(m)ödchen"-Debüt, an seiner Partnerin Lore Lorentz messen lassen mußte. Dennoch: Die leisen Töne und die Zwischentöne sind seine Sache (noch) nicht. Von den mitwirkenden Damen läßt Angela Fischer noch am ehesten Anlagen zur kühl-klugen Kabarettistin erkennen. Ob allerdings Mariele Millowitsch (ja, ja, die Tochter!) auf dem schlüpfrigen Boden politischer Satire gut aufgehoben ist, muß stark bezweifelt werden. Das komödiantische Talent des munteren kölschen Mädchens käme auf Vaters eigener Bühne sicherlich besser zur Geltung.

Und überhaupt: was heißt hier politische Satire? Die Klingen sind stumpf geworden, nicht einmal die „Wende" hat sie wieder geschärft. Obwohl man – alles in allem – froh ist, daß man die Buhmänner jetzt wieder in Regierungskreisen suchen kann, allen voran natürlich Zimmermann und Geißler, dessen Auschwitz-Ausspruch höhnisch als Kehrwert des heraklitschen „Krieg als Vater aller Dinge" gebrandmarkt wird. Ansonsten bleibt man strikt privat, auch am Arbeitsplatz.

Da beobachten etwa zwei ausgediente Arbeiter den Computer „Heini", der statt ihrer nun die Autos zusammenbaut, und, geplagt von schleichendem Chipzerfall, Bockmist baut, aber nicht mehr durch Menschen ersetzt werden kann, weil die das Arbeiten längst verlernt haben. Da wird der Tod der Gattin mit einprogrammierten „Ave Maria" betrauert, der Vater aber im Altenheim belassen, weil er nur noch dort als abschreibungsfähiger Steuerposten zu gebrauchen ist. Solche Sketche haben immerhin noch formales Niveau; das „Gespenst" am Schluß jedoch, das über den Verfall des deutschen Waldes jammert, ist schlichtes Schülertheater von der bemühtesten Sorte. Das Publikum der Premiere applaudierte dennoch lautstark den Prophezeiungen über den baldigen eigenen Untergang.

„Es gibt Themen für das Bonner Sommerloch, es gibt Themen für die Illustrierten, und es gibt Themen fürs Kom(m)ödchen", verheißt das Programmheft. Nun, vielleicht kommen die in dem Soloprogramm zur Sprache, das Lore Lorentz für den Winter vorbereitet. Diesmal ließen sie noch auf sich warten.

RAINER NOLDEN

London präsentiert Englands junge Bildhauer

Der trockenste Rotwein

Ein Hund hebt sein Bein an einem Kamel in Londons Kensington Gardens. Das Tier steht stockstill. Es ist aus Holz und ein Kunstwerk: Es gehört zu den rund 200 Skulpturen von 50 britischen Bildhauern, denen London so großzügig wie nie zuvor Spielwiesen eingeräumt hat. Am südlichen Themseufer in der Hayward-Gallery und am Flußufer selbst und in Kensington Gardens und der dortigen Serpentine-Gallery haben zumeist junge Künstler die Gelegenheit, ihre jüngsten Produkte zu zeigen.

Die „Skulptur-Show" macht erst einmal klar, daß der klassische Begriff Skulptur oder Plastik nur auf wenige dieser Gebilde paßt. Zum anderen: Es darf wieder gelacht werden. Vieles, was hier zur Schau steht, ist verspielt, vergnüglich, vergänglich. Ein Großteil der jungen Generation hat den Ernst der streng in Abstraktion und dauerhaftem Metall arbeitenden Vorgänger der sechziger und siebziger Jahre wie Anthony Caro abgestreift. Wie schon Künstler – oft von schierer Geldnot getrieben – vor ihnen, klauben sie ihre Materialien auf Abfallplätzen zusammen, von Schrott bis zu Fahrradreifen oder ausrangierten Möbeln. Die rangieren dann durchaus selbstbewußt neben den vornehmeren Stücken aus Marmor, Bronze oder Holz.

Auch stilistisch geht alles, von archaischer Kunst, den Wikingern, den Griechen oder Brancusi hat man sich inspirieren lassen. Die auffälligste Tendenz: Viele Plastiken sind mit satten Farben bemalt, der derzeitige Trend der „wilden" Maler hat offensichtlich auch die Arbeiter in drei Dimensionen ergriffen.

Weit ausladende Installationen füllen die großräumige Hayward-Gallery. Vieles, an dem der Titel das aufregendste ist, kriecht da allerdings aus bemaltem Sperrholz über den Boden. Überzeugend sind hingegen die eleganten Holz- und Stahlformen, die Kenneth Draper in intensiven Rostfarben bemalt und an den Wänden befestigt hat. Oder Kate Blackers Gebilde aus zerbeultem Blech, auf die sie eine elegante Matisse-Madam oder Cézannes Lieblingsmotiv des Bergs Saint Victoire pinselte.

Paul de Monchaux, Professor an der renommierten Camberwell-School, vertritt eine traditionellere, zurückhaltendere Version bei seinen zwischen Abstraktion und Gegenständlichkeit ausgependelten Steinstücken. Runenzeichen oder Palmetten finden sich bei seinen Schülern in Stein geschnitten. Ein großes archaisches Boot, aus dem sich Figuren weit hinauslehnen, wurde aus Sand und Harz geformt, und auch im Freien ist die Faszination durch die Archäologie in frisch gebauten Ruinenmauern spürbar.

Sie bröckeln gleich um die Ecke von surrealistischen, aber harten Liegestühlen aus Bronze, von dickleibigen Schweinen oder Wölfen aus bemaltem Holz oder dem oben erwähnten Kamel.

Zu einer edlen Weinprobe scheint ein sorgfältiges Arrangement mit Rotwein gefüllter Gläser einzuladen. Doch handelt es sich hier um eine ästhetische Trockenübung: So raffiniert wurden sie plaziert, daß ihr Schatten mit dem der darüber hängenden Glühbirnen zusammenfällt. Zweifellos ist bei dieser Ausstellung die erste Formulierung der Idee in der Zeichnung oft das beste. So dachte wohl auch Richard Long, der sich hier mit einem sehr schönen, eindimensionalen Gedicht begnügt. Großzügig hat man auch Gerard de Thamses gemalte Version von Caravaggios „David und Goliath" aufgenommen: Metapher für den Garaus der herkömmlichen Skulptur?

Alles in allem: Ein informatives und unterhaltendes Menü. Und auch nicht ungefährlich: Das Riesen-Unterseeboot „Polaris", das David Mach aus einer Unzahl von ausrangierten Autoreifen am Themseufer zusammengebastelt hat, ging kurz nach der Eröffnung lichterloh in Flammen auf (bis 9. Oktober).

HEIDI BÜRKLIN

JOURNAL

„Berlin um 1900" als Thema der Festwochen

dpa, Berlin

Die nächsten „Berliner Festwochen" (4. September bis 1. Oktober 1984) werden unter dem Schwerpunktthema „Berlin um 1900" stehen. Dies teilte Festspielleiter Ulrich Eckhardt zum Abschluß der diesjährigen Festwochen mit, die insgesamt 132 000 Besucher bei 124 Veranstaltungen zählten. Laut Eckhardt wurden damit „erheblich mehr Besucher" als im vergangenen Jahr gezählt. 91 Prozent der zur Verfügung stehenden Plätze seien im Kartenvorverkauf ausgenutzt worden.

Unesco-Musikpreis an Karajan und Arrau

dpa, Stockholm

Herbert von Karajan ist am Samstag in Stockholm mit dem Musikpreis 1983 des Internationalen Musikrates ausgezeichnet worden. Neben Karajan erhielten den Preis dieser Abteilung der UNO-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco) auch der chilenische Pianist Claudio Arrau und die Schwedische Musikalische Akademie. Die Übergabe durch die schwedische Prinzessin Christina, einer Schwester von König Carl Gustaf, fand allerdings ohne Karajan und Arrau statt.

Görres-Gesellschaft tagt in der Schweiz

dpa, Freiburg (Schweiz)

Die Görres-Gesellschaft zur Pflege der katholischen Wissenschaft tagt seit dem Wochenende bis morgen in der Universität der Westschweizer Stadt Freiburg. Die 1876 in Koblenz am Rhein gegründete Vereinigung hält ihre Generalversammlung erstmals in der Schweiz ab. Bei dem Treffen werden etwa 400 Vertreter von deutschen, österreichischen und schweizerischen Universitäten über Probleme der verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen sprechen.

Film über Hodler in Paris prämiert

AFP, Paris

„Valentine", ein Film der Schweizer Jura Bruschweiler und Herbert E. Meyer, ist beim 7. Internationalen Kunstfilmfestival in Paris mit dem ersten Preis ausgezeichnet worden. Der Streifen dreht sich um Leben und Werk des Malers Ferdinand Hodler (1853–1918).

Zu Bachs Geburtstag Leipzig restaurieren

AFP, Leipzig

Rechtzeitig zum 300. Geburtstag von Johann Sebastian Bach im Jahre 1985 sollen der 800 Jahre alte Stadtkern Leipzigs und vor allem die Thomaskirche, in der Bach von 1723 bis 1750 als Kantor gewirkt hat, restauriert und schöner gestaltet werden. Nach dem Willen der Denkmalschützer soll auch das etwa 450 Jahre alte „Fregehaus" in der Katharinenstraße mit in die Restaurierungsarbeiten einbezogen werden.

Literaturzeitschrift attackiert S. Csoori

Bal. München

Gegen den ungarischen Schriftsteller Sandor Csoori, gegen den bereits im Juli ein einjähriges Publikationsverbot verhängt worden war (s. WELT v. 22. 7.), richtete sich jetzt eine Attacke der Literaturzeitung „Elet es Irodalom" (Leben und Literatur). Darin wird versucht, eine Beziehung zwischen Csoori und den „Pfeilkreuzlern", den ungarischen Faschisten, herzustellen, weil diese in ihrer Zeitschrift eine Stellungnahme Csooris zur Lage der ungarischen Minderheit in der CSSR begrüßt hätten. Die Emigrantenzeitschrift „Nemzetör" ist jedoch kein Organ der Pfeilkreuzler, und der Autor des Artikels, der als Zeuge gegen Csoori benutzt wird, steht im scharfen Gegensatz zu dieser Bewegung.

Zum Auftakt der Ära Bogianckino an der Pariser Oper Rossinis „Moses"

Das Trumpf-As von Liebermann

Über Massimo Bogianckino schlugen keineswegs die Wellen des Mißerfolgs zusammen wie über Pharao und den Seinen nach der Verfolgung der Juden durch das Rote Meer. Aber ein Wagnis war es doch, ausgerechnet mit Rossinis „Moise" den Einstand als neuer Administrateur Général in der Pariser Opéra zu geben. Aber Bogianckino war immer schon ein Theatermann, der jenseits von uniformen Opernspielplänen den von ihm geleiteten Häusern ein scharfes Profil zu geben vermochte. In Mailand, Rom und vor allem als Verantwortlicher für den Maggio Musicale in Florenz setzte er Zeichen.

Bogianckino will den sonst gar nicht so bescheidenen Franzosen ein neues Selbstbewußtsein als Opernnation zurückgeben. Wiederentdeckt werden sollen all jene, fast schon vergessenen, einst speziell für Paris entstandenen Werke oder Werkfassungen. Ist Frankreichs Anteil am internationalen Opernrepertoire verhältnismäßig schmal, so ist der Einfluß, den es im 19. Jahrhundert auf das Schaffen ausländischer Komponisten ausübte, um so größer. Die „Grand Opéra" der Spontini-Schule lebte nicht nur durch Meyerbeer weiter, sondern auch Komponisten wie Rossini, Donizetti, Verdi und Wagner beugten sich ihren Forderungen.

„Moise", „Jérusalem", „Iphigénie en Tauride" und „Tannhäuser" sind für die erste Spielzeit vorgesehen. „Medea", „Don Carlo", „Les Martyrs" sollen folgen, ebenso wie beide Versionen des verdischen „Macbeth", denen beide Fassungen der „Butterfly" noch in dieser Spielzeit vorausgehen. Einen noch von Liebermann gemischten Trumpf kann der neue Intendant schließlich mit Messiaens lang erwarteter Oper „Saint François D'Assise" ausspielen.

Rossinis „Moses und der Pharao" – kürzer „Moise" im Gegensatz zum „Mosé in Egitto" – ist ein neuer, glänzender Stein in der jüngsten Kette funkelnder Rossini-Aufführungen, die mit Vorliebe den ernsten Rossini berücksichtigen. Und es ist eine bewußte Antwort auf die 14 Tage zuvor beim Rossini-Festival in Pesaro gezeigte Urfassung. Die 1827 für Paris umgestaltete Version ist mehr als eine bloße französische Übertragung des nahezu zehn Jahre zuvor in Neapel uraufgeführten „Mosé in Egitto". Die geringsten Abweichungen bestanden in den Änderungen der Personennamen und der Erweiterung von drei auf vier Akte. Viele Szenen konnten, neu placiert, in wörtlicher Übersetzung beibehalten werden. Der dritte Akt hingegen entstand vollkommen neu; die Orchestersprache erwuchs farbiger und reicher. Die Balletteinlagen – auf die man in dieser Aufführung verzichtete – und die erweiterten Finali gaben dem Zug zur großen Oper nach, die kaum mehr über Arien verfügt. Das für Rossini ungewöhnliche Thema wurde durch die Uraufführung während der Fastenzeit, die nur die Darstellung biblischer Themen erlaubte, erzwungen.

Rossinis vierte Oper für Neapel lebt denn auch stärker vom Gegensatz der blockhaften, großbesetzten Chöre und der rezitativischen Autorität des Moses als durch die keusche Leidenschaftlichkeit in der Liebe zwischen Anais, der Tochter des Israelitenführers, und Aménophis, dem Sohn des Pharao.

Den Charakter barocker geistlicher Opernaufführungen wollte Luca Ronconi in Paris betonen: Rossinis Oper als szenisches Oratorium mit den reichen Mitteln des Jesuitentheaters, mit der üppigen Pracht des Barocks und dem szenischen Erbe der Renaissance. Die Schwere und Massigkeit von Gianni Quaratas weißer Szenerie südländischer Prägung stellt gleichzeitig eine Verbindung her zum erdrückenden Pariser Neobarock, wo jeder Faltenwurf zum steinernen Abbild wird und der überdimensionale Ausdruck zum Pathos drängt.

Unumstritten trotz eines spröden, harschen und lustlosen Orchesterklanges und eines Chores, der Exaktheit durch Lautstärke zu ersetzen versuchte, war die musikalische Realisierung durch Georges Prêtre. Ein junger Moses war Samuel Ramey, um Volumen bemüht in den Tiefen, doch mit erzener Durchschlagskraft. Neu für Paris war Cecilia Gasdia als Anais, sie spielte die süßen Koloraturen dezent aus und hielt sich bei dramatischen Versuchen schonend zurück. Verschmerzen konnte man die Streichung der großen Auseinandersetzung zwischen dem Pharao (Jean-Philipp Lafont) und seinem Sohn (Keith Lewis), während man hingegen gerne die Szene des Eliezer (Jean Dupouy) gehört hätte. Mit Shirley Verrett kehrte ein Liebling des Pariser Publikums zurück. In blendender stimmlicher Verfassung war es ihr ein Leichtes, als ägyptische Königin Sinaide in einem brillanten Wechselgesang mit Chor und Tenor zu glänzen.

ROLF FATH

Probleme mit der Philosophie als Schulfach – Ein Symposion in Bonn

Wenn Mona Lisa zum Holzschnitt wird

Welchen Philosophieunterricht brauchen unsere Schüler? Die Lektüre Senecas und Platos im altsprachlichen Unterricht? Oder Ethik, diskutiert am Problem des Waldsterbens? Oder ein ganz neu zu konzipierendes Fach? Diese Fragen wurden jetzt auf einem Symposion „Der Bildungsauftrag der Philosophie" in Bonn ausführlich diskutiert.

Daran, daß Philosophie überhaupt als Unterrichtsfach gebraucht wird, und zwar nötiger denn je, ließ Wolfgang Kluxen, Professor an der Universität in Bonn, Ausrichter des Symposions und Vorsitzender der Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie, in einem Gespräch mit der WELT keinen Zweifel. „Die Veränderung der Gesellschaft hat ein Vakuum zurückgelassen zwischen der literarischen, feuilletonistischen Kultur einerseits und der wissenschaftlichen Kultur andererseits, das ausgefüllt werden muß", meinte Kluxen. „In dieser Situation wird die Philosophie als Vermittlerin gebraucht insofern, als sie Sorge um das Allgemeine hat, nämlich um die Ratio, die das Verbindende ist."

Auf dem Symposion sah man sich gründlich bei den europäischen Nachbarn um, die in puncto Philosophieunterricht viel weiter sind. Vor allem bei den Franzosen kommt dem Unterrichtsfach Philosophie und dem Einüben des Umgangs mit Begriffen und Argumenten seit langem eine viel größere Bedeutung zu. Sie ist Pflichtfach der letzten Klasse des Gymnasiums. Um die „gesellschaftliche Akzeptanz" macht man sich da keine Sorgen. Auch die italienischen Gymnasiasten erhalten traditionsgemäß drei Jahre Unterricht in Geschichte der Philosophie, wenn auch primär an Handbüchern und Sekundärliteratur orientiert.

Kluxen vertritt die Auffassung, daß die Philosophie auf deutschen Schulen bisher deshalb so stiefmütterlich behandelt wurde, weil nach dem klassischen Bildungsgedanken in den althumanistischen Gymnasien stets die Altphilologie dominierte. Cäsar verdrängte über Generationen Seneca, und an Platons Staat übte man allenfalls das Gerundivum. Philosophie als eigenes Unterrichtsfach gibt es erst seit einigen Jahren in allen deutschen Bundesländern.

Sie ist jetzt aufgerufen, so Kluxen, in den Schulen „Orientierungsmaßstäbe und -mittel an die Hand zu geben und zu befähigen, Argumente zu durchschauen und einzuordnen". Und dies nicht nur um des Spielens mit den Argumenten willen. Es gehe, sagt Kluxen, um die Frage „Wie kann das Leben glücklich gelingen?" Zentrum der Philosophie sei immer noch die Metaphysik. Als wahr dürfe jedoch alles gelten, „was uns etwas sagt". Doch um wirklich urteilen zu können, sei eben Philosophie nötig. „Die Franzosen gehen hierbei sogar soweit, die naive Schülerfrage als eher fremdbestimmt durch die Medien zu halten. Die authentische Schülerfrage muß erst durch Erziehung zu klarer Begrifflichkeit herausgebildet werden, meint man dort."

Voraussetzung dafür sei jedoch, meint Professor Kluxen, der diese Auffassung ebenfalls favorisiert, eine wirklich seriöse Ausbildung, und zwar zuerst einmal der Lehrer. Lateinlehrer oder Religionslehrer, die nebenbei auch Philosophie unterrichten, genügten nicht. Denn die Lehrer hätten gerade bei einer Einführung in die Philosophie die schwierige Aufgabe, „so zu vereinfachen, daß der Schüler trotzdem nicht in die Irre geführt wird". Das sei mindestens ebenso schwer, wie die Mona Lisa ohne Ausdrucksverlust in Holz zu schneiden.

SIMONE GUSKI

KULTURNOTIZEN

„Orgel und Staub", gesammelte Gedichte von Theodor Kramer, wurde von der Darmstädter Jury zum Buch des Monats Oktober gewählt.

Ein Brief Wagners an russische Freunde, datiert vom 11. Juli 1882, ist in einem Leningrader Archiv gefunden worden.

Unveröffentlichte Songs von John Lennon, während der Arbeiten an seiner letzten LP „Double Fantasy" entstanden, kommen jetzt unter dem Titel „Milk and Honey" auf Platte heraus.

Jan Bialostocki wird den Reuchlin-Preis 1983 der Stadt Pforzheim erhalten.

Robert Filliou erhielt den Kurt-Schwitters-Preis der Stadt Hannover.

Anton Weberns Drama „Tot" wird vom WDR in Köln erstmals produziert; die Ursendung findet am 3. Dezember statt.

Der billige Asientrip wird häufig zur Reise ohne Wiederkehr

Von ROBERT ALEXANDER

Paul Mertens (Namen von der Red. geändert) wußte, wie man in Thailand ans große Geld kommt. Er überredete Herbert Netzler, in Deutschland seine Wohnung zu verkaufen, und den Erlös investierten die beiden in Bangkok in den Heroinschmuggel. Doch schon beim ersten Versuch flogen sie auf: In einem thailändischen Gefängnis sitzen sie jetzt Strafen von 28 und 33 Jahren ab.

Immer mehr Europäer, Amerikaner und Australier kommen als „Drogenkuriere" nach Südostasien, und immer mehr werden dabei erwischt. Mehr als hundert solcher Amateure verbüßen derzeit in Thailand hohe Strafen. Etwa ebensoviele sitzen in Malaysia, Singapur und Hongkong.

Seit einigen Jahren haben diese Länder ihre Gesetze gegen Drogenbesitz und Drogenschmuggel verschärft und greifen härter durch. Die örtliche Rauschgiftmafia will das Transportrisiko nicht mehr alleine tragen. Deswegen kommen immer mehr „Dealer" selbst oder heuern Kuriere an. Dafür bieten sich oft Süchtige an oder junge Leute, die glauben, sich so eine billige Asienreise verdienen zu können.

Doch daraus wird allzu leicht ein teurer Trip: Jede Woche gibt es neue Verhaftungen und schnelle Urteile. Faustregel: ein Jahr pro Gramm Heroin. Die meisten der in Thailand verurteilten Deutschen haben keine kriminelle Vergangenheit: „Beim ersten Mal wußte ich nicht, welches Risiko ich einging", gestand einer von ihnen. „Beim zweiten Mal wußte ich es und dachte, es wird schon noch 'mal gutgehen. Das dritte Mal sollte das letzte Mal sein – der große Coup. Da haben sie mich erwischt."

In Malaysia und Singapur droht bei größeren Mengen Heroin sogar die Todesstrafe. 26 Malaysier wurden bereits hingerichtet, zehn warten noch auf den Henker. Ausländer waren nicht dabei. Zwar wurde eine 26jährige Französin zum Tode verurteilt, nach langen Monaten der Angst aber zu lebenslänglich begnadigt.

Aber schon eine längere Strafe in asiatischen Gefängnissen ist für Europäer die Hölle. „Wer in einem Land der Dritten Welt Gefängnis riskiert, muß wissen, daß er wie die Ärmsten der Armen leben wird", warnt ein westlicher Diplomat, der in Bangkok inhaftierte Landsleute regelmäßig betreut.

„Die Bedingungen in unseren Gefängnissen sind schlecht", gibt auch der Generaldirektor des thailändischen Strafvollzugs, Khun Dhawee Choosup, unumwunden zu. Die Thais sehen keinen Sinn darin, den europäischen Häftlingen hinter Gittern bessere Lebensbedingungen zu schaffen, als sie die meisten ihrer Landsleute in der Freiheit haben.

Die inhaftierten Ausländer klagen über überfüllte Zellen, das feuchtheiße Klima, Ratten und Moskitos. Bruchreis und Fischsoße sind Standardverpflegung. Schwere Fußketten und Dunkelhaft drohen bei Disziplinarvergehen, besonders, wenn jemand im Gefängnis mit Rauschgift erwischt wird – wobei die Wärter meist die „Dealer" sind.

Dabei sind die fremden Delinquenten trotz allem noch privilegiert: Sie brauchen nicht zu arbeiten und können statt dessen Sport treiben. Sie werden besser behandelt und „nur selten" geschlagen. Die meisten bekommen Geld von zu Hause und können dafür westliche Nahrungsmittel aus Bangkoks Supermärkten bestellen und sogar selbst kochen.

Doch die ausländischen Häftlinge fordern mehr: Eine Gruppe trat in den Hungerstreik, um zu erreichen, daß sie mindestens einen Teil ihrer Strafe in heimatlichen – und damit erheblich komfortableren – Gefängnissen abbüßen dürfen.

Besorgt um „humanen Strafvollzug" schlossen sich mehrere westliche Regierungen diesem Verlangen an. Die USA, Frankreich und Kanada haben inzwischen mit den Thais Abkommen über Gefangenenaustausch ausgehandelt. Die Bundesrepublik Deutschland wird bald folgen.

Dabei hatten die Thais erst vor ein paar Jahren auf Drängen derselben westlichen Regierungen härtere Strafen für Drogenvergehen eingeführt: „Wenn das einen Abschreckungseffekt haben sollte, wird dieser jetzt wieder abgebaut", meint der Chef des thailändischen Strafvollzugs.

Bei manchen Thais weckt der Disput böse Erinnerungen an die Kolonialzeit, als die Großmächte den Asiaten Konventionen aufzwangen, die ihre Staatsbürger der Landesjustiz entzogen.

Immerhin suchen westliche Länder die Drogenbekämpfung mit den Thais zu koordinieren. Wie die meisten hat jetzt auch die Bundesrepublik Deutschland einen Rauschgiftexperten des BKA an ihre Botschaft in Bangkok entsandt. Bonn hat 900 000 Mark Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe für die thailändische Drogenbekämpfung überwiesen. Acht thailändische Rauschgiftfahnder machten längere Kurse im Bundeskriminalamt mit.

Deutsche Fahnder schätzen, daß nur zehn Prozent der in die Bundesrepublik Deutschland geschmuggelten Drogen „sichergestellt" werden. Härteres Durchgreifen überall hat bewirkt, daß in kleineren Mengen geschmuggelt und der Körpertransport bevorzugt wird. Auf den Flugplätzen erlaubt der Massentourismus nur Stichproben. Meist kommt es durch „Tips" zu Verhaftungen. Amateurschmuggler werden oft von ihren thailändischen Kontaktmännern gleich nach der Lieferung „verpfiffen". Mit solchen vordergründigen Erfolgen für die Polizei halten sich die Hintermänner des Milliardengeschäfts den Rücken frei für den großen Deal.

Manchmal übernimmt sich ein Kurier aber auch selbst: In Frankfurt wurde einer verhaftet, der 148 Finger von medizinischen Handschuhen, gefüllt mit insgesamt 600 Gramm Heroin, geschluckt hatte. Auf dem Flug gab er sechs von sich, versteckte sie in den Schuhen und wurde erwischt...

Neun Tote bei Unwetter über Arizona

dpa, Tucson

Bei schweren Unwettern im amerikanischen Bundesstaat Arizona sind neun Menschen ums Leben gekommen. Tausende wurden obdachlos. Gouverneur Bruce Babbitt erklärte die betroffenen Landesteile zum Notstandsgebiet. Die Behörden befürchten wegen der starken Regenfälle und des Ansteigens der Flüsse eine weitere Verschlimmerung der Lage. In der Ortschaft Marana standen gestern mindestens 1000 Häuser unter Wasser. Viele Einwohner hatten sich auf die Dächer gerettet und waren von Hubschraubern evakuiert worden. In Tucson wurden schätzungsweise 1500 Obdachlose provisorisch untergebracht. Der Schaden wird auf viele Millionen Dollar geschätzt. Die Unwetter brachte ein Sturmtief, das sich am Wochenende über dem Süden Kaliforniens zusammengeballt hatte und auch in Los Angeles nach schweren Regenfällen zu einem Verkehrschaos und Stromausfällen führte.

Studentin mit 12

AFP, London

Die jüngste Studentin Englands, die 12jährige Ruth Lawrence, beginnt jetzt ihr Mathematikstudium in Oxford. Vor zwei Jahren schon hatte die Tochter eines Computerfachmannes mit brillanten Leistungen die Aufnahmeprüfung bestanden.

Wieder Start verschoben

AFP, Paris

Zum zweiten Mal mußte der Start des 7. Satelliten der Intelsat-Reihe, der zuletzt für den 12. Oktober vorgesehen war, verschoben werden. Die europäische Raumfahrtbehörde Esa erklärte gestern in Paris, es gäbe ähnliche Probleme wie bei Intelsat 5 und 6.

Vulkan vernichtet Dorf

rtr, Tokio

Bei einem Vulkanausbruch auf der japanischen Pazifikinsel Miyake, 180 Kilometer südlich von Tokio, ist gestern ein Dorf mit rund 500 Häusern von der Lava vernichtet worden. Die Einwohner konnten sich retten. Der 814 Meter hohe Vulkan Oyama war zuletzt 1962 ausgebrochen.

Haftungsurteil

rtr, Frankfurt

Bei größeren Käufen haften Eheleute nicht unbedingt füreinander. Wenn ein Ehepartner ein Geschäft abschließt, das normalerweise mit dem anderen hätte besprochen werden müssen, dann haftet der andere nicht, stellte jetzt das Oberlandesgericht Frankfurt fest (AZ.: 17 U140/82).

Mit bloßem Auge sichtbar?

AP, Pasadena

Der Halleysche Komet, der sich 1986 wieder der Erde nähert, wird nach den Erkenntnissen der Wissenschaftler bei diesem Vorbeiflug fünf- bis sechsmal so hell sein, wie ursprünglich angenommen. Bisher war man davon ausgegangen, daß der Komet 1986 mit bloßem Auge kaum zu sehen sein werde.

Neu: Postkurierdienst

dpa, Bonn

Die Bundespost bietet seit gestern in sieben Großstädten versuchsweise den sogenannten Postkurierdienst an, der Sendungen auf schnellstem Wege dem Empfänger zustellt. Der auf zwei Jahre angesetzte Versuch läuft in Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Mannheim, Ludwigshafen, München und Nürnberg.

Benzin-Coupons gestohlen

AP, München

Unbekannte haben in Luxemburg Italien-Benzinbons im Wert von mehr als zwei Millionen Mark gestohlen. Der Deutsche Touring-Automobilclub (DTC) in München warnte alle Autofahrer vor dem Ankauf der Benzinbons, die „unter der Hand" angeboten werden.

Millionenvergleich

AP, St. Louis

Mit einem Vergleich von umgerechnet rund sieben Millionen Mark endete in der vergangenen Woche der Rechtsstreit zwischen dem in St. Louis im US-Staat Missouri ansässigen Unternehmen Independent Petrochemical Corporation und vier US-Bürgern. Die Kläger waren Pferdezüchter. Durch das unsachgemäß versprühte Gift war die Zucht eingegangen.



Selbst die Wies'n-Wirte vergaßen das Klagen

Umsatz auf neuen Höhen, aber der Schankstreit hält an

PETER SCHMALZ, München

Nach dieser Wies'n konnten selbst die im Jammern versierten Wirte ihre Freude nicht verbergen. „Das ist eine verdiente Wies'n", schmunzelte etwa Hermann Haberl, Wirt von der Ochsenbraterei, in der während der 16 Tage des 149. Oktoberfestes 59 Ochsen am Spieß gebraten wurden. Dem Wirte-Wort lassen sich zwei Erkenntnisse abringen: Man hat diesmal verdient auf der Münchner Theresienwiese. Und man hat's verdient, endlich mal verdienen zu dürfen, weiß man doch längst, daß man auf der Wies'n eigentlich nichts verdient. Aber diesmal lief das Geschäft so gut, daß den Bierzelt-Patriarchen die Klagen in der Kehle stecken blieben. „Man muß diesmal schon ehrlich zugeben, daß die Geschäfte gut gehen", gibt Hofbräuzelt-Wirt Günther Steinberg, der Schwiegersohn des finanziell notgelandeten Hendl-Königs Friedrich Jahn, ohne Zögern zu.

Die Rekorde lassen sich nun, nachdem das größte Bierfestival der Welt am Sonntagabend seine Pforten geschlossen hat, in Zahlen fassen: 6,4 Millionen Besucher schluckten 4,6 Millionen Maß und damit 0,4 Millionen mehr als im Vorjahr. Grundlage für das eigens gebraute Wies'n-Bier boten 100 000 Hax'n und eine Million halbe Hendl.

Neben den Wirten waren auch die Schausteller rundum zufrieden: Münchnern und auswärtigen Wies'n-Besuchern saß die Mark in diesem Jahr weit lockerer als im Vorjahr. Die charmante Jahn-Tochter Margot Steinberg hat dafür eine ins Polit-Psychologische gehende Erklärung: „Im letzten Jahr lag die alte Bundesregierung in den letzten Zügen, die allgemeine Stimmung war gedrückt durch negative Meldungen überall. In diesem Jahr aber ist die Stimmungs-Wende fast mit Händen zu greifen: Die Leut' sind viel fröhlicher und wollen feiern."

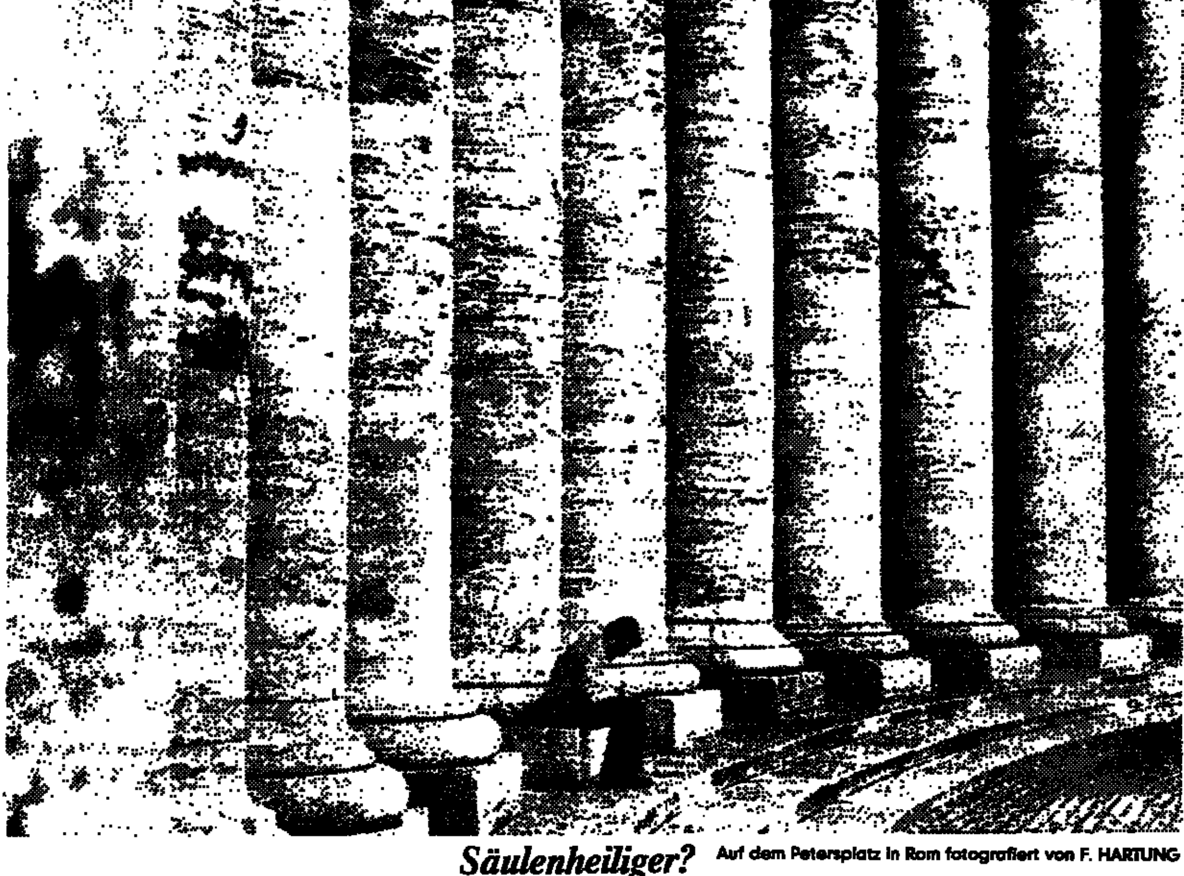
Schankkellner Biwi (links), Chef Süßmeier und der Stein des Anstoßes – ein T-Shirt. FOTO: DIE WELT

Gefeiert hat auch Wirte-Sprecher Richard Süßmeier und ließ in kleinem Kreis Freibier fließen zum 50. Geburtstag seines treuen Schankkellners Biwi. Das nun aber bringt den pfiffigen Wirt vom Armbrustschützenzelt noch nachträglich mit der Politik in Konflikt, denn der ob seiner Gestalt als Wies'n-Napoleon apostrophierte Süßmeier feierte nicht nur des Kellners Wiegenfest, sondern auch noch dessen größten Wies'n-Tag: Es war just Biwi, dem vor vier Jahren das Meisterstück gelang, aus einem 200-Liter-Faß gezählte 289 Maß abzuzapfen. Zur Erinnerung an diesen Zapf-Rekord schenkte Süßmeier seinem zumindest der Wirts-Kasse segensreichen Kellner ein T-Shirt, auf dessen Rücken die Zahl „289" prangt.

Eine Zeitungsmeldung darüber stieß dem bayerischen SPD-Landtagsabgeordneten Peter Paul Gantzer auf wie saures Bier und er verfaßte mit der Wut des Gerechten im Bauch einen Brief an Süßmeier: „Mit Empörung habe ich diese Meldung gelesen. Sie ist das offene Eingeständnis von Verbraucherbetrug. Und sie ist eine Aufforderung an alle Schankkellner, sich so zu verhalten, daß vom Bier der Verbraucher möglichst wenig und der Gastwirt möglichst viel bekommt."

Und in der Tat scheinen sich Biwis Kollegen in diesem Jahr an ihm ein Vorbild genommen zu haben. „Noch nie wurde so schlecht eingeschenkt wie diesmal", monierten selbst Wies'n-freundliche Münchner Stadträte. Haben aber Gäste mit satten 0,5 bis 0,7 Litern Bier im Maßkrug versehentlich die in allen Zelten ausgehängte Aufforderung ernst genommen, schlecht eingeschenkte Krüge nachschenken zu lassen, bekamen sie kostenlos Nachhilfeunterricht in Münchner Gastfreundschaft. „Haut's ab da, wenn mir hier arbeiten müssen", granteln derbe Kellnerinnen am Schanktisch, hinter dem der Schankkellner einen gnädigen Schluck nachgießt und den Gast mit einem herzhaften „So, und jetzt schaust, daß d' wegkummst" verabschiedet.

Nun soll sich aber Bayerns Innenminister mit den Zapfmeistern der Wies'n befassen, nachdem der empörte SPD-Politiker auch Minister Karl Hillermeier alarmiert hat: „Hier wird der Verbraucherschutz mit Füßen getreten. Ich meine, daß auch die bayerische Staatsregierung hierüber nicht mehr hinweggehen kann." Doch mit der Antwort auf Gantzers Frage nach Gegenmaßnahmen kann sich der Minister Zeit lassen: Das nächste Oktoberfestbier wird erst am 22. September nächsten Jahres angezapft.



Säulenheiliger? Auf dem Petersplatz in Rom fotografiert von F. HARTUNG

Der Hörfunk bringt Homer in die Prärie

H. J. STUCK, Ames

Wenn Doug Brown mit der Lektüre des berühmten Buches Moby Dick von Herman Melville anfängt, weiß er auf die Minute genau, wann er's durch hat. Liest er's doch nicht im stillen Kämmerlein, sondern am Mikrofon eines Radiosenders in Iowa, fünfmal dreißig Minuten in der Woche, so daß er den Wälzer nach genau zehn Wochen zuklappen kann.

Brown ist einer der wenigen Buchrezitatoren, die es noch heute im Angebot des privatwirtschaftlich betriebenen Hörfunks der USA gibt – ein Überbleibsel der zwanziger Jahre, als Buchlesungen im neuen Medium Rundfunk die Sensation waren.

Nur in Amerikas mittlerem Westen, wo der Lebensstil traditionell gemächlicher ist, haben sich einige Rezitatoren halten können und sogar „Nachwuchs" bekommen, wie den 47jährigen Doug Brown, der vor Melvilles Meisterwerk ein weitaus gigantischeres Werk in monatelanger Rezitation vortrug – Homers „Ilias".

Den literaturbegeisterten Brown am Radio gehört zu haben, ist ein Erlebnis. Noch beeindruckender ist ein Blick ins Studio während der Sendung, wenn er mit der Rechten, je nach Kampfgeschehen, leidenschaftlich oder verhalten gestikuliert.

Über Mangel an Hörerpost kann er sich nicht beklagen. Als er einst zur Weihnachtszeit Madame Bovary vorlas, schrieb ihm eine Hausfrau: „Es war wieder mal wunderbar, ich hoffe nur, daß die vielen Schlüpfrigkeiten Flauberts meine Plätzchen nicht verdorben haben, die ich während der Sendung buk."

Brown, vielgeliebter Rezitator des Senders WOI, und seine wenigen Zunftkollegen haben nur ein Problem: So sehr sie die Klassiker lieben, frustriert sie doch die rechtlich bedingte Beschränkung auf alte Literatur. Einen Faulkner, Steinbeck, Hemingway oder gar Saul Bellow können sie sich *nicht* leisten, weil saftige Gebühren an die Buchverleger fällig würden.

Als Brown die „Ilias" las, war die Sendung Stadtgespräch in Ames und Umgebung. „Nach der Tötung Hektors durch Achill nach erbittertem Zweikampf", so die örtliche Zeitung, „schien die Stadt in zwei Lager geteilt, wie nach einem modernen Boxkampf, und selbst an Tankstellen und Raststätten wurde diskutiert, wer nun wirklich der Bessere war."

In New York, wo 50 Hörfunksender miteinander wetteifern, blickt man gern etwas mitleidig auf die „Kulturprovinz" der Präriestaaten Dabei ist nächstens in Ames Victor Hugos „Die Elenden" dran, und Hugo zählt schließlich auch in New York. (SAD)

Reges Treiben im deutschen Wald

Mit einer Stiftung und Aktionskonferenz beginnt neue Offensive gegen das Baumsterben

EVI KEIL, Bonn

„Wald in Not" heißt eine Stiftung, die Bernhard Vogel als Präsident der „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald" heute aus der Taufe hebt. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident hofft, vor allem Industrie und Banken dafür zu gewinnen, mit Millionensummen der Stiftung auf die Beine zu helfen.

„Stirbt der deutsche Wald?", „Zwei Milliarden kranke Bäume?" „Kann die Bevölkerung bei der Rettung helfen?" Diese Fragen sollen auch bei der heute in Bonn stattfindenden Vorstellung nicht nur rhetorischer Natur bleiben. Zur Gründung lud Vogel auch besonders zahlreiche Experten der Forstwirtschaft, Waldbesitzer, Wissenschaftler ein. Als Gäste in der Redoute erwartet werden Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle und Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, die Chefs der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP, Alfred Dregger und Wolfgang Mischnick, der Fankfurter Altbankier Hermann Josef Abs und der Präsident der Stiftung für Umweltpolitik Burhenne, der Vorsitzende des Deutschen Naturschutzrings Professor Wolfgang Engelhardt und Beamtenbundchef Alfred Krause, in dessen „Amtsbereich" auch die deutschen Forstbeamten fallen, und der Deutsche Jagdschutzverband.

Ob die Gelder so reichlich fließen, wie es sich Bernhard Vogel vorstellt, steht noch dahin. Zentrales Thema ist, in welcher Form solche Stiftungsgelder überhaupt angelegt werden sollen.

In Freudenstadt ging derweil die erste Aktionskonferenz des Bundes Umwelt und Naturschutz (Bund) zu Ende, die sich drei Tage lang mit dem Thema Waldsterben befaßt hat. In der Schwarzwaldstadt, in der das Thema Waldsterben schon lange diskutiert wird, vertrat Hubert Weinzierl, der Vorsitzende des Bundes die Auffassung, daß jeder einzelne Deutsche seinen Lebensstil ändern müsse, wenn dem Waldsterben überhaupt noch Einhalt geboten werden solle. Dazu gehöre auch, daß es künftig keine echte Tannenbäume mehr in deutschen Weihnachtszimmern geben soll. So heißt es jedenfalls in einem Forderungskatalog des Bundes für Umwelt- und Naturschutz. Denn das Waldsterben wird nach Ansicht dieser Organisation Deutschland stärker verändern „als der Zweite Weltkrieg".

Zu dem Treffen hatten sich rund 700 Teilnehmer eingefunden. Der erarbeitete Katalog fordert außerdem, weniger Strom zu verbrauchen und auf Autobahnen nicht mehr als 100 Stundenkilometer zu fahren. Daneben stehen Forderung nach einer Änderung der Technischen Anleitung Luft (TA Luft) und die Forderung nach Verschärfung der Verordnung für Großfeuerungsanlagen. Schließlich verlangte die Konferenz in Freudenstadt, Familien sollten mit Kindern vor jenen Betrieben demonstrieren, die die Luft verschmutzen. Eine Briefaktion soll Politiker von sofort an mit Einzelheiten über das Ausmaß der Schäden in den deutschen Wäldern bombardieren.

Der Münchner Forstbotaniker Professor Peter Schütt sprach „von einer Zeitbombe, die tickt". Dies müsse man den Verantwortlichen beibringen. Weiter sagte er: „Es darf nicht über Maßnahmen, es muß über Sofortmaßnahmen nachgedacht werden."

Einiges über „Sofortmaßnahmen" wird heute auch Bernhard Vogel zu hören bekommen. Einige der eingeladenen Waldexperten planen, dem Präsidenten „Feuer unter dem Stuhl" zu machen.

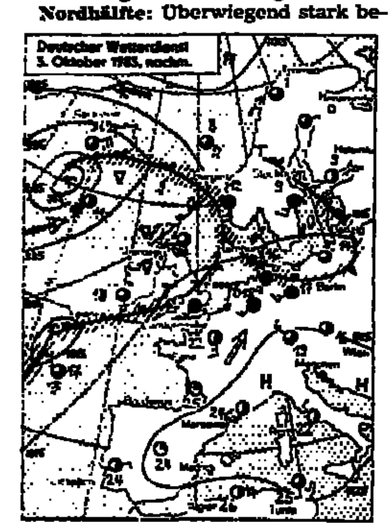
WETTER: Unbeständig bis heiter

Wetterlage: Während der Norden Deutschlands von atlantischen Tiefausläufern beeinflußt wird, herrscht in der Südhälfte Hochdruckeinfluß.

Vorhersage für Dienstag:

Nordhälfte: Überwiegend stark bewölkt und zeitweise Regen. Tageshöchsttemperaturen um 18 Grad. Im südlichen Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen im Tagesverlauf zunehmende Aufheiterungen und am Nachmittag niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen hier 20 bis 23 Grad.

Südhälfte: In Hessen und Rheinland-Pfalz anfangs wolkig, aber kaum Niederschlag. Später dort wie in Süddeutschland heiter bis wolkig und trokken. Anstieg der Tagestemperaturen bis 24 Grad.



Weitere Aussichten:

Im gesamten Vorhersagegebiet Durchzug eines Regengebietes und kühler.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	17°	Kairo	29°
Bonn	20°	Kopenh.	15°
Dresden	18°	Las Palmas	25°
Essen	18°	London	19°
Frankfurt	21°	Madrid	24°
Hamburg	16°	Mailand	20°
List/Sylt	14°	Mallorca	19°
München	19°	Moskau	6°
Stuttgart	20°	Nizza	24°
Algier	26°	Oslo	9°
Amsterdam	17°	Paris	22°
Athen	20°	Prag	18°
Barcelona	25°	Rom	22°
Brüssel	21°	Stockholm	9°
Budapest	16°	Tel Aviv	27°
Bukarest	15°	Tunis	25°
Helsinki	9°	Wien	16°
Istanbul	16°	Zürich	19°

*Sonnenaufgang am Mittwoch: 6.28 Uhr, Untergang: 17.53 Uhr, Mondaufgang: 4.36 Uhr, Untergang: 17.59 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Nach der Razzia droht die Camorra mit Rache

Drohbriefe der neapolitanischen Mafia gegen die ermittelnden Richter / TV-Showmaster unter neuem Verdacht

KLAUS RÜHLE, Rom

Die drei Richter, die das Untersuchungsverfahren gegen die Neue Camorra in Neapel leiten, sind in Lebensgefahr. Drohbriefe der immer noch mächtigen Verbrecherorganisation versuchen sie einzuschüchtern. Camorra-Boß Raffaele Cutolo sitzt zwar inzwischen mit einigen hundert seiner Gefolgsleute hinter Gittern, hat jedoch immer noch das Heft fest in der Hand. Die italienischen Geheimdienste befürchten einen Racheakt als Antwort auf die Großrazzia von Ende Juni.

Jetzt sollen die bedrohten Untersuchungsrichter besser gegen mögliche Anschläge geschützt werden. Bisher arbeiten sie unter Bedingungen, die es einem geschickten Killer leichtmachen würden, die Drohungen wahr zu machen. Sie sitzen im neapolitanischen Justizpalast in einem Raum zu ebener Erde, dessen Fenster an einer unbewachten Nebenstraße liegen. Den drei Richtern steht nur ein Auto mit Panzerung, aber keine Polizeieskorte zur Verfügung. Das soll nun anders werden, um zu verhüten, daß sie von der Camorra so wie ihre Kollegen in Palermo von der sizilianischen Mafia aus dem Weg geräumt werden. Sie werden auch personelle Verstärkung erhalten, weil sie andernfalls das gigantische Ermittlungsverfahren gegen die Camorristen in absehbarer Zeit nicht bewältigen könnten. Auf sich allein gestellt und unter ständiger Bedrohung würde es ihnen schwerfallen, den Prozeß gegen das Heer der verhafteten Mitglieder der Cutolo-Bande vorzubereiten.

Der prominenteste unter den Beschuldigten ist Italiens Fernseh-Showmaster Nr. 1, Enzo Tortora. Zwei reuevolle Ex-Camorristen – Pasquale Barra und Giovanni Pandico – hatten ihn schwer belastet. Sie behaupteten, Tortora habe der Organisation angehört und am Drogenhandel kräftig mitverdient. Der populäre Showmaster wurde festgenommen und sitzt seit mehr als drei Monaten in Untersuchungshaft. Seine Unschuldsbeteuerungen halfen ihm nichts. Und alle Versuche seiner Anwälte, die provisorische Freilassung aus Mangel an triftigen Indizien zu erwirken, schlugen bisher fehl. Die Folge ist, daß Italiens beliebteste und erfolgreichste Fernsehsendung „Portobello" diesen Winter ausfällt – was Proteststürme beim italienischen Fernsehpublikum ausgelöst hat.

Die Untersuchungsbehörden beabsichtigen nun, das Verfahren gegen den populären Showmaster vom kommenden Camorra-Monsterprozeß abzutrennen. Das kommt den Wünschen des Beschuldigten entgegen, der sich als Opfer von Intrigen und juristischen Irrtümern betrachtet. In der italienischen Öffentlichkeit wächst derweil die Kritik an dem durchaus gebräuchlichen System der oft jahrelangen Sicherheitsverwahrung von Menschen, die sich am Ende als unschuldig erweisen. So gibt es in Italien rund 25 000 Untersuchungshäftlinge, die auf Verdacht verhaftet wurden und die jahrelang auf ihren Prozeß warten müssen. Viele von ihnen, so heißt es, büßen somit für etwas, was sie nicht getan haben, ohne daß ihnen nach der Freilassung eine Entschädigung zusteht. Auch Enzo Tortora sitzt für viele Italiener grundlos in Untersuchungshaft und gilt als Sinnbild einer unmenschlichen und juristisch unhaltbaren Praxis.

Die Untersuchungsrichter verweigern die Freilassung des Showmasters allerdings nicht nur auf Grund des Belastungsmaterials in Sachen Camorra; hinzu gekommen sind jetzt noch Beschuldigungen anderer Art. Tortora soll sich während seiner Tätigkeit bei dem Privatsender „Antenne 3" an Spenden für die Erdbebenopfer in Süditalien bereichert haben. Es wird ihm vorgeworfen, die vom Sender gesammelten Summen auf Bankkonten eingezahlt und sich einen zusätzlichen Zinssatz ausbedungen zu haben. Die Gegendarstellung Tortoras und die bisher vorliegenden Zeugenaussagen sprechen jedoch dafür, daß es sich bei dieser Beschuldigung um eine Kampagne handelt. Deshalb wächst die Zahl derer, die in Tortora ein Opfer böswilliger Unterstellungen und einer voreingenommenen Justiz sehen, ständig.

ZU GUTER LETZT

„Antiquitäten von morgen" Aus einer Möbel-Anzeige im „Bonner General-Anzeiger"